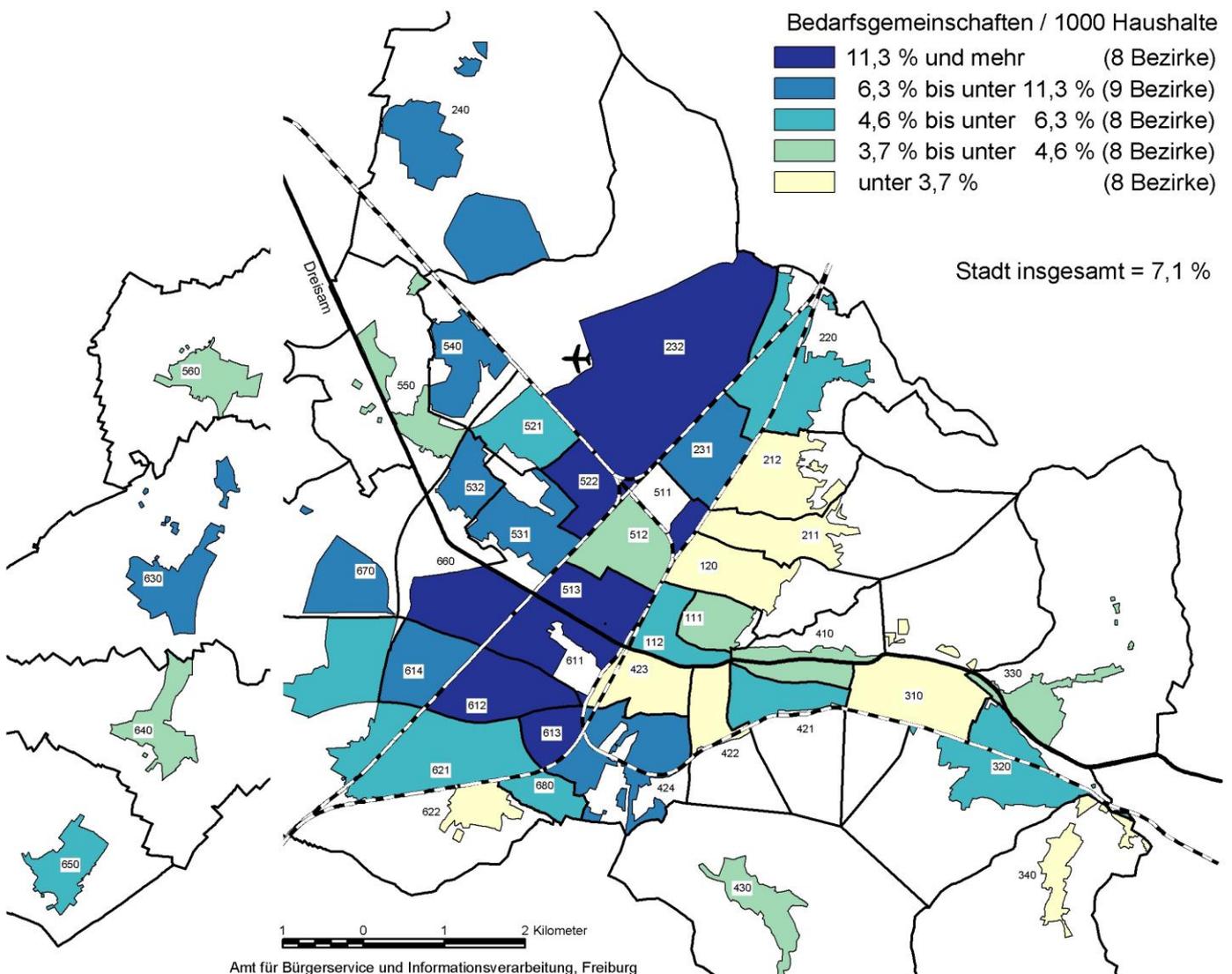


Beiträge zur Statistik

Sozialbericht - DatenReport 2014 -

Anteil der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II an den Haushalten
am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg



**Sozialbericht
- DatenReport 2014 -**



Herausgeber: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung und
Dezernat III, Sachgebiet Soziale Stadtentwicklung der Stadt Freiburg im Breisgau

Verantwortlich: Thomas Willmann und Manfred Meßmer

Reihe: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau ISSN 1866-6485

Herausgeber: Stadt Freiburg im Breisgau
Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung
und Dezernat III
79095 Freiburg

Hausanschrift: Fahnenbergplatz 4, 79098 Freiburg

Bestellungen: Telefax: (0761) 201-5598
E-mail: statistik@stadt.freiburg.de

Statistische Informationen auch:
Internet: <http://www.freiburg.de/statistik>

Gebühr dieses Heftes: € 15,- (ohne Versandkosten)

Copyright beim Herausgeber

Freiburg 2014

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Herausgebers diese Veröffentlichung oder Teile daraus für gewerbliche Zwecke zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/Mikrofiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

Gedruckt auf 100 % chlorfrei gebleichtem Papier

**Sozialbericht
- DatenReport 2014 -**

I N H A L T

	Seite
Einführung	1
I. Bevölkerung / Haushalte	5
II. Erwerbstätigkeit / Arbeitslosigkeit	25
III. Grundsicherung SGB II	39
III.1 Personen in Bedarfsgemeinschaften	39
III.2 Bedarfsgemeinschaften	55
IV. Soziale Sicherung – SGB XII / AsylbLG	65
V. Familie, Kinder, Jugendliche	71
VI. Interkommunaler Vergleich	89
VII. Freiburg 2030 – Entwicklung der Bevölkerung	103
VIII. Fokus Armutsgefährdung	109

Gliederung des Stadtgebietes (Plan mit statistischen Grenzen)

Sozialbericht - DatenReport 2014 -

von I. Hanselmann, M. Meßmer, S.M. Werner

Einführung

Der Freiburger Sozialbericht stellt anhand von ausgewählten Indikatoren und Kennzahlen Informationen zur sozialen Lage von Personen und Haushalten in der Stadt Freiburg bereit.

Der Bericht versteht sich in diesem Sinne als DatenReport, dessen wesentliche Berichtsinhalte in Zahlen, Anteilswerten und Quoten bestehen. Diese beziehen sich auf einen jeweils aktuellen Berichtsstand, sind auf Entwicklungen ausgelegt und finden sich – soweit Daten zur Verfügung stehen – auch kleinräumig auf das Stadtgebiet gegliedert und aufbereitet.

Wesentliche Grundlage und Orientierung für den DatenReport bildet das theoretische Indikatorenkonzept „Freiburger Sozialbericht - Basiskonzept für ein Freiburger Sozial-Monitoring“, das im Auftrag der Stadt Freiburg von Prof. Dr. Berthold Dietz von der Evangelischen Hochschule entwickelt, in einem breiten Beteiligungsprozess mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Gemeinderat und einer interessierten Fachöffentlichkeit abgestimmt und vom Kinder- und Jugendhilfeausschuss und Sozialausschuss zur Umsetzung empfohlen wurde.

In den DatenReport sind alle Daten einbezogen, die in den Ämtern und Dienststellen der Stadt geführt und für Berichtszwecke genutzt werden können. Darüber hinaus wurde auf Zahlen und Statistiken aus der amtlichen Statistik (Statistische Bundesamt, Statistisches Landesamt) sowie der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen, soweit dort für die Stadt Freiburg selbst Informationen zur Verfügung standen.

Ein zentrales Themenfeld bildet das Zweite Buch Sozialgesetzbuch SGB II, das die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende („Hartz IV“) umfasst. Dazu kann in diesem Report eine umfängliche Informationsgrundlage zu Zahl und Umfang der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern bereitgestellt werden. Die bei der Kommunalen Statistikstelle im Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung (ABI) der Stadt zum Bereich des SGB II geführten Daten wurden für diesen Report erneut gezielt zielgruppenspezifisch und kleinräumig ausgewertet.

Eine Neuerung bildet das Schwerpunktkapitel „Fokus Armutsgefährdung“, in dem das Thema „Armut“ erstmals ausführlich behandelt wird. Hierfür ist auf zwei Indikatoren zurückgegriffen worden, die in der deutschen und europäischen Armutsdebatte eine zentrale Position besitzen: die Armutsgefährdungsschwelle und die Armutsgefährdungsquote. Die Angaben darüber stammen aus dem Mikrozensus der Bundes- und Landesstatistik und sind üblicherweise nicht auf Kreisebene verfügbar. Hervorzuheben ist daher die Tatsache, dass es durch die Daten aus der Bürgerumfrage möglich ist, diese Indikatoren für die Stadt Freiburg gleichwertig nachzubilden.

Der DatenReport umfasst **8 Berichtsteile** mit insgesamt **125 Kennzahlen**. Die Schwerpunkte sind:

- Bevölkerung und Haushalte
- Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit
- Leistungen der Grundsicherung - SGB II (Hartz IV)
- Leistungen nach SGB XII (Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter etc.)
- Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen

Ergänzt werden die Schwerpunkte durch einen Interkommunalen Vergleich, für den 20 Kennzahlen zur Verfügung stehen. Hier wird im Vergleich mit den anderen Stadtkreisen in Baden-Württemberg deutlich, wo die Besonderheiten Freiburgs liegen. Aber auch die Zahlen der benachbarten Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen sowie von Baden-Württemberg (und Deutschland) insgesamt liegen für einen Vergleich vor.

Im Berichtsteil „Freiburg im Jahr 2030“ werden wesentliche Kennzahlen der zukünftigen Entwicklung der Freiburger Bevölkerung dargestellt. Dieser Teil bietet wichtige Hinweise für die an anderer Stelle noch zu vertiefenden Fachplanungen im Jugend- und Seniorenbereich.

Die Auswahl der Kennzahlen für den Report erfolgte anhand von übergreifenden Themenstellungen, die für die soziale Stadtentwicklung als relevant angesehen werden:

Wie entwickelt sich die Bevölkerung der Stadt? Gibt es statistische Belege, die auf einseitige Bevölkerungsstrukturen in den Stadtteilen hinweisen (z.B. Überrepräsentanz von bestimmten Gruppen)? Wo liegen strukturelle Herausforderung im Bereich Integration und interkulturelles Zusammenleben? Welche Entwicklungen zeigen sich im Bereich Beschäftigungsverhältnisse und Erwerbstätigkeit? Wie entwickelt sich die Arbeitslosigkeit in der Stadt? Wie viele Menschen sind in Freiburg auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen? Wie viele Kinder und Jugendliche sind von Armut betroffen? Wie lässt sich die Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen in der Stadt beschreiben? Wie verlaufen die Bildungswege von Schulkindern? Welche sozialen Lagebeschreibungen ergeben sich kleinräumig auf der Ebene der Stadtbezirke?

Der DatenReport schafft hierzu eine Informationsgrundlage, die auf einer rein beschreibenden Ebene von Sachverhalten verbleibt. Eine Bewertung und Einordnung der aus den Sachinformationen sich ergebenden Fakten und Trends durch Politik, Verwaltung und Fachöffentlichkeit muss einem anderen Rahmen vorbehalten bleiben.

Ergänzend zu dem vorliegenden Report ist auf den Bildungsbericht 2013 der Stadt hinzuweisen, der weitere Kennzahlen und vertiefende Analysen zum Thema Bildung umfassend bereitstellt.

Einen besonderen Anteil an diesem Report hat das Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung der Stadt Freiburg, das als örtliche kommunale Statistikstelle einen umfangreichen Bestand an Daten aufzuweisen hat und somit selbst viele Daten beisteuern konnte.

Die Aufbereitung und Darstellung der Daten erfolgte unter Berücksichtigung des Gender Mainstreaming. Alle Kennzahlen des Reports stehen zeitnah auch über das interaktive Online-Angebot FR.ITZ zur Verfügung (unter www.freiburg.de/statistik). Über dieses Medium werden die Kennzahlen regelmäßig fortgeschrieben und können für zukünftige Nutzungen unter dieser Adresse aktuell abgerufen werden.

Der Report ist so angelegt, dass er über den vorliegenden Berichtsstand hinaus auch die Möglichkeit bietet, neue Schwerpunktthemen und weitere Kennzahlen aufzunehmen.

Legende

Berichtsinhalte

Zahlen = Absolute Werte
Anteil (in %) = aus Grundgesamtheit (rundungsbedingte Differenzen möglich)
Quoten (in % / ‰) = je 100 bzw. 1 000 der Bevölkerung

Datenquellen

Folgende Quellen sind überwiegend verwendet worden: Bundesamt für Statistik, Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Bundesagentur für Arbeit sowie verschiedene Ämter der Stadt Freiburg: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Amt für Kinder, Jugend und Familie, Amt für Liegenschaften und Wohnungswesen, Amt für Schule und Bildung, Amt für Soziales und Senioren und Amt für Wohnraumversorgung.

Stadtbezirke

Der Stadtbezirk Mundenhof ist aufgrund seiner geringen Größe nicht extra ausgewiesen, sondern dem Rieselfeld zugeordnet.

Städtevergleich

In den Städtevergleich sind die neun Stadtkreise in Baden-Württemberg (Freiburg, Stuttgart, Heilbronn, Baden-Baden, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim, Pforzheim, Ulm), die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen, das Land Baden-Württemberg und die Bundesrepublik insgesamt einbezogen.

Zeitstände

Es wurden immer die zum Zeitpunkt der Berichtserstellung jeweils aktuellsten, verfügbaren Daten verwendet. Falls im Zahlenspiegel ein anderes Datum als das in der Kopfzeile abgebildete gilt, ist dies für die jeweilige Kennziffer in Klammern vermerkt. Entsprechend beziehen sich auch die Werte in der Spalte „Veränderung“ auf das in Klammern angegebene Jahr.



Bevölkerung / Haushalte

1. Kennzahlen	6
2. Fakten / Trends	7
3. Zahlenspiegel	9
4. Tabellen & Diagramme	11

1. Kennzahlen

- B1 Wohnbevölkerung: Insgesamt
- B2 Wohnbevölkerung: Entwicklung 2005-2013
- B3 Wohnbevölkerung: Verteilung nach Stadtbezirken
- B4 Wohnbevölkerung: nach Geschlecht
- B5 Wohnbevölkerung: nach Altersgruppen, Zahl
- B6 Wohnbevölkerung: nach Altersgruppen, Anteil
- B7 Wohnbevölkerung: Anteil unter 18-Jährige nach Stadtbezirken
- B8 Wohnbevölkerung: Anteil 60 Jahre und älter nach Stadtbezirken
- B9 Wohnbevölkerung: Migrationshintergrund, Zahl und Anteil
- B10 Wohnbevölkerung: Migrationshintergrund nach Gruppen, Zahl
- B11 Wohnbevölkerung: Migrationshintergrund nach Gruppen, Anteil
- B12 Wohnbevölkerung: Migrationshintergrund nach Stadtbezirken, Anteil
- B13 Wohnbevölkerung: Ausländer nach Stadtbezirken, Anteil
- B14 Wohnbevölkerung: Aussiedler nach Stadtbezirken, Anteil
- B15 Haushalte: Insgesamt
- B16 Haushalte: Entwicklung 2005-2013
- B17 Haushalte: nach Haushaltstyp, Anzahl
- B18 Haushalte: nach Haushaltstyp, Anteil
- B19 Haushalte: Einpersonenhaushalte nach Stadtbezirken, Anteile
- B20 Haushalte: Wohnungen mit 5 und mehr Räumen, Anteil
- B21 Haushalte: Wohnungen mit 5 und mehr Räumen nach Stadtbezirk, Anteile
- B22 Haushalte: Zahl der Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger
- B23 Haushalte: Zahl der Haushalte mit Wohnberechtigungsschein
- B24 Haushalte: Zahl der wohnungssuchenden Haushalte

Erläuterungen

Migrationshintergrund

Umfasst folgende Gruppen: Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, Personen mit Geburtsort im Ausland, eingebürgerte Aussiedler und deutsche Staatsangehörige mit später erworbener deutscher Staatsangehörigkeit. Nachweislich ist der Migrationshintergrund in Freiburg seit 2007. Das Konzept zur Ermittlung der Personenmerkmale wurde von KOSIS (gemeinsame Plattform des Verbands Deutscher Städtestatistiker) entwickelt unter Mitarbeit des Amts für Bürgerservice und Informationsverarbeitung der Stadt Freiburg.

Wohngeld

Wohngeld ist ein öffentlicher Zuschuss zu den sonst privat getragenen Kosten von Mieterinnen und Mietern (Mietzuschuss) bzw. Eigentümerinnen und Eigentümern (Lastenzuschuss) für den von ihnen eigengenutzten Wohnraum.

Wohnberechtigungsschein

Den Schein erhalten alle Personen, die aufgrund ihres Einkommens zum Bezug einer geförderten Wohnung (Sozialmietwohnung) berechtigt sind und über keinen bzw. einen nicht ausreichend großen Wohnraum verfügen. Die Kosten werden komplett übernommen.

Wohnungssuchende Haushalte

Umfasst alle Haushalte, die in der „Wohnungssucherdatei“ der Stadt Freiburg gemeldet sind. In der Wohnungssucherdatei können unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. seit mindestens zwei Jahren wohnhaft in Freiburg und eine nicht selbst verursachte Wohnungsnot) dringende Wohnversorgungsfälle von Personen, die im Besitz eines Wohnberechtigungsscheins sind, vorgemerkt werden.

2. Fakten / Trends

Die Freiburger Bevölkerung und damit auch die Anzahl der Haushalte in Freiburg wächst kontinuierlich. In den Jahren von 2009 bis 2013 ist die Freiburger Bevölkerung um 6,3 % und die Anzahl der Haushalte um 4,9 % gestiegen. Dies ist ein deutlich stärkeres Bevölkerungswachstum als im Zeitraum 2005 bis 2009.

Im Südwesten Freiburgs liegen die drei bevölkerungsstärksten Stadtbezirke Weingarten (10 751), Rieselfeld (9 849) und St. Georgen-Nord (9 398). Im Vergleich zum städtischen Durchschnitt (15,9 %) leben in den Stadtbezirken Rieselfeld (27,4 %) und Vauban (26,4 %) fast doppelt so viele Menschen unter 18 Jahren.

In den Stadtbezirken Vauban (5,3 %), Brühl-Industriegebiet (6,7 %) und Rieselfeld (10,3 %) ist der Anteil an Menschen im Alter von 60 Jahren oder älter am geringsten. Der durchschnittliche Anteil an Menschen im Alter von 60 Jahren oder älter liegt für die ganze Stadt Freiburg bei 21,5 %. Spitzenreiter bei dieser Altersgruppe ist mit großem Abstand der Stadtbezirk St. Georgen-Süd mit 45,3 %, gefolgt von Günterstal (32,5 %) und Landwasser (32,2 %).

26,1 % der Freiburgerinnen und Freiburger haben einen Migrationshintergrund. Davon sind etwas mehr als die Hälfte Angehörige anderer Staaten (14,0 %), die andere Hälfte besteht aus Personen, die die deutsche Nationalität später erworben haben (8,1 %) sowie Aussiedlern (4,0 %). Im Vergleich zum letzten Sozialbericht 2009 ist der Anteil an Aussiedlern um 3 %-Punkte gesunken und der Anteil an frisch Eingebürgerten um 1 %-Punkt gestiegen. Dies ist jedoch zum größten Teil bedingt durch eine Änderung des Verfahrens zur Ableitung des Migrationshintergrundes aus dem Einwohnermelderegister.

Im Stadtbezirk Brühl-Industriegebiet lag der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund im Jahr 2013 bei 55,6 %. Damit gibt es auch zum ersten Mal einen Stadtbezirk, in dem die Bevölkerung mit Migrationshintergrund über 50 % liegt. Im Vergleich zum letzten Sozialbericht hat Brühl-Industriegebiet den Stadtbezirk Weingarten abgelöst, der 2013 einen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund von 48,5 % hatte (2009: 49,1 %). Unverändert

auf Platz drei steht der Stadtbezirk Landwasser mit 44,3 % (2009: 44,0 %). Das Schlusslicht mit der geringsten Prozentzahl an Bevölkerung mit Migrationshintergrund bilden die Stadtbezirke Kappel (12,5 %) und Ebnet (12,8 %).

Da im Stadtbezirk Brühl-Industriegebiet die Asylbewerberheime stehen, viele Arbeitsmigranten dort gemeldet sind und der Stadtbezirk ansonsten relativ bevölkerungsschwach ist, liegt hier der Anteil an Menschen mit anderer Staatszugehörigkeit bei 50,0 % und ist damit mehr als doppelt so hoch wie in den rangnächsten Stadtbezirken Weingarten (24,0 %) und Stühlinger-Beurbarung (23,9 %). Aussiedler sind prozentual am stärksten in den Stadtbezirken Landwasser (12,0 %) und Weingarten (8,6 %) vertreten.

Die meisten Haushalte in Freiburg sind Einpersonenhaushalte (53,9 %). Haushalte mit fünf oder mehr Personen bilden nur 3,3 % aller Haushalte in Freiburg, während 27,2 % aller Wohnungen in Freiburg fünf und mehr Räume haben. In 17,0 % aller Haushalte leben Kinder.

Die meisten Einpersonenhaushalte befinden sich in der Altstadt: In Altstadt-Mitte liegt ihr Anteil bei 75,9 % und in Altstadt-Ring bei 72,1 %. Die wenigsten Einpersonenhaushalte gibt es in Munzingen (34,1 %), Waltershofen (32,3 %) und im Rieselfeld (31,0 %).

In Munzingen (53,8 %) und Waltershofen (52,6 %) gibt es prozentual die meisten Wohnungen mit fünf und mehr Räumen. Generell gilt: Wohnungen mit fünf oder mehr Räumen gibt es in den Randbezirken und Ortschaften öfter. In den engeren Kernbereichen der Stadt verfügen die Stadtbezirke Herdern und Mittelwiehre über einen vergleichsweise hohen Anteil an großen Wohnungen. Schlechte Chancen, an eine große Wohnung zu kommen, bestehen in Brühl-Güterbahnhof und allen drei Stühlinger-Bezirken, da hier der Anteil an großen Wohnungen mit fünf und mehr Räumen um die 11 % liegt.

Die Zahl der Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfängern lag 2013 bei 2 552. Seit dem Höchststand von 2010 mit 3 274 Personen sinkt die Anzahl.

Insgesamt 2 537 Haushalte verfügten Ende 2013 über einen Wohnberechtigungsschein. Das heißt diese Haushalte können, wenn verfügbar, in eine Sozialmietwohnung ziehen. Im Vergleich zum Vorjahr 2012 sind das 117 Haushalte weniger (2 654), aber fast genauso viele wie im Jahr 2011 (2 532).

Insgesamt waren 1 330 wohnungssuchende Haushalte zum Jahresende 2013 in der „Wohnungssucherdatei“ eingetragen. Seit 2005 ist die Anzahl der Einträge um 74,3 % gestiegen. Im Zeitraum 2009 bis 2013 betrug die Steigerung 19,3 %.

3. Zahlenspiegel

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2013	Veränderung	Spannweite Stadtbezirke	Tabelle / Diagramm
			2005-2013 2009-2013	höchster Wert niedrigster Wert	
B1 B2	Wohnbevölkerung, Anzahl	215.950	+9,2 % +6,3 %		S. 11
B3	Wohnbevölkerung nach Stadtbezirken			Weingarten 10.751 Haslach-Schild. 756	S. 12
B4	Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Anteil - Frauen - Männer	52,8 % 47,2 %			
B5	Wohnbevölkerung nach Alter, Anzahl - unter 18 Jahre - 18 bis unter 60 Jahre - 60 Jahre und älter	34.368 135.670 45.912			
B6	Wohnbevölkerung nach Alter, Anteil - unter 18 Jahre - 18 bis unter 60 Jahre - 60 Jahre und älter	15,9 % 62,8 % 21,3 %			
B7	Wohnbevölkerung unter 18-Jährige nach Stadtbezirken, Anteil			Rieselfeld 27,4% Altstadt-Mitte 6,2%	S. 13
B8	Wohnbevölkerung, 60 Jahre und älter nach Stadtbezirken			St.Georgen-S. 45,3% Vauban 5,3%	S. 14
B9	Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund - Anzahl - Anteil	56.342 26,1 %			
B10	Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund nach Art des Migrationshintergrundes, Anzahl - Ausländer - Deutsche mit Einbürgerung - Aussiedler	30.232 17.435 8.675			
B11	Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund nach Art des Migrationshintergrundes, Anteil an allen Wohnberechtigten - Ausländer - Deutsche mit Einbürgerung - Aussiedler	14,0 % 8,1 % 4,0 %			

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2013	Veränderung	Spannweite Stadtbezirke	Tabelle / Dia- gramm
			2005-2013 2009-2013	höchster Wert niedrigster Wert	
B12.1 B12.2	Migrationshintergrund nach Stadtbezirken, Anteil			Brühl- Ind. 55,4% Kappel 12,5%	S. 15 S. 16
B13.1 B13.2	Ausländer nach Stadtbezirken, Anteil			Brühl-Ind. 50,0% Waltershofen 4,7%	S. 17 S. 18
B14	Aussiedler nach Stadtbezirken, Anteil			Landwasser 12,0% Brühl- Ind. 0,8%	S. 19
B15 B16	Haushalte, Anzahl	120.291	+7,0 % +4,9 %		S. 11
B17	Haushalte nach Gruppen, Anzahl - Einpersonenhaushalte - Haushalte mit 5 und mehr Personen - Haushalte mit Kindern	64.778 3.951 20.452			
B18	Haushalte nach Gruppen, Anteile - Einpersonenhaushalte - Haushalte mit 5 und mehr Personen - Haushalte mit Kindern	53,9 % 3,3 % 17 %			
B19.1 B19.2	Einpersonenhaushalte nach Stadtbezirken			Altstadt-Mitte 75,9% Rieselfeld 31,0%	S. 20 S. 21
B20	Wohnungen mit 5 und mehr Räumen, Anteil	27,2 %			
B21.1 B21.2	Wohnungen mit 5 und mehr Räumen nach Stadtbezirk, Anteile			Munzingen 53,8% Stühl.-Eschh. 10,3%	S. 22 S. 23
B22	Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger, Anzahl	2.552	-17,4 % -19,6 %		S. 24
B23	Haushalte mit Wohnberechtigungs- schein, Anzahl	2.537	+17,0 % +9,4 %		S. 24
B24	Wohnungssuchende Haushalte, Anzahl	1.330	+73,4 % +19,3 %		S. 24

4. Tabellen & Diagramme

B2 Anzahl und Entwicklung der Wohnbevölkerung von 2005-2013

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	197.726	100,0
2006	199.128	100,7
2007	201.090	101,7
2008	201.115	101,7
2009	203.240	102,8
2010	205.430	103,9
2011	210.277	106,3
2012	213.986	108,2
2013	215.950	109,2

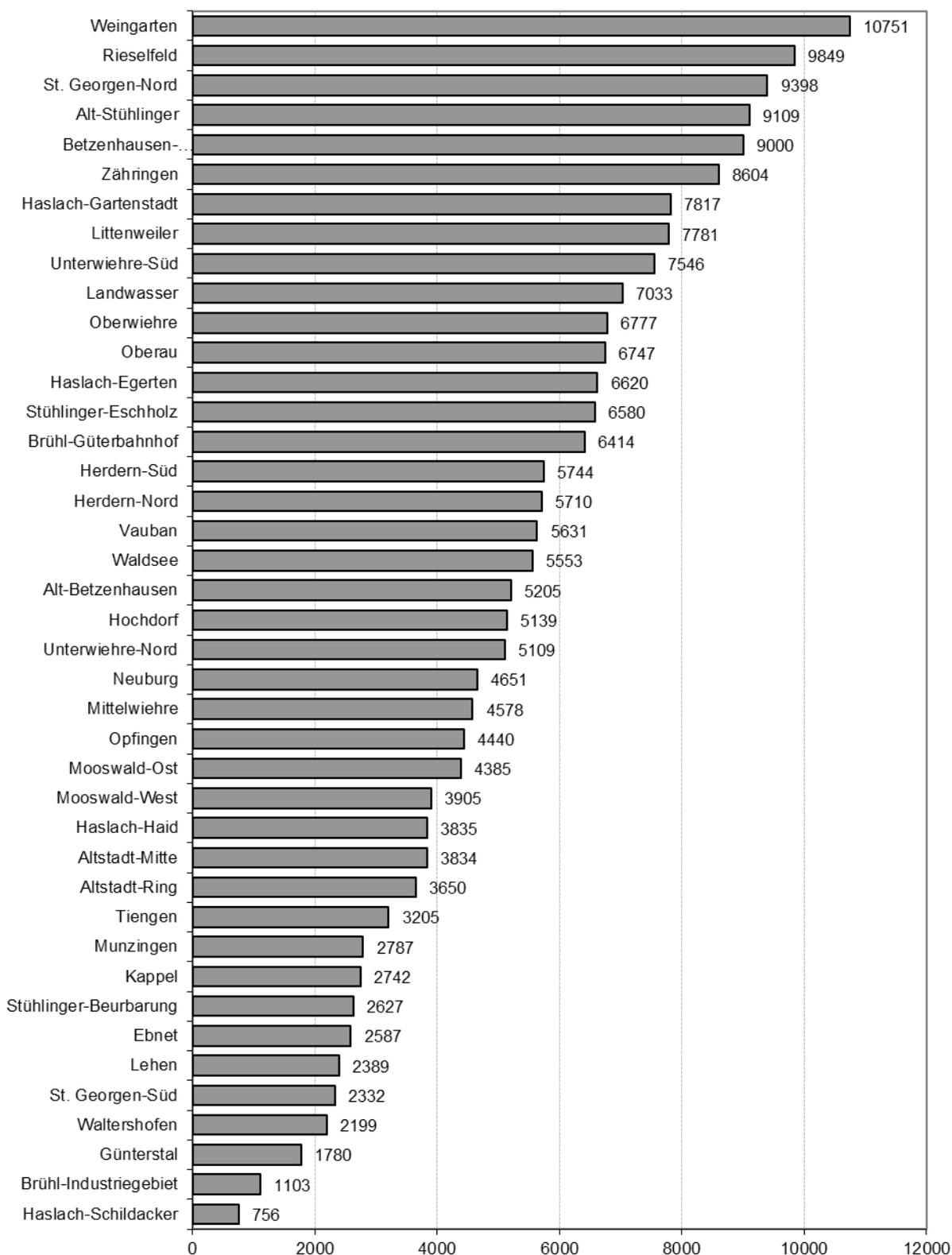
Quelle: Einwohnermelderegister

B16 Anzahl und Entwicklung der Haushalte von 2005-2013

Jahr 31.12	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	112.433	100,0
2006	113.406	100,9
2007	113.655	101,1
2008	113.641	101,1
2009	114.574	101,9
2010	115.600	102,8
2011	115.954	103,1
2012	118.760	105,6
2013	120.291	107,0

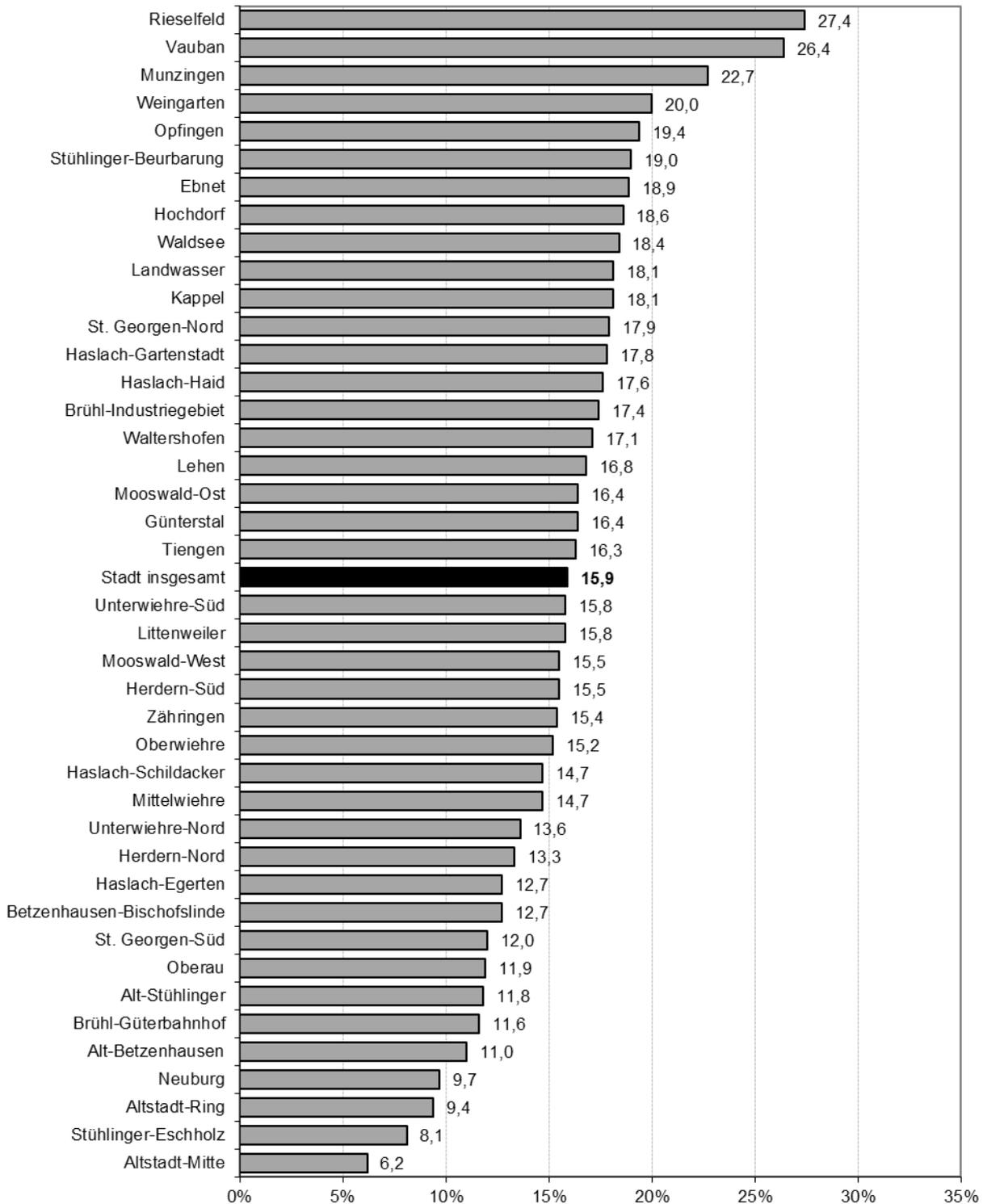
Quelle: Einwohnermelderegister

B3: Wohnbevölkerung am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg



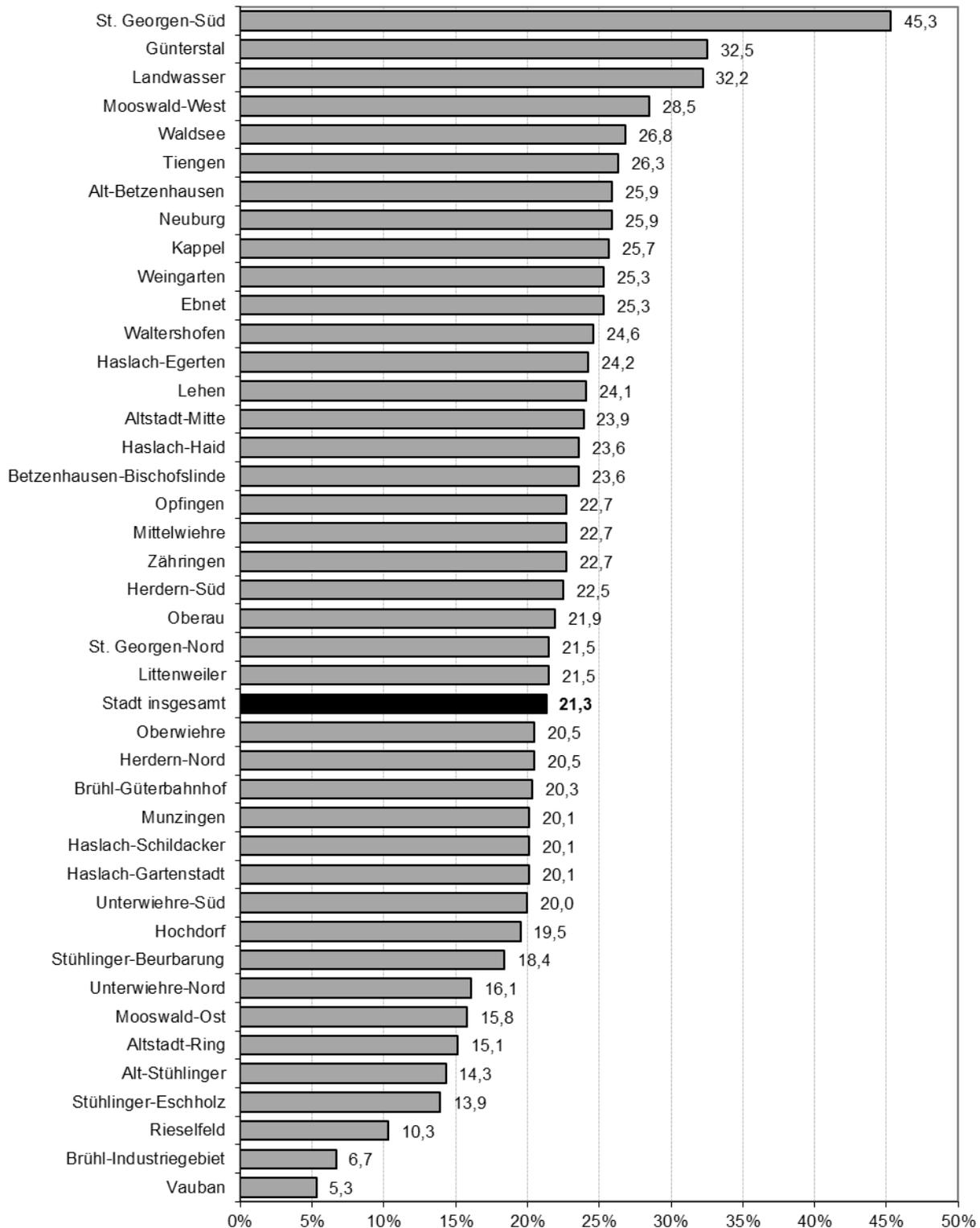
Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

B7: Anteil der unter 18-Jährigen an der Wohnbevölkerung am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

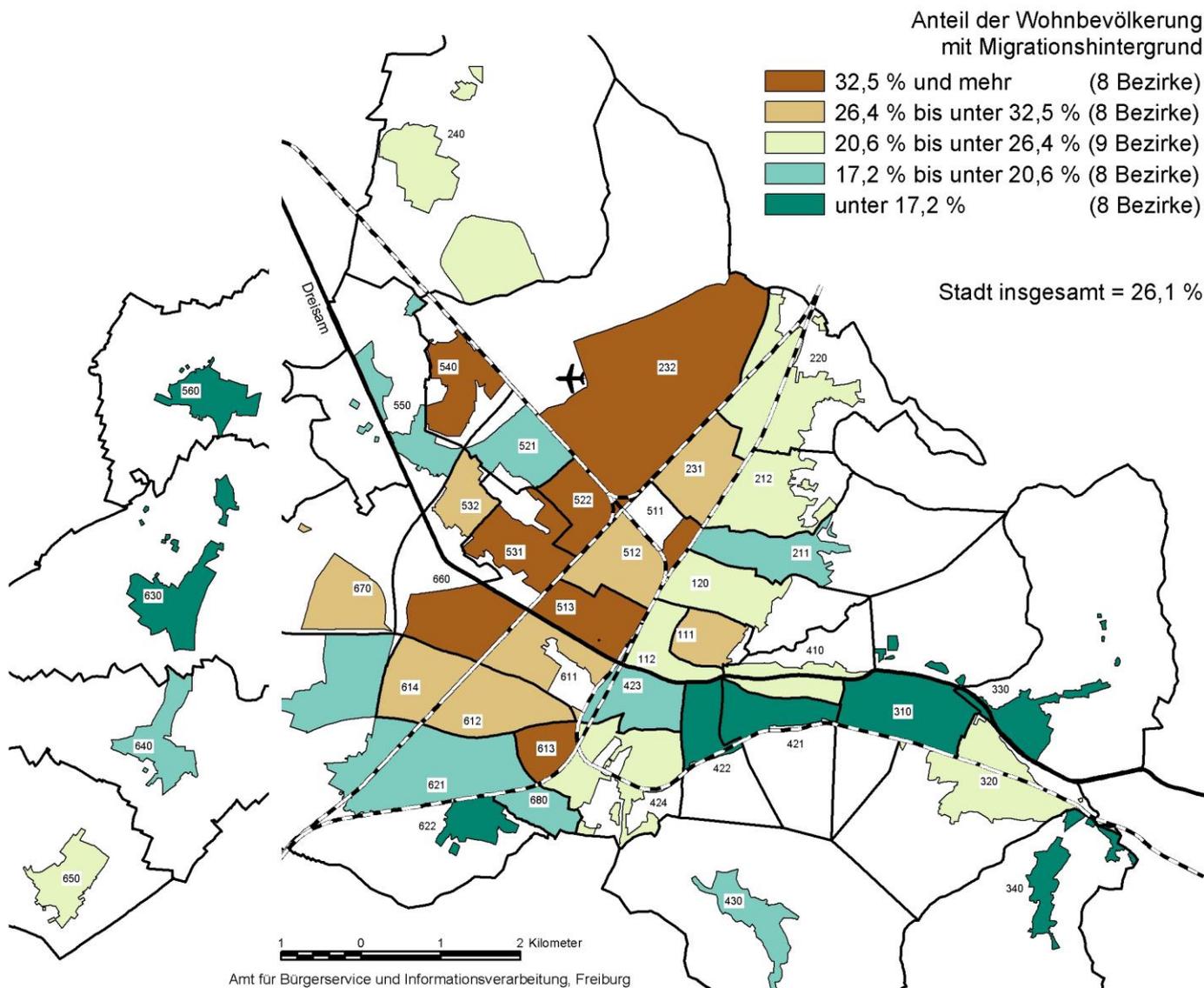
B8: Anteil der 60-Jährigen und älter an der Wohnbevölkerung am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

B12.1

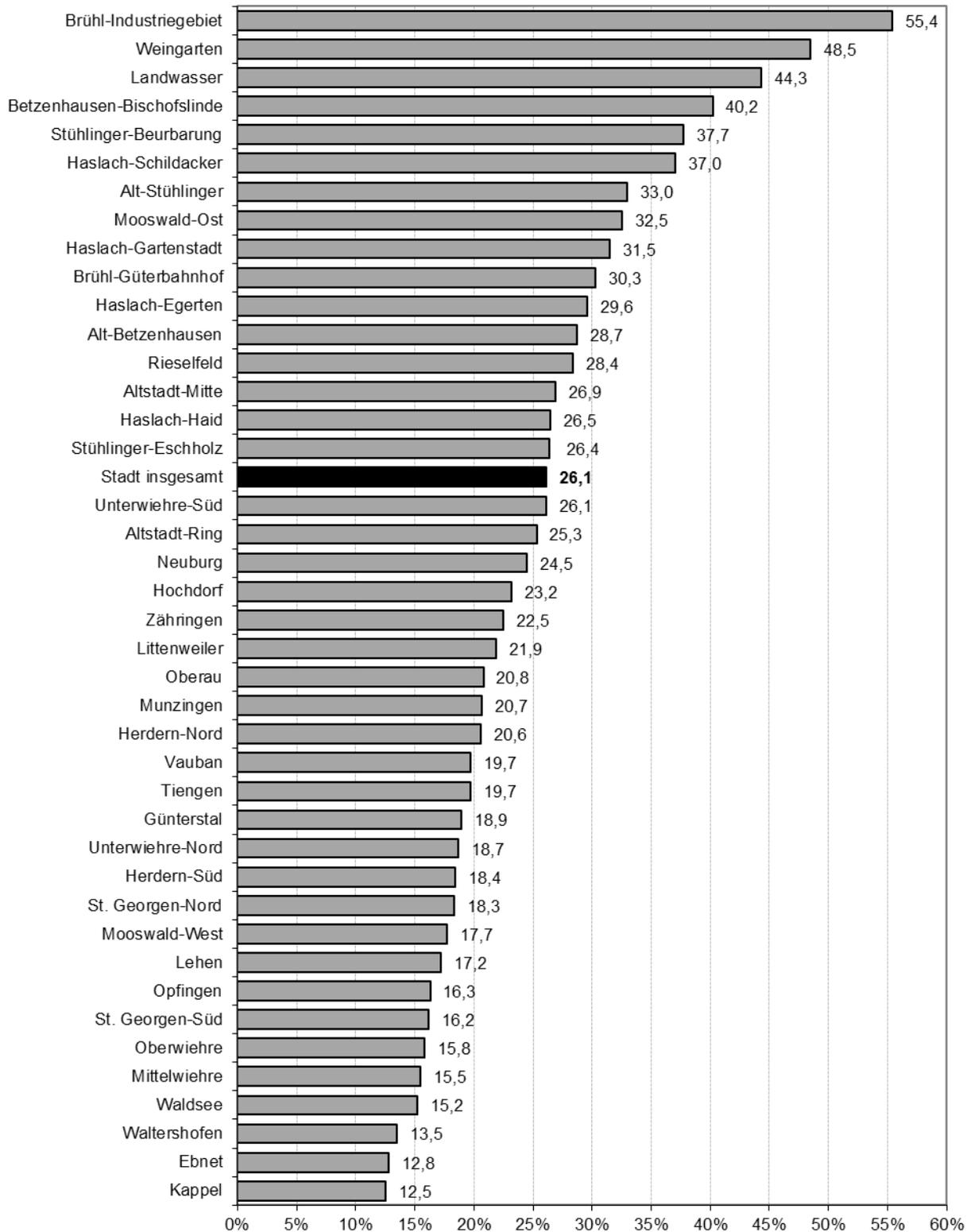
Anteil der Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund
am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

- | | | |
|---------------------------|--------------------------------|-------------------------|
| 111 Altstadt-Mitte | 421 Oberwiehre | 560 Waltershofen |
| 112 Altstadt-Ring | 422 Mittelwiehre | 611 Haslach-Egerten |
| 120 Neuburg | 423 Unterwiehre-Nord | 612 Haslach-Gartenstadt |
| 211 Herdern-Süd | 424 Unterwiehre-Süd | 613 Haslach-Schildacker |
| 212 Herdern-Nord | 430 Günterstal | 614 Haslach-Haid |
| 220 Zähringen | 511 Stühlinger-Beurbarung | 621 St. Georgen-Nord |
| 231 Brühl-Güterbahnhof | 512 Stühlinger-Eschholz | 622 St. Georgen-Süd |
| 232 Brühl-Industriegebiet | 513 Alt-Stühlinger | 630 Opfingen |
| 240 Hochdorf | 521 Mooswald-West | 640 Tiengen |
| 310 Waldsee | 522 Mooswald-Ost | 650 Munzingen |
| 320 Littenweiler | 531 Betzenhausen-Bischofslinde | 660 Weingarten |
| 330 Ebnet | 532 Alt-Betzenhausen | 670 Rieselfeld |
| 340 Kappel | 540 Landwasser | 680 Vauban |
| 410 Oberau | 550 Lehen | |

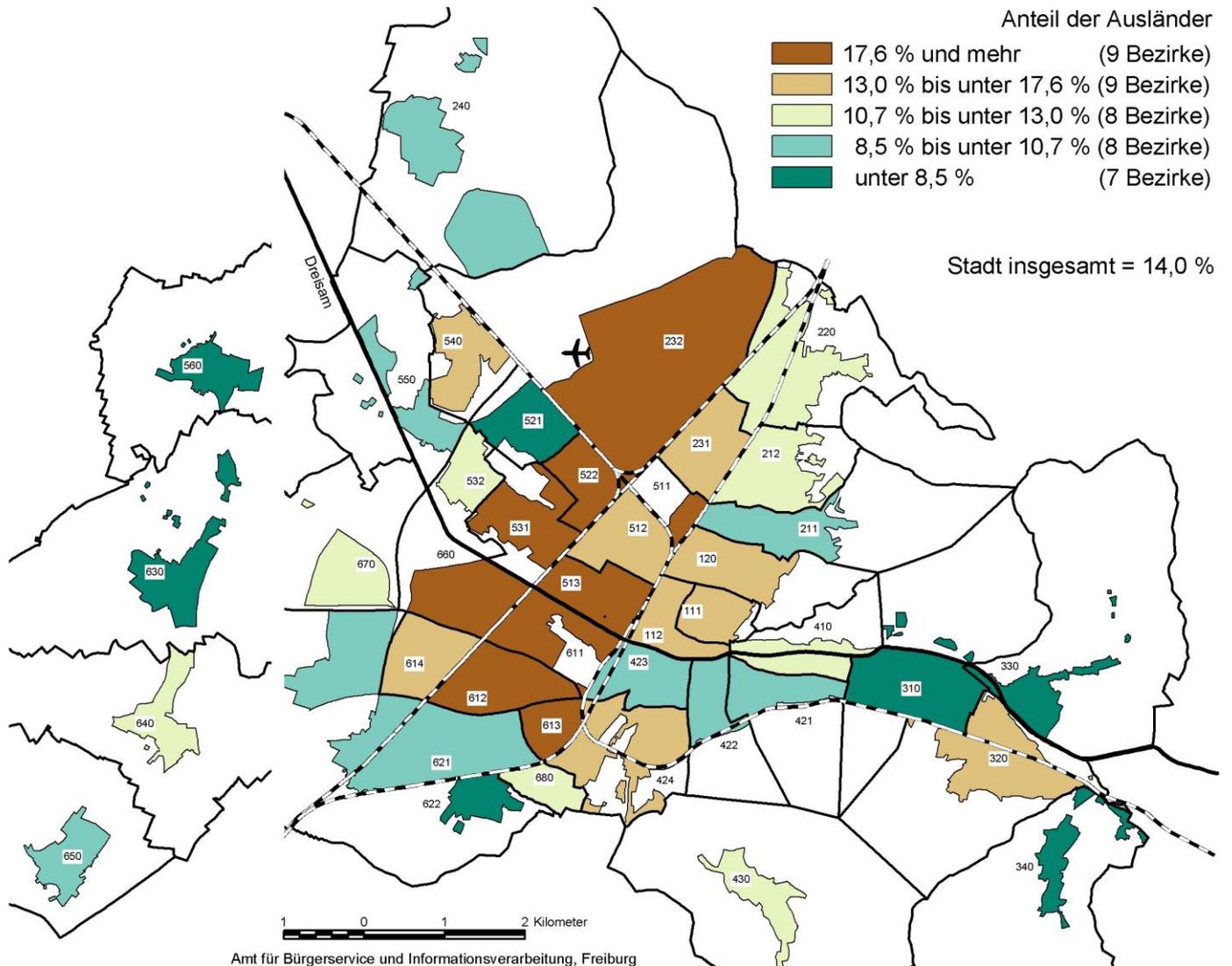
B12.2: Anteil der Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

B13.1

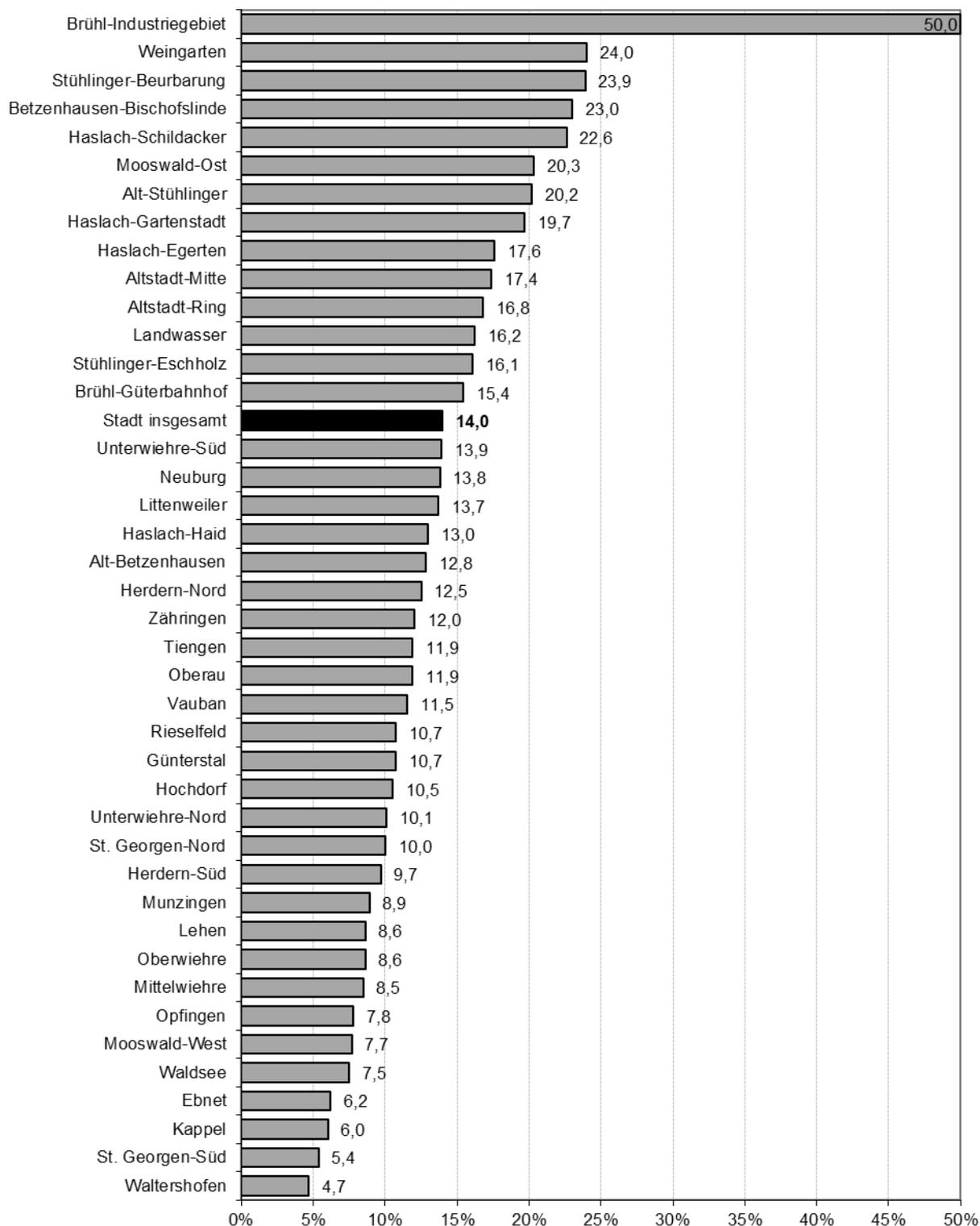
Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung
am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

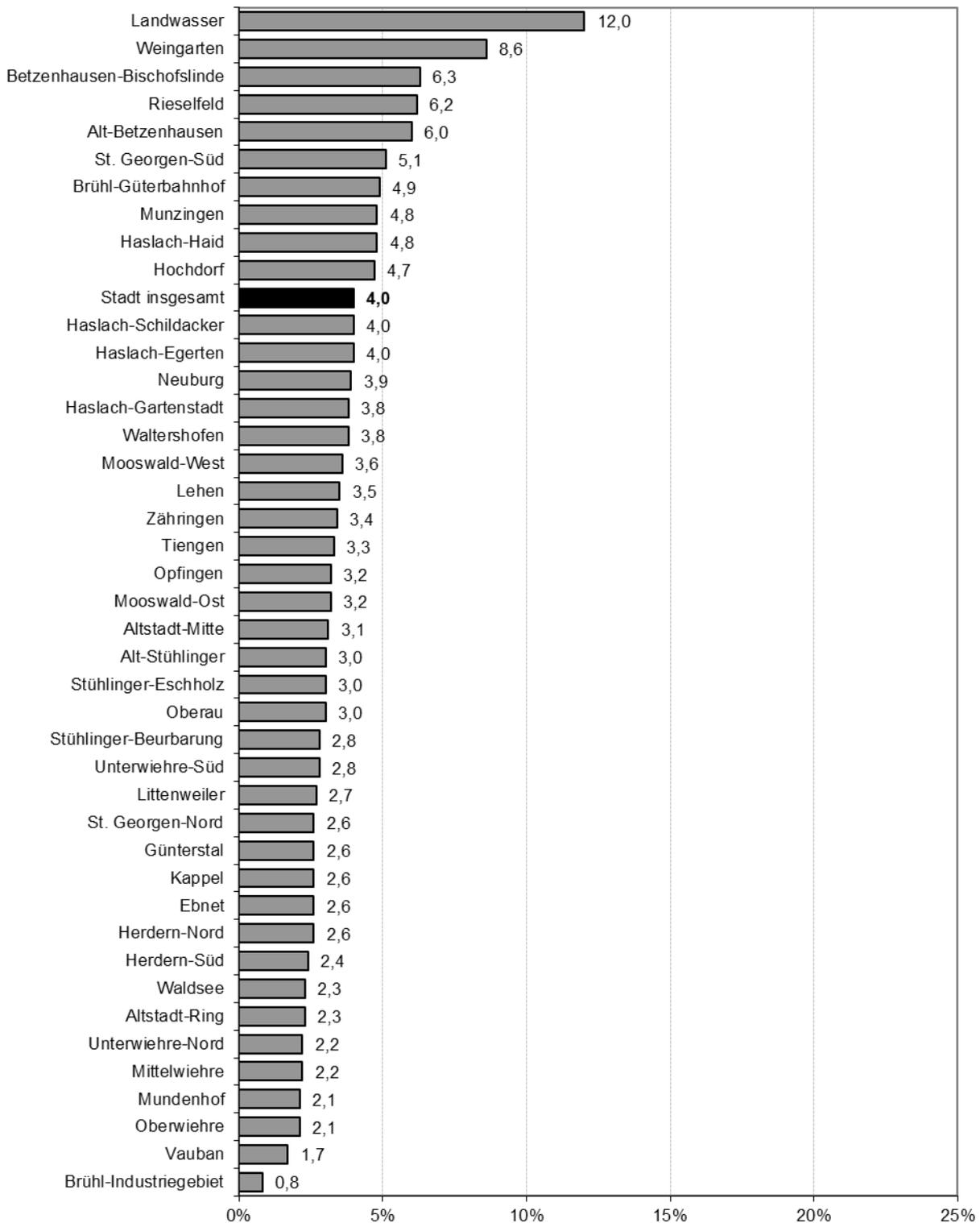
- | | | |
|---------------------------|--------------------------------|-------------------------|
| 111 Altstadt-Mitte | 421 Oberwiehre | 560 Waltershofen |
| 112 Altstadt-Ring | 422 Mittelwiehre | 611 Haslach-Egerten |
| 120 Neuburg | 423 Unterwiehre-Nord | 612 Haslach-Gartenstadt |
| 211 Herdern-Süd | 424 Unterwiehre-Süd | 613 Haslach-Schildacker |
| 212 Herdern-Nord | 430 Günterstal | 614 Haslach-Haid |
| 220 Zähringen | 511 Stühlinger-Beurbarung | 621 St. Georgen-Nord |
| 231 Brühl-Güterbahnhof | 512 Stühlinger-Eschholz | 622 St. Georgen-Süd |
| 232 Brühl-Industriegebiet | 513 Alt-Stühlinger | 630 Opfingen |
| 240 Hochdorf | 521 Mooswald-West | 640 Tiengen |
| 310 Waldsee | 522 Mooswald-Ost | 650 Munzingen |
| 320 Littenweiler | 531 Betzenhausen-Bischofslinde | 660 Weingarten |
| 330 Ebnet | 532 Alt-Betzenhausen | 670 Rieselfeld |
| 340 Kappel | 540 Landwasser | 680 Vauban |
| 410 Oberau | 550 Lehen | |

B13.2: Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

B14: Anteil der Aussiedler* an der Wohnbevölkerung am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %

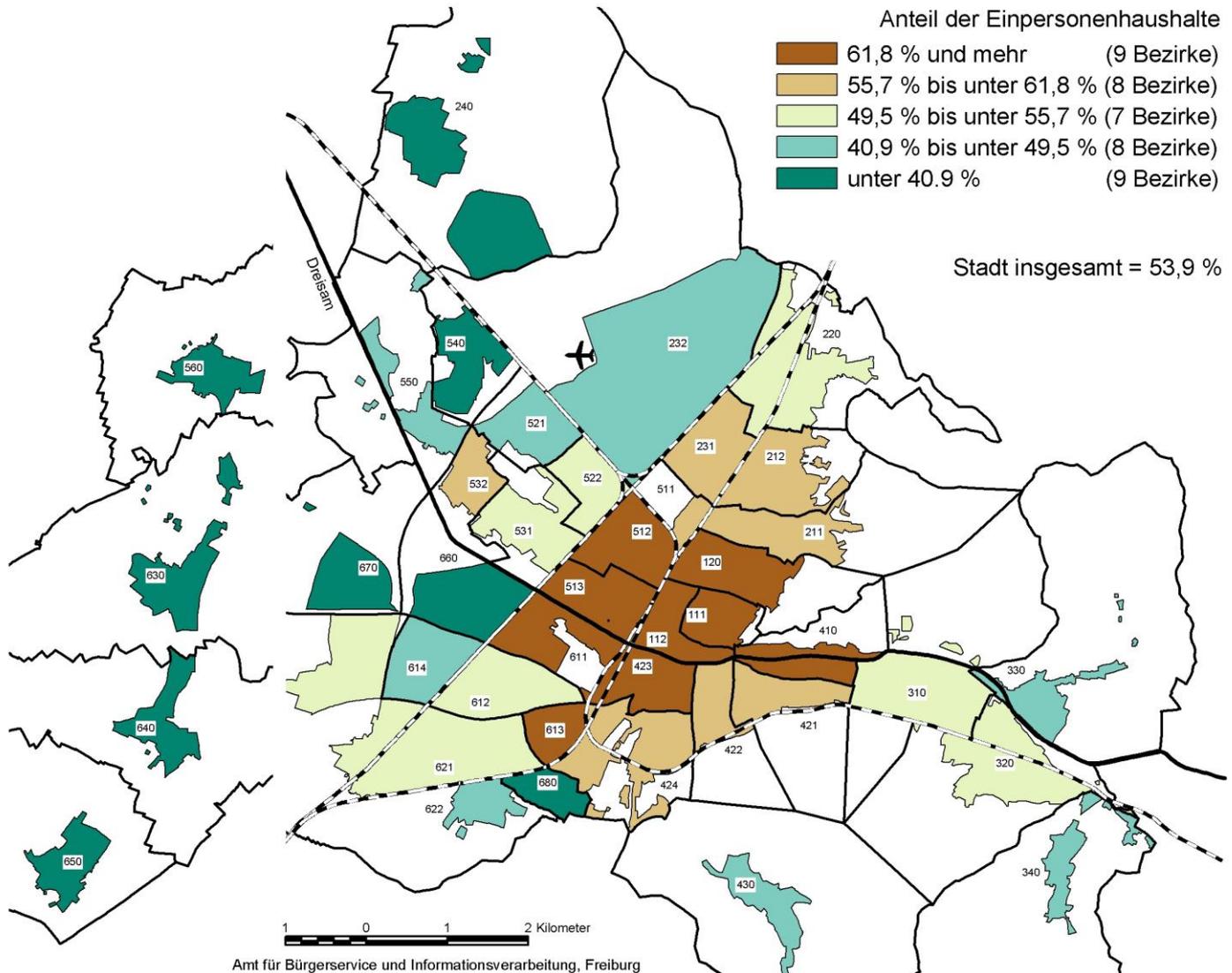


* Aufgrund einer Änderung im Ableitungsverfahren für den Migrationshintergrund sinkt die Zahl der Aussiedler und steigt die Zahl der Einbürgerungen zum Jahr 2013.

Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

B19.1

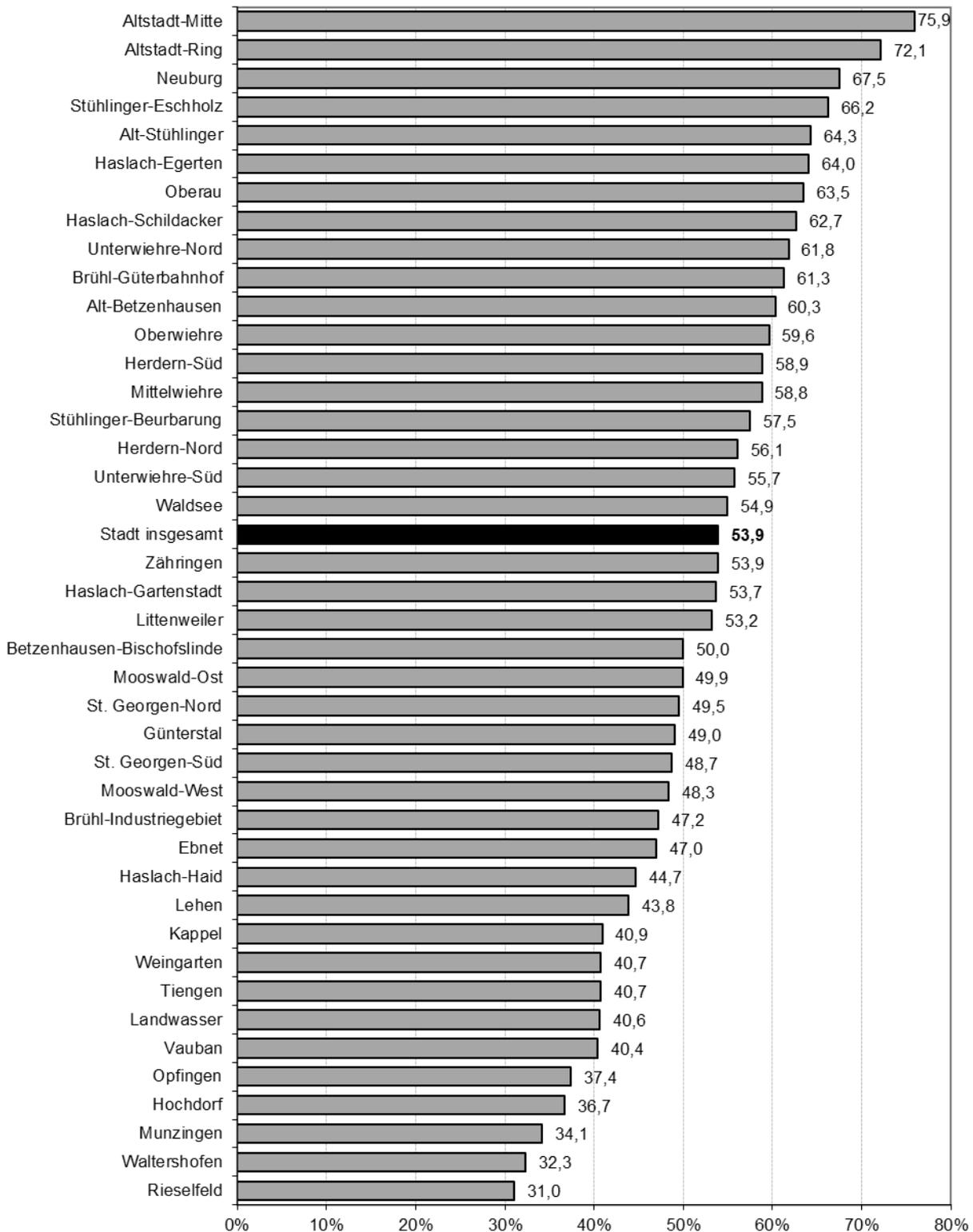
Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten
am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

- | | | |
|---------------------------|--------------------------------|-------------------------|
| 111 Altstadt-Mitte | 421 Oberwiehre | 560 Waltershofen |
| 112 Altstadt-Ring | 422 Mittelwiehre | 611 Haslach-Egerten |
| 120 Neuburg | 423 Unterwiehre-Nord | 612 Haslach-Gartenstadt |
| 211 Herdern-Süd | 424 Unterwiehre-Süd | 613 Haslach-Schildacker |
| 212 Herdern-Nord | 430 Günterstal | 614 Haslach-Haid |
| 220 Zähringen | 511 Stühlinger-Beurbarung | 621 St. Georgen-Nord |
| 231 Brühl-Güterbahnhof | 512 Stühlinger-Eschholz | 622 St. Georgen-Süd |
| 232 Brühl-Industriegebiet | 513 Alt-Stühlinger | 630 Opfingen |
| 240 Hochdorf | 521 Mooswald-West | 640 Tiengen |
| 310 Waldsee | 522 Mooswald-Ost | 650 Munzingen |
| 320 Littenweiler | 531 Betzenhausen-Bischofslinde | 660 Weingarten |
| 330 Ebnet | 532 Alt-Betzenhausen | 670 Rieselfeld |
| 340 Kappel | 540 Landwasser | 680 Vauban |
| 410 Oberau | 550 Lehen | |

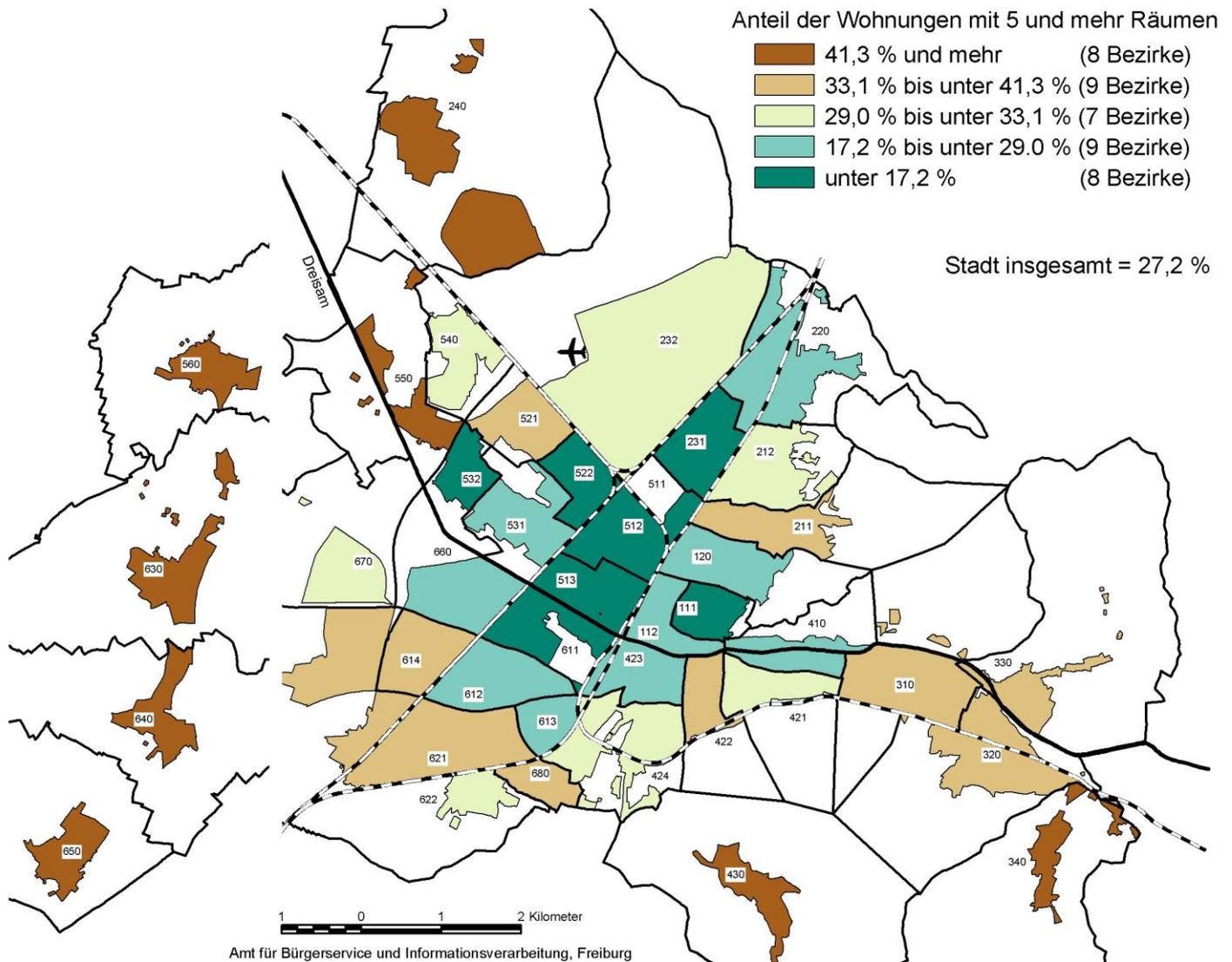
B19.2: Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

B21.1

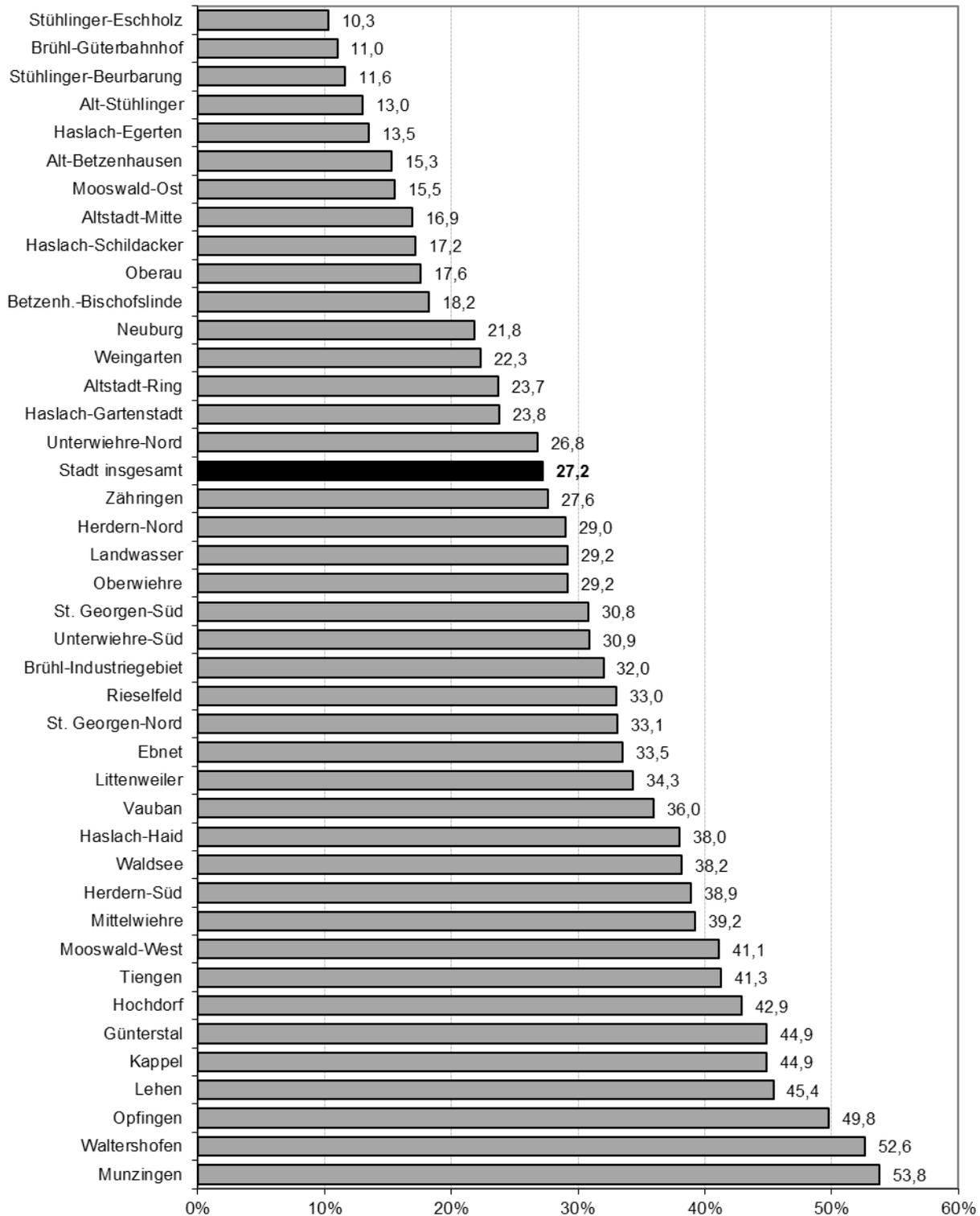
Anteil der Wohnung mit 5 und mehr Räumen
am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

- | | | |
|---------------------------|--------------------------------|-------------------------|
| 111 Altstadt-Mitte | 421 Oberwiehre | 560 Waltershofen |
| 112 Altstadt-Ring | 422 Mittelwiehre | 611 Haslach-Egerten |
| 120 Neuburg | 423 Unterwiehre-Nord | 612 Haslach-Gartenstadt |
| 211 Herdern-Süd | 424 Unterwiehre-Süd | 613 Haslach-Schildacker |
| 212 Herdern-Nord | 430 Günterstal | 614 Haslach-Haid |
| 220 Zähringen | 511 Stühlinger-Beurbarung | 621 St. Georgen-Nord |
| 231 Brühl-Güterbahnhof | 512 Stühlinger-Eschholz | 622 St. Georgen-Süd |
| 232 Brühl-Industriegebiet | 513 Alt-Stühlinger | 630 Opfingen |
| 240 Hochdorf | 521 Mooswald-West | 640 Tiengen |
| 310 Waldsee | 522 Mooswald-Ost | 650 Munzingen |
| 320 Littenweiler | 531 Betzenhausen-Bischofslinde | 660 Weingarten |
| 330 Ebnet | 532 Alt-Betzenhausen | 670 Rieselfeld |
| 340 Kappel | 540 Landwasser | 680 Vauban |
| 410 Oberau | 550 Lehen | |

B21.2: Anteil der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

B22 Anzahl Wohngeldempfänger und Wohngeldempfängerinnen

Jahr 31.12	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	3.088	100,0
2006	2.777	89,9
2007	2.413	78,1
2008	1.986	64,3
2009	3.173	102,8
2010	3.274	106,0
2011	2.956	95,7
2012	2.719	88,1
2013	2.552	82,6

Quelle: Amt für Liegenschaften und Wohnungswesen, Freiburg

B23 Anzahl Haushalte mit Wohnberechtigungsschein

Jahr 31.12	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	2.168	100,0
2006	2.192	101,1
2007	1.702	78,5
2008	2.214	102,1
2009	2.320	107,0
2010	2.511	115,8
2011	2.532	116,8
2012	2.654	122,4
2013	2.537	117,0

Quelle: Amt für Wohnraumversorgung, Freiburg

B24 Anzahl wohnungssuchende Haushalte

Jahr 31.12	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	767	100,0
2006	965	125,8
2007	796	103,8
2008	1.008	131,4
2009	1.115	145,4
2010	1.130	147,3
2011	1.184	154,4
2012	1.256	163,8
2013	1.330	173,4

Quelle: Amt für Wohnraumversorgung, Freiburg



Erwerbstätigkeit / Arbeitslosigkeit

1. Kennzahlen	26
2. Fakten / Trends	28
3. Zahlenspiegel	30
4. Tabellen & Diagramme	32

1. Kennzahlen

- A1 Erwerbstätige / Beschäftigte nach Art der Beschäftigung
- A2 Erwerbstätige / Beschäftigte nach Art der Beschäftigung: Entwicklung 2005-2013
- A3 „Atypische Beschäftigung“: Insgesamt
- A4 „Atypische Beschäftigung“: Entwicklung 2005-2013
- A5 „Atypische Beschäftigung“: Anteil an Beschäftigungsverhältnissen
- A6 „Atypische Beschäftigung“: Anteil an Beschäftigungsverhältnissen 2005-2013
- A7 „Atypische Beschäftigung“: Anteil Frauen
- A8 Arbeitslose: Insgesamt
- A9 Arbeitslose: Entwicklung 2005-2013
- A10 Arbeitslose: nach Gruppen
- A11 Arbeitslose: nach Gruppen, Entwicklung 2005-2013
- A12 Arbeitslose: nach Gruppen, Anteil an allen Arbeitslosen
- A13 Arbeitslosenquote I (bezogen auf alle Erwerbstätigen)
- A14 Arbeitslosenquote I, Entwicklung 2005-2013
- A15 Arbeitslosenquote II (bezogen auf Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren)
- A16 Arbeitslosenquote II, nach Stadtbezirken
- A17 Arbeitslosenquote III (Jugendarbeitslosigkeit)

Erläuterungen

Erwerbstätige / Beschäftigte

Am Arbeitsort, nicht am Wohnort. Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

Erwerbstätige

Summe aller Personen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbständige beziehungsweise als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausüben (Abgrenzung nach Eurostat).

Beschäftigungsverhältnisse

Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Geringfügig Beschäftigten und bei Arbeitsgelegenheiten Beschäftigten.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Beschäftigte, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem SGB III sind.

Geringfügig Beschäftigte

Beschäftigte, die regelmäßig nicht mehr als 450€ im Monat verdienen.

Teilzeitbeschäftigte

Sind nicht Vollzeit, sondern in Teilzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Beschäftigte in Leiharbeit

Beschäftigte, die auf der Grundlage des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) arbeiten.

Arbeitsgelegenheiten

Beschäftigte, die im Rahmen der Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II arbeiten – auch genannt Ein-Euro-Jobber.

„Atypische Beschäftigung“

Summe aus geringfügig Beschäftigten, Teilzeitbeschäftigten und Beschäftigten in Leiharbeit. Der Begriff wird in der wissenschaftlichen Literatur verwendet für Beschäftigungsverhältnisse, die in Abgrenzung zu sogenannten Normalarbeitsverhältnissen (Vollzeittätigkeit, unbefristet, Integration in soziale Sicherungssysteme) stehen. Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Regionale Datenbank „Atypische Beschäftigung“ der Hans-Böckler-Stiftung.

Arbeitslose

Stadtkreis Freiburg; aus Rechtskreisen SGB II und SGB III.

Langzeitarbeitslose

Personen, die zum Stichtag ein Jahr und länger arbeitslos gemeldet waren.

Arbeitslosenquote I

Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbstätigen.

Arbeitslosenquote II

Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung zwischen 15 bis unter 65 Jahre.

Arbeitslosenquote III

Anteil Arbeitslose unter 25 Jahre an der Bevölkerung zwischen 15 bis unter 25 Jahre.

Zeitstände

Aufgrund verschiedener Quelldaten haben die Beschäftigtenzahlen unterschiedliche Zeitstände. Hier sind die Zeitstände abhängig von den aktuellsten Zahlen, die die Bundesagentur für Arbeit oder die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder herausgeben. Eine Ausnahme bildet die Datenbank zu „atypischer Beschäftigung der Hans-Böckler-Stiftung: Deren Daten haben zwar den aktuellsten Stand (31.12.2013). Aufgrund einer Umstellung seitens der Bundesagentur für Arbeit sind diese aber mit Vorsicht zu genießen, da die Zahlen von 2012 nicht mit dem Vorjahr vergleichbar sind.

2. Fakten / Trends

Bei den Beschäftigungsverhältnissen zeigt sich parallel zum Bevölkerungswachstum ein stetes Wachstum, jedoch nicht bei allen Formen von Beschäftigungsverhältnissen im gleichen Ausmaß. Im Folgenden sind die Entwicklungen der verschiedenen Beschäftigungsformen jeweils kurz beschrieben:

- Die Zahl der **Erwerbstätigen** (Beschäftigte und Selbstständige) und die Anzahl aller **Beschäftigten** ist seit 2005 kontinuierlich um ca. 10 % gestiegen. Die Anzahl der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** ist in diesem Zeitraum sogar um 14,4 % gestiegen.
- Die Anzahl der **geringfügigen Beschäftigungen** und der **Teilzeitbeschäftigung** ist seit 2005 um 29,5 % bzw. 32,4 % gestiegen.
- Den seit 2005 stärksten Zuwachs von allen Beschäftigungsformen hat die **Leiharbeit** mit 65,8 % zu verzeichnen. Deren Jahresdurchschnittszahlen schwanken allerdings sehr stark. In den Jahren 2009 und 2013 war die Anzahl der in Leiharbeit gemeldeten Personen geringer als in den Vorjahren. Im Jahr 2009 (1 519) sank die Anzahl der Beschäftigten in Leiharbeit knapp unter den Stand von 2005 (1 554). Zwischen 2009 und 2012 sind 84,7 % Zuwachs für die Beschäftigungsform Leiharbeit zu verzeichnen. Doch 2013 schrumpfte die Anzahl an Leiharbeitsverhältnissen wieder um 8,2 % auf 2 577.
- Bei der Beschäftigungsform der **Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobber)** ist der sinkende Trend seit 2010 im Jahr 2013 gestoppt. Mit 472 Ein-Euro-Jobbern im Jahr 2013 gibt es weniger Menschen in Arbeitsgelegenheiten als zu Beginn der Erhebung 2005, damals waren es 499 Personen. Im Vergleich zu 2012 ist die Anzahl der Ein-Euro-Jobber jedoch von 438 auf die 472 im Jahr 2013 gestiegen.

Die sogenannten „**atypischen Beschäftigungsverhältnisse**“, zu denen geringfügig Beschäftigte, und Menschen in Teilzeit und Leiharbeit zusammengezählt werden, sind seit 2005 um 51,9 % gestiegen. Die Steigerung zwischen 2011 und 2012 ist jedoch begründet in einer Umstellung der Bundesagentur für Arbeit, bei der sich die Zahlen zum Beschäftigungsumfang geändert haben. Doch auch unter Berücksichtigung des Umstellungseffektes nehmen die „atypischen“ Beschäftigungsformen wie die geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit und Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) stärker zu als die „typischen“ Beschäftigungsverhältnisse (Vollzeit). Bei den „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen liegt der Anteil an weiblichen Beschäftigten mit 63,6 % (2013) bei fast zwei Drittel.

Die Arbeitslosenzahlen steigen seit dem Tiefststand 2011 (5 902) wieder. In den letzten zwei Jahren ist der Jahresdurchschnitt um 12,2 % auf 6 624 (2013) angewachsen. Die Arbeitslosenquote liegt seit 2011 um die 6 %-Marke; 2013 waren genau 6,0 % aller zivilen Erwerbspersonen arbeitslos.

Bei der Betrachtung der Arbeitslosenzahlen nach Gruppen lassen sich folgende Tendenzen feststellen:

- Das Geschlechterverhältnis zeigt sich als stabil. Seit 2011 liegt der Anteil der **männlichen** Arbeitslosen bei 56 % und der Anteil der weiblichen Arbeitslosen bei 44 %.
- Der Anteil der **deutschen** Arbeitslosen sinkt um 2,1 % und liegt mit 72,4 % zum ersten Mal etwas unter der Drei-Viertel-Marke. Dies bedeutet im Gegenzug, dass der Anteil der arbeitslosen Ausländer um 2,1 % auf insgesamt 27,6 % wächst und damit die Ein-Viertel-Marke überschreitet.
- 4,5 % aller Arbeitslosen sind **Jugendliche** unter 25 Jahren, 2013 waren es genau 300. Die Quote der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen von 15 bis unter 25 Jahren lag 2013 bei 2,2 %.
- Der Anteil an **Menschen, die 55 Jahre und älter sind**, an allen Arbeitslosen beträgt 18,1 %. Im Jahr 2013 waren es 1 196 ältere Arbeitslose, fast vier Mal so viele wie junge Arbeitslose. Die Anzahl an Menschen mit 55 Jahren oder älter ist die einzige, die im Vergleich zu der Anzahl 2005 gestiegen (+20,8 %) statt gefallen ist. Im Vergleich zu 2009 ist die Anzahl an älteren Arbeitslosen sogar um 42,7 % (+358 Personen) gestiegen.
- Die Zahl der **Langzeitarbeitslosen** schwankt stark, weshalb es sinnvoll ist, die Entwicklung vom letzten Niedrigstand – 2010 waren es 1 524 – als Vergleichspunkt zu wählen. Seit 2010 hat die Anzahl an Langzeitarbeitslosen um 38,8 % zugenommen, sodass 2013 durchschnittlich 2 116 Menschen langfristig arbeitslos gemeldet waren. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Anzahl der Arbeitslosen insgesamt stieg im selben Zeitraum von 24,3 % (2010) auf 31,9 % (2013) an.

Geographisch lässt sich auf der Karte A16.1 gut sehen, dass Stadtbezirke westlich der Bahnlinie höhere Arbeitslosenanteile pro Wohnbevölkerung aufweisen als Stadtbezirke östlich der Bahnlinie. Spitzenreiter ist Weingarten, wo 10,5 % der Wohnbevölkerung des Stadtbezirks arbeitslos sind.

3. Zahlenspiegel

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand Jahresdurchschnitt 2013	Veränderung	Spannweite Stadtbezirke	Tabelle / Diagramm
			2005-2013 2009-2013	höchster Wert niedrigster Wert	
A1 A2	Erwerbstätige / Beschäftigte, Anzahl				
	- Erwerbstätige (2012)	158.100	+10,3 % +4,1 %		S. 32
	- Beschäftigungsverhältnisse (2012)	143.400	+10,5 % +4,1 %		S. 32
	- sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (30.06.2012)	109.888	+14,4 % +6,6 %		S. 32
	- geringfügig Beschäftigte (30.06.2013)	31.673	+29,5 % +6,2 %		S. 33
	- Teilzeitbeschäftigte (30.06.2011)	28.890	+32,4 % +10,0 %		S. 33
	- Beschäftigte in Leiharbeit (31.12.2013) ¹	2.577	+65,8 % +69,7 %		S. 33
	- Arbeitsgelegenheiten „1€-Jobs“ (31.12.2013) ¹	472	-5,5 % -41,9 %		S. 34
A3 A4	„Atypische Beschäftigung“ (31.12.2013) ¹	73.429	+51,9 % +25,7 %		S. 34
A5 A6	„Atypische Beschäftigung“, Anteil an allen Beschäftigungsverhältnissen	51,5 %	+11%-P.² +7%-P.		S. 34
A7	„Atypische Beschäftigung“, Anteil Frauen (31.12.2013) ¹				
	- Insgesamt	66,7 %	-1,9%-P. -0,7%-P.		
	- geringfügig Beschäftigte	59,5 %	-3,5%-P. -1,7%-P.		
	- Teilzeitbeschäftigte ¹	75,8 %	-2,8%-P. -1,4%-P.		
	- Beschäftigte in Leiharbeit	30,8 %	+0,4%-P. -4,7%-P.		
	- Arbeitsgelegenheiten „1€-Jobs“	35,2 %	+9,7%-P. +0,6%-P.		
A8 A9	Arbeitslose	6.624	-31,5 % +5,9 %		S. 35

¹ Durch eine Umstellung der Beschäftigtenstatistik sind die Daten zu Arbeitszeit nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umstellungseffekte ab dem Jahr 2012 werden in einem Methodenbericht der Bundesagentur für Arbeit beschrieben (BA Methodenbericht auf Anfrage erhältlich).

² %-P.=Prozentpunkte

4. Tabellen & Diagramme

A2.1 Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt)

Jahr	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	143.300	100,0
2006	145.000	101,2
2007	148.300	103,5
2008	150.600	105,1
2009	151.800	105,9
2010	154.500	107,8
2011	157.200	109,7
2012	158.100	110,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistische Ämter des Bundes und der Länder

A2.2 Beschäftigungsverhältnisse insgesamt (Jahresdurchschnitt)

Jahr	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	129.800	100,0
2006	131.100	101,0
2007	134.300	103,5
2008	136.700	105,3
2009	137.800	106,2
2010	140.400	108,2
2011	142.800	110,0
2012	143.400	110,5

Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistische Ämter des Bundes und der Länder

A2.3 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Stichtag 30.6.)

Jahr 30.06.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	94.327	100,0
2006	95.675	101,4
2007	98.053	104,0
2008	100.136	106,2
2009	101.167	107,3
2010	103.546	109,8
2011	106.254	112,6
2012	107.888	114,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistische Ämter des Bundes und der Länder

A2.4 Geringfügig Beschäftigte (Stichtag 30.6.)

Jahr 30.6.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	24.449	100,0
2006	25.657	104,9
2007	27.074	110,7
2008	28.847	118,0
2009	29.827	122,0
2010	30.428	124,5
2011	31.297	128,0
2012	31.106	127,2
2013	31.673	129,5

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

A2.5 Teilzeitbeschäftigte (Stichtag 30.6.)

Jahr 30.6.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	21.826	100,0
2006	22.755	104,3
2007	24.157	110,7
2008	25.405	116,4
2009	26.261	120,3
2010	27.410	125,6
2011	28.890	132,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

A2.6 Beschäftigte in Leiharbeit (Stichtag 31.12.)

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	1.554	100,0
2006	2.069	133,1
2007	2.394	154,1
2008	2.549	164,0
2009	1.519	97,7
2010	2.143	137,9
2011	2.665	171,5
2012	2.806	180,6
2013	2.577	165,8

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Hans-Böckler-Stiftung

A2.7 Arbeitsgelegenheiten / Ein-Euro-Jobber (Stichtag 31.12.)

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	499	100,0
2006	684	137,1
2007	754	151,1
2008	721	144,5
2009	813	162,9
2010	848	169,9
2011	546	109,4
2012	438	87,8
2013	472	94,6

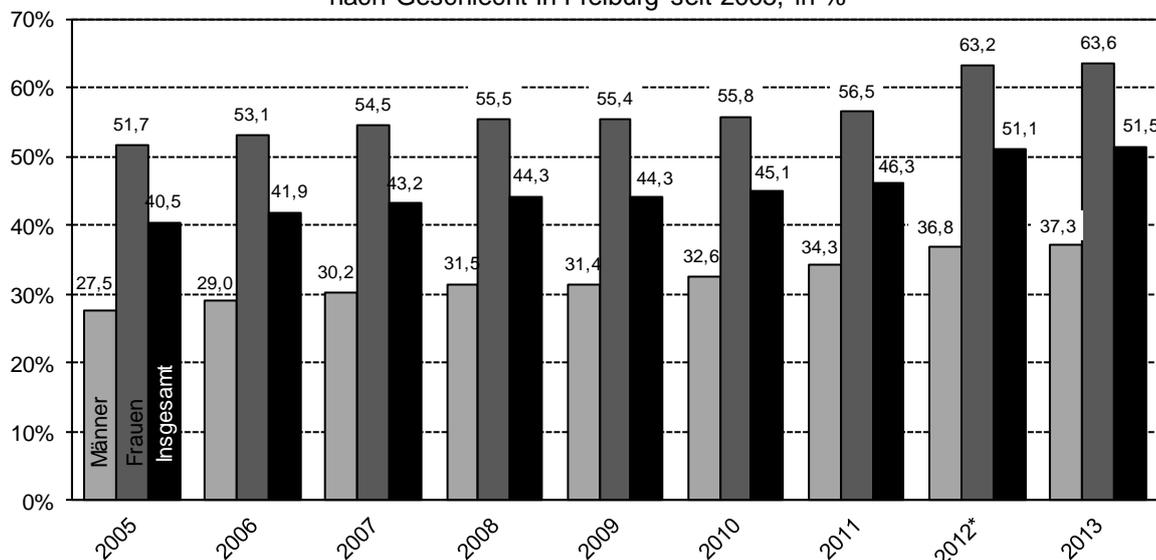
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Hans-Böckler-Stiftung

A4 „Atypische“ Beschäftigungsverhältnisse insgesamt (Stichtag 31.12.)³

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	48.328	100,0
2006	51.165	105,9
2007	54.379	112,5
2008	57.522	119,0
2009	58.420	120,9
2010	60.829	125,9
2011	64.281	133,0
2012	72.521	150,1
2013	73.429	151,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Hans-Böckler-Stiftung, eigene Berechnungen

A6: Anteil Personen in atypischer Beschäftigung an Beschäftigung insgesamt nach Geschlecht in Freiburg seit 2005, in %



* Durch eine Umstellung der Beschäftigtenstatistik sind die Daten nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Hans-Böckler-Stiftung, eigene Berechnungen

³ Durch eine Umstellung der Beschäftigtenstatistik seitens der Bundesagentur für Arbeit sind die Daten 2012 nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

A9 Zahl der Arbeitslosen (SGB II und SGB III) (Jahresdurchschnitt)

Jahr	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	9.668	100,0
2006	8.239	85,2
2007	7.504	77,6
2008	6.640	68,7
2009	6.253	64,7
2010	6.281	65,0
2011	5.902	61,0
2012	6.346	65,6
2013	6.624	68,5

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

A11.1 Zahl der Arbeitslosen (SGB II und SGB III) nach Gruppen (Jahresdurchschnitt)

Jahr	Geschlecht		Staatsangehörigkeit		Alter		
	Frauen	Männer	Deutsche	Ausländer	Unter 25 Jahre	25 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter
2005	4.445	5.223	7.400	2.268	707	7.971	990
2006	3.783	4.456	6.276	1.963	597	6.905	737
2007	3.464	4.040	5.714	1.790	536	6.281	687
2008	3.147	3.493	5.001	1.639	406	5.429	805
2009	2.735	3.518	4.744	1.509	293	5.122	838
2010	2.846	3.435	4.744	1.537	265	5.090	926
2011	2.668	3.234	4.364	1.538	248	4.631	1.023
2012	2.804	3.542	4.730	1.616	247	5.003	1.096
2013	2.912	3.712	4.797	1.827	300	5.128	1.196

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

A11.2 Arbeitslose (SGB II und SGB III) nach Gruppen (Jahresdurchschnitt), in %

Jahr	Geschlecht		Staatsangehörigkeit		Alter		
	Frauen	Männer	Deutsche	Ausländer	Unter 25 Jahre	25 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter
2005	46,0	54,0	76,5	23,5	7,3	82,4	10,2
2006	45,9	54,1	76,2	23,8	7,2	83,8	8,9
2007	46,2	53,8	76,1	23,9	7,1	83,7	9,2
2008	47,4	52,6	75,3	24,7	6,1	81,8	12,1
2009	43,7	56,3	75,9	24,1	4,7	81,9	13,4
2010	45,3	54,7	75,5	24,5	4,2	81,0	14,7
2011	45,2	54,8	73,9	26,1	4,2	78,5	17,3
2012	44,2	55,8	74,5	25,5	3,9	78,8	17,3
2013	44,0	56,0	72,4	27,6	4,5	77,4	18,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

A11.3 Zahl und Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen nach SGB II und SGB III (Jahresdurchschnitt)

Jahr	Anzahl Langzeitarbeitslose	Veränderung in % (2005=100 %)	Anzahl Arbeitslose insgesamt	Anteil Langzeitan allen Arbeitslosen in %
2005	2.672	100,0	9.668	27,6
2006	3.523	131,8	8.239	42,8
2007	2.805	105,0	7.504	37,4
2008	2.301	86,1	6.640	34,7
2009	1.734	64,9	6.253	27,7
2010	1.524	57,0	6.281	24,3
2011	1.735	64,9	5.902	29,4
2012	1.872	70,1	6.346	29,5
2013	2.116	79,2	6.624	31,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

A14 Arbeitslosenquote Stadtkreis Freiburg bezogen auf Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt)⁴

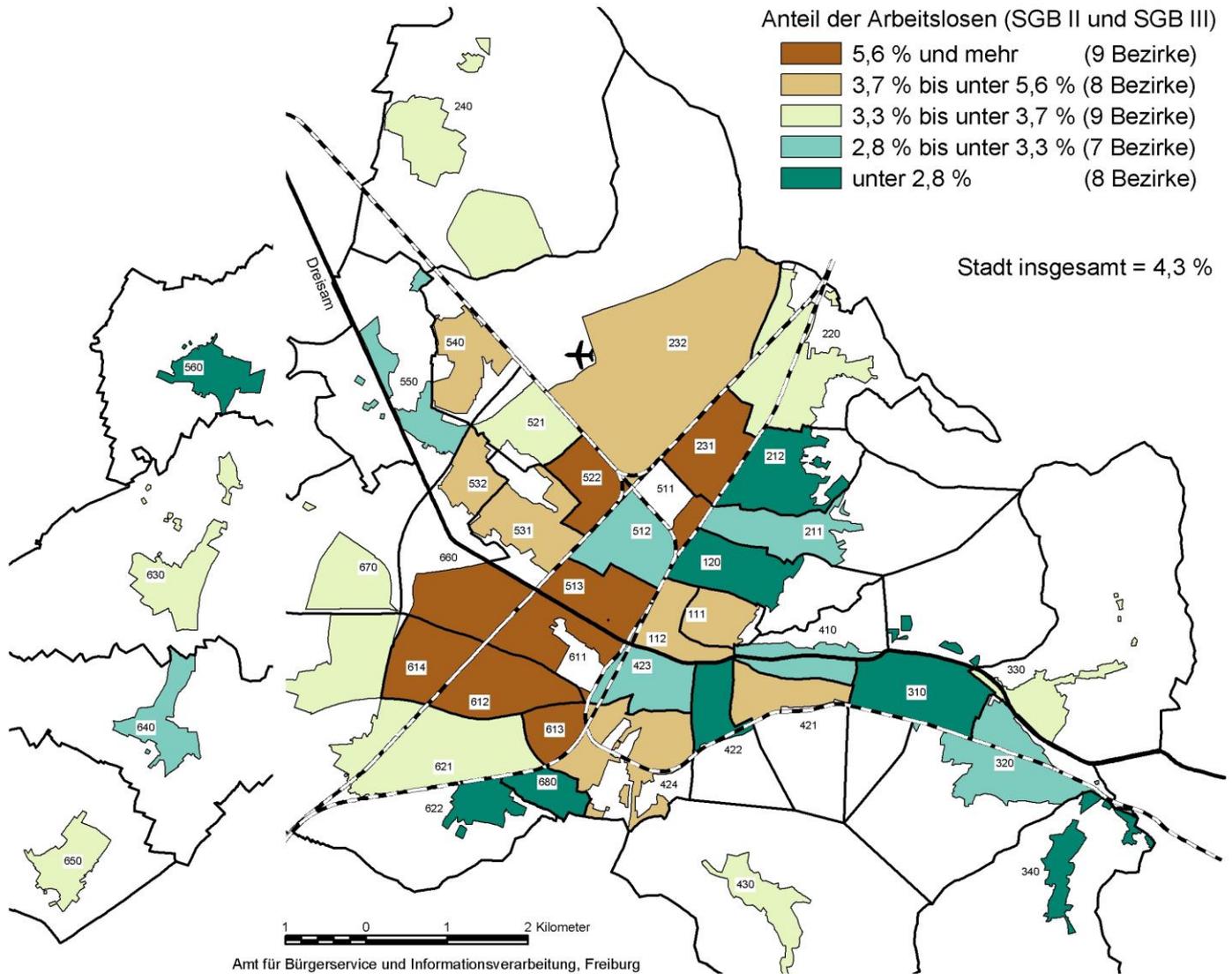
Jahr	Arbeitslosenquote insgesamt	Männer	Frauen
2005	9,2	-	-
2006	9,2	-	-
2007	7,8	-	-
2008	7,1	-	-
2009	6,9	7,6	6,1
2010	6,4	7,1	5,7
2011	6,1	6,8	5,4
2012	5,9	6,6	5,3
2013	6,0	6,8	5,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁴ Für den Zeitraum 2005-2009 liegen keine geschlechtsspezifischen Zahlen vor.

A16.1

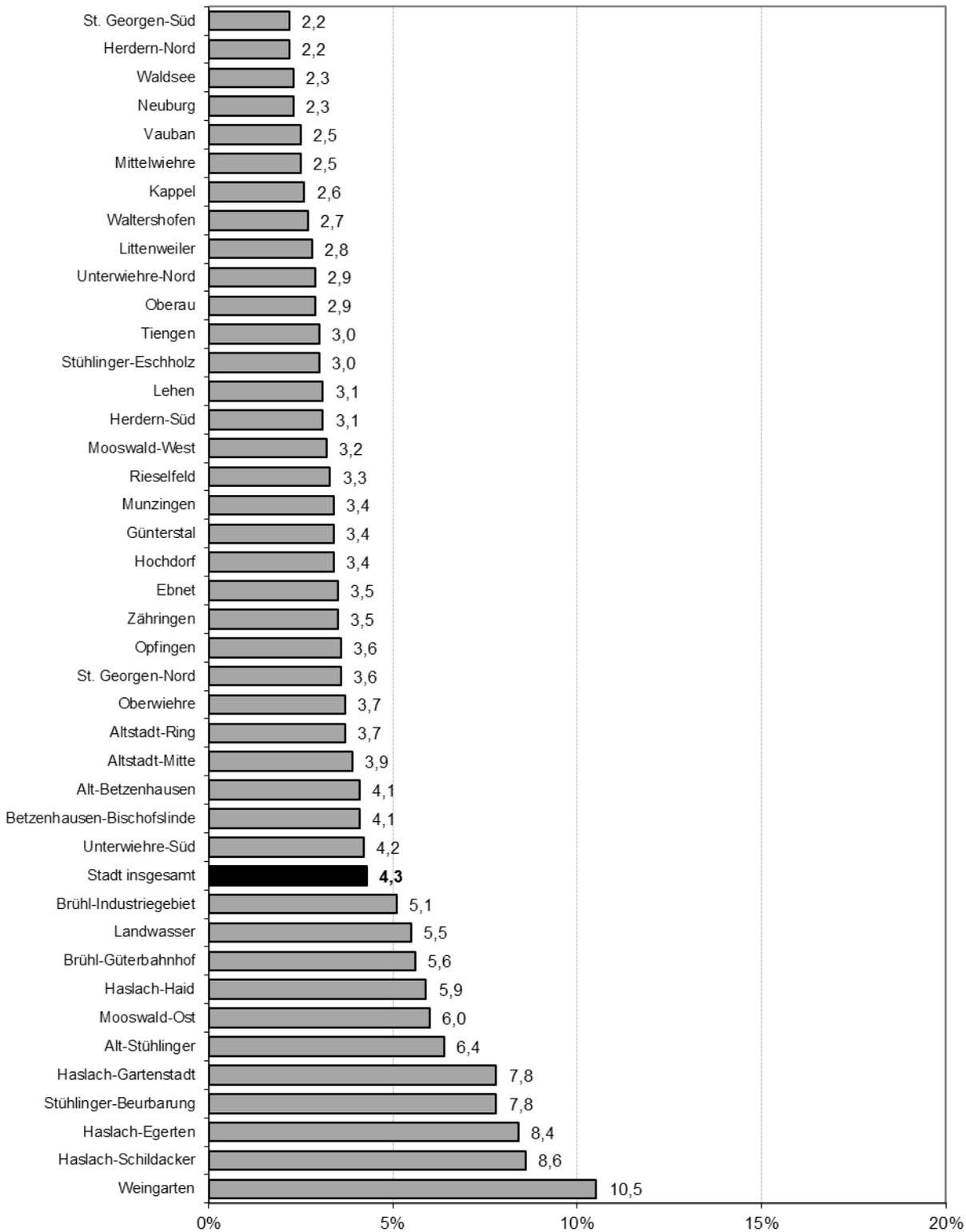
Anteil der Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an der Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

- | | | |
|---------------------------|--------------------------------|-------------------------|
| 111 Altstadt-Mitte | 421 Oberwiehre | 560 Waltershofen |
| 112 Altstadt-Ring | 422 Mittelwiehre | 611 Haslach-Egerten |
| 120 Neuburg | 423 Unterwiehre-Nord | 612 Haslach-Gartenstadt |
| 211 Herdern-Süd | 424 Unterwiehre-Süd | 613 Haslach-Schildacker |
| 212 Herdern-Nord | 430 Günterstal | 614 Haslach-Haid |
| 220 Zähringen | 511 Stühlinger-Beurbarung | 621 St. Georgen-Nord |
| 231 Brühl-Güterbahnhof | 512 Stühlinger-Eschholz | 622 St. Georgen-Süd |
| 232 Brühl-Industriegebiet | 513 Alt-Stühlinger | 630 Opfingen |
| 240 Hochdorf | 521 Mooswald-West | 640 Tiengen |
| 310 Waldsee | 522 Mooswald-Ost | 650 Munzingen |
| 320 Littenweiler | 531 Betzenhausen-Bischofslinde | 660 Weingarten |
| 330 Ebnet | 532 Alt-Betzenhausen | 670 Rieselfeld |
| 340 Kappel | 540 Landwasser | 680 Vauban |
| 410 Oberau | 550 Lehen | |

A16.2: Anteil der Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an der Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahre am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

III.

Grundsicherung SGB II („Hartz IV“)

1. Personen in Bedarfsgemeinschaften

1.1. Kennzahlen	40
1.2. Fakten / Trends	41
1.3. Zahlenspiegel	44
1.4. Tabellen & Diagramme	47

2. Bedarfsgemeinschaften

2.1. Kennzahlen	55
2.2. Fakten / Trends	55
2.3. Zahlenspiegel	57
2.4. Tabellen & Diagramme	58

1. Personen in Bedarfsgemeinschaften

1.1 Kennzahlen

- G1 Personen: Zahl
- G2 Personen: Entwicklung 2005 - 2013
- G3 Personen: nach Gruppen
- G4 Personen: nach Gruppen, Entwicklung 2005 - 2013
- G5 Personen: Entwicklung nach Stadtbezirken
- G6 Personen: nach Altersgruppen
- G7 Personen: Anteil Frauen
- G8 Personen: Quote nach Gruppen
- G9 Personen: Quote nach Gruppen, Entwicklung 2005 - 2013
- G10 Personen: Quote Kinder/Jugendliche
- G11 Personen: Quote nach Stadtbezirken
- G12 Personen: Erwerbsfähige Personen an allen Personen in Bedarfsgemeinschaften
- G13 Personen: Erwerbsfähige Personen nach Gruppen
- G14 Personen: Erwerbsfähige Personen, Status
- G15 Personen: Anteil Arbeitslose

Erläuterungen

Grundsicherung Sozialgesetzbuch (SGB II)

Das Gesetz regelt die Grundsicherung für Arbeitsuchende. Es ist seit 1. Januar 2005 in Kraft und bildet den wesentlichen Teil des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, das im allgemeinen Sprachgebrauch als "**Hartz-IV-Gesetz**" bezeichnet wird. Mit der Grundsicherung sollen die Bedürfnisse von erwerbsfähigen Personen ab 15 und unter 65 Jahren sowie deren Angehörigen gedeckt werden, wie sie zur Führung eines menschenwürdigen und existenzgesicherten Lebens erforderlich sind. Hilfe erhalten alle Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können.

Personen in Bedarfsgemeinschaften (BG)

Umfasst alle Personen, die mit einem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer besonderen persönlichen oder verwandtschaftlichen Beziehung stehen und in einem gemeinsamen Haushalt leben, sich in Notlagen gegenseitig materiell unterstützen und ihren Lebensunterhaltsbedarf gemeinsam decken sollen.

Quote insgesamt

Anteil der Personen in der Bedarfsgemeinschaft je 100 Personen der Bevölkerung im Alter unter 65 Jahren.

Quote altersspezifisch

Anteil der Personen in der Bedarfsgemeinschaft je 100 Personen aus derselben Altersgruppe insgesamt.

*Status der erwerbsfähigen Personen:**-> arbeitslos*

Personen, die für eine Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen.

-> arbeitssuchend

Personen, die aktuell nicht für eine Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen, da sie sich in Qualifizierungsmaßnahmen befinden oder weil sie temporär arbeitsunfähig sind.

-> ratsuchend

Personen, die § 428 SGB II in Anspruch nehmen und sich nach Vollendung ihres 58. Lebensjahres dazu verpflichtet haben, zum frühest möglichen Zeitpunkt eine abschlagsfreie Altersrente in Anspruch zu nehmen. Eine Verpflichtung, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen, besteht nicht. „Ratsuchend“ und „Status nicht gesetzt“ sind ab dem Jahr 2012 zusammengefasst zu „nicht arbeitssuchend gemeldete Leistungsberechtigte“.

-> Status nicht gesetzt

Personen, die gemäß §10 SGB II vorübergehend keine Beschäftigung aufnehmen können, weil sie z.B. Kinder unter 3 Jahre erziehen oder Angehörige pflegen. „Ratsuchend“ und „Status nicht gesetzt“ sind ab dem Jahr 2012 zusammengefasst zu „nicht arbeitssuchend gemeldete Leistungsberechtigte“.

1.2 Fakten / Trends

Im Jahr 2013 benötigten 8,6 % der Bevölkerung unter 65 Jahren Leistungen der Grundsicherung nach SGB II, insgesamt 15 610 Personen.

Circa ein Drittel (32,7 %) der Leistungsbedürftigen sind unter 18 Jahren. Mehr als jede zehnte Person (11,2 %), die Unterstützung benötigte, ist zwischen 55 und 66 Jahre alt.

Langzeitlich betrachtet sinkt der Anteil der leistungsemfangenden Personen an der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich zu 2005 hat die Quote um 1,2 %-Punkte abgenommen – verglichen mit dem Stand von 2009 sogar um 1,9 %. Es lässt sich also allgemein von einer sinkenden Tendenz sprechen.

In zwei Gruppen müssen fast doppelt so viele Personen Leistungen beziehen wie im Bevölkerungsdurchschnitt:

- Bei der Gruppe der **Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren** liegt die Quote der Leistungsbeziehenden bei 14,8 %,
- bei der Gruppe der **Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit** bei 16,5%.

Weniger augenscheinlich sind die Entwicklungen

- der Gruppe älterer **Menschen ab 55 Jahren**
- und das **Geschlechterverhältnis** der Unterstützungsbedürftigen.

Im Vergleich zu 2009 ist die Anzahl der **nicht-deutschen** Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher um -3,1 % gesunken. Damit ist die Anzahl ausländischer Unterstützungsbedürftiger prozentual weniger gesunken wie die Anzahl an Unterstützungsbedürftigen insgesamt (-9,1 %). Der Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger an allen Ausländern (Quote) ist im Vergleich zu 2009 um 3,1 %-Punkte gesunken und somit stärker gesunken als der Anteil aller Unterstützungsbedürftigen an der Gesamtbevölkerung (-1,6 %-Punkte). Die Quote der Deutschen ist um 1,4 %-Punkte gesunken.

Bei der Gruppe der **unter 18-Jährigen** sind die Tendenzen ähnlich: Die Anzahl der unter 18-Jährigen in der Grundsicherung nimmt im Vergleich zu anderen Gruppen und der Gesamtbevölkerung weniger ab. Seit 2009 ist die Anzahl der unterstützungsbedürftigen Minderjährigen um 1 %-Punkt weniger gesunken als der Bevölkerungsdurchschnitt (-9,1 %). Die Quote der unter 18-jährigen Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ist jedoch im Vergleich zu den Zahlen von 2009 stärker gesunken (-2,1 %-Punkte) als die Quote der Gesamtbevölkerung (-1,6 %-Punkte).

Entgegen der allgemein sinkenden Tendenzen sind Zunahmen bei der Anzahl und Quote der **Altersgruppe der 55-Jährigen und älter** zu beobachten. Im Vergleich zum Stand von 2009 ist die Anzahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger zwischen 55 und 65 Jahren um 3,8 % gestiegen - im Vergleich zu 2005 sogar um 40,4 %. Auch hinsichtlich der Quote ist ein Anwachsen der Unterstützungsbedürftigkeit älterer Menschen zu erkennen. Im Vergleich zu den Zahlen von 2009 sinkt die Quote der älteren Menschen mit Leistungsbezug (-1,0 %-Punkt) geringer als der Durchschnitt (-1,6 %-Punkte). Im Vergleich zu 2005 ist die Quote sogar um fast 1 %-Punkt gewachsen. Sowohl die steigende Anzahl wie die steigende Quote verweisen darauf, dass zunehmend mehr Menschen zwischen 55 und 65 Jahren Leistungen nach SGB II in Anspruch nehmen müssen.

Die Anzahl der Personen in Grundsicherung ist geschlechtlich nahezu gleichverteilt: 49,8 % sind Frauen und 50,2 % Männer. Bei den Frauen ergeben sich in einigen Altersgruppen größere Unterschiede: In der Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen liegt der Anteil an Leistungsempfängerinnen mit 58,1 % am höchsten, bei den 60- bis unter 66-Jährigen mit 42,0 % der Unterstützungsbedürftigen am niedrigsten. Bezogen auf die Wohnbevölkerung liegt die Quote der männlichen Leistungsbezieher um 0,3 %-Punkte über, die der weiblichen Personen 0,3 %-Punkte unter dem Durchschnitt von 8,6 %.

In den Stadtbezirken Weingarten (27,3 %) und Stühlinger-Beurbarung (20,1 %) ist die Quote an Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern deutlich höher wie im städtischen Durchschnitt (8,6 %). In Weingarten lebt danach fast jede vierte Person auf Basis von Grundsicherungsleistungen, in der Beurbarung ist es jede Fünfte. Die geringste Quote an Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern haben die Stadtbezirke St. Georgen-Süd und Mittelwiehre (beide 2,8 %).

Die Anzahl von SGB II-EmpfängerInnen ist zwischen 2009 und 2013 in Oberau (-46,0 %), im Vauban (-32,5 %) sowie im Stühlinger-Eschholz (-29,8 %) am stärksten gesunken. Die höchsten Zunahmen sind in den Stadtbezirken Haslach-Egerten (+44,7 %) und Günterstal

(+31,6 %) zu beobachten. Die starken Veränderungen in Oberau und in Haslach-Egerten sind durch den Umzug der Beratungsstelle für obdachlose Menschen ins Zentrum für wohnungslose Menschen (OASE)¹ begründet und deswegen im Zahlenspiegel nicht berücksichtigt.

Der Anteil der erwerbsfähigen Personen an den Leistungsempfängenden liegt bei 71,2 %. Von diesem Anteil sind wiederum 39,0 % arbeitslos, 30,5 % arbeitssuchend und 30,5 % nicht arbeitssuchend gemeldet. Von allen Personen, die in Bedarfsgemeinschaften leben, sind 27,8 % arbeitslos.

¹ Die entsprechende Anschrift dient für die Bundesagentur für Arbeit als Adresse für den SGB II-Bezug.

1.3 Zahlenspiegel

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2013	Veränderung	Spannweite Stadtbezirke höchster Wert niedrigster Wert	Tabelle / Dia- gramm
			2005-2013 2009-2013		
G1 G2	Anzahl der Personen	15.610	-3,9 % -9,1 %		S. 47
G3 G4	Personen nach Gruppen				S. 47
	- Frauen	7.770	-2,9 % -9,4 %		
	- Männer	7.840	-4,9 % -8,8 %		
	- Deutsche	10.971	-9,5 % -11,4 %		
	- Ausländer	4.639	+12,7 % -3,1 %		
	- unter 18 Jahre	5.093	-3,7 % -8,1 %		
	- 18 bis unter 55 Jahre	8.762	-9,7 % -11,8 %		
	- 55 Jahre und älter	1.755	+40,4 % +3,8 %		
G5	Personen, Entwicklung 2009-2013 nach Stadtbezirken			Günterstal +31,6% Vauban -32,5%	S. 48 S. 49
G6	Personen, Anteile nach Altersgruppen				S. 50
	- unter 18 Jahre	32,7 %			
	- 18 bis unter 55 Jahre	56,2 %			
	- 55 bis 65 Jahre	11,2 %			
G7	Personen, Anteil Frauen	49,8 %			S. 50
	- höchster Anteil: 25 bis unter 30 Jahre	58,1 %			
	- niedrigster Anteil: 60 bis 65 Jahre	42,5 %			

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2013	Veränderung	Spannweite Stadtbezirke	Tabelle / Dia- gramm
			2005-2013 2009-2013	höchster Wert niedrigster Wert	
G8 G9	Personen, Quote nach Gruppen - Insgesamt - Frauen - Männer - Deutsche - Ausländer - unter 18 Jahre - 18 bis unter 55 Jahre - 55 Jahre bis unter 65 Jahre	8,6 % 8,3 % 8,9 % 7,2 % 16,5 % 14,8 % 7,1 % 7,5 %	-1,2 %-P. ² -1,6 %-P. -1,1 %-P. -1,6 %-P. -1,4 %-P. -1,6 %-P. -1,4 %-P. -1,4 %-P. -0,6 %-P. -3,1 %-P. -1,4 %-P. -2,1 %-P. -1,5 %-P. -1,5 %-P. +0,9 %-P. -1,0 %-P.		
G10	Personen, Quote Kinder und Jugendliche - 0 bis unter 6 Jahre - 6 bis unter 10 Jahre - 10 bis unter 15 Jahre - 15 bis unter 18 Jahre	16,5 % 15,6 % 13,7 % 12,0 %	-2,5 %-P. -3,1 %-P. -0,3 %-P. -1,4 %-P. -0,8 %-P. -1,2 %-P. -1,4 %-P. -2,2 %-P.		S. 51
G11	Personen, Quote nach Stadtbezirken	8,6 %		Weingarten 27,3 % St. Georg.-S. 2,8 %	S. 52 S. 53
G12	Personen, Anteil der Erwerbsfähigen	71,2 %			S. 51
G13	Personen, Anteil der erwerbsfähigen SGB II-Bezieher an allen SGB II-Beziehern unter den - Frauen - Männer - Deutschen - Ausländern - unter 25-Jährigen - 25- bis unter 55-Jährigen - 55-Jährigen und älter - Alleinerziehende	71,8 % 70,7 % 66,9 % 81,5 % 30,7 % 99,6 % 98,8 % 48,8 %			

² %-P. = Prozentpunkte.

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2013	Veränderung	Spannweite Stadtbezirke	Tabelle / Dia- gramm
			2005-2013 2009-2013	höchster Wert niedrigster Wert	
G14	Personen, Status der erwerbsfähigen SGB II-Bezieher - arbeitslos - arbeitssuchend - nicht arbeitssuchend gemeldete Leistungsberechtigte	39,0 % 30,5 % 30,5 %			
G15	Personen, Anteil mit Status „arbeitslos“ - an allen SGB II-BezieherInnen - an allen Erwerbsfähigen	27,8 % 39,0 %			

1.4 Tabellen & Diagramme

G1 SGB II: Anzahl Personen insgesamt

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	16.238	100,0
2006	16.522	101,7
2007	16.632	102,4
2008	16.397	101,0
2009	17.162	105,7
2010	16.734	103,1
2011	16.040	98,8
2012	15.493	95,4
2013	15.610	96,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

G4.1 SGB II: Anzahl Personen nach Gruppen

Jahr 31.12.	Geschlecht		Staatsangehörigkeit		Alter		
	Frauen	Männer	Deutsche	Ausländer	unter 18 Jahre	18 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter
2005	7.998	8.240	12.121	4.117	5.289	9.702	1.250
2006	8.235	8.287	12.434	4.088	5.440	8.423	1.314
2007	8.391	8.241	12.310	4.322	5.552	9.657	1.423
2008	8.270	8.127	11.960	4.437	5.441	9.424	1.532
2009	8.568	8.594	12.375	4.787	5.541	9.930	1.691
2010	8.386	8.348	12.063	4.671	5.405	9.570	1.759
2011	8.013	8.027	11.428	4.612	5.240	8.970	1.772
2012	7.746	7.747	11.056	4.437	5.066	8.677	1.750
2013	7.770	7.840	10.971	4.639	5.093	8.762	1.755

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

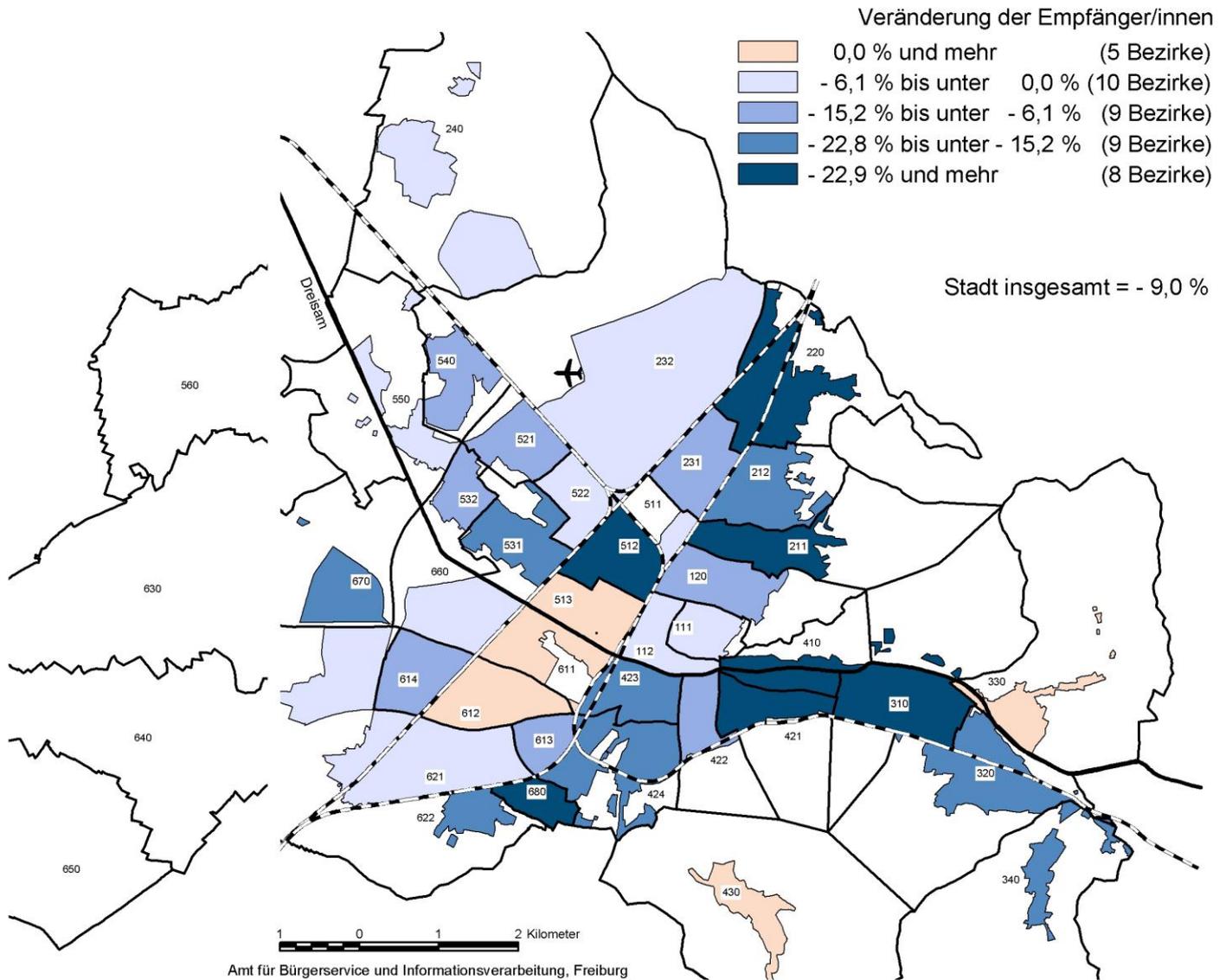
G4.2 SGB II: Entwicklung Personen nach Gruppen, in % (2005 = 100 %)

Jahr 31.12.	Geschlecht		Staatsangehörigkeit		Alter		
	Frauen	Männer	Deutsche	Ausländer	Unter 18 Jahre	18 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter
2005	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2006	103,0	100,6	102,6	99,3	102,9	86,8	105,1
2007	104,9	100,0	101,6	105,0	105,0	99,5	113,8
2008	103,4	98,6	98,7	107,8	102,9	97,1	122,6
2009	107,1	104,3	102,1	116,3	104,8	102,4	135,3
2010	104,9	101,3	99,5	113,5	102,2	98,6	140,7
2011	100,2	97,4	94,3	112,0	99,1	92,5	141,8
2012	96,8	94,0	91,2	107,8	95,8	89,4	140,0
2013	97,1	95,1	90,5	112,7	96,3	90,3	140,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

G5.1

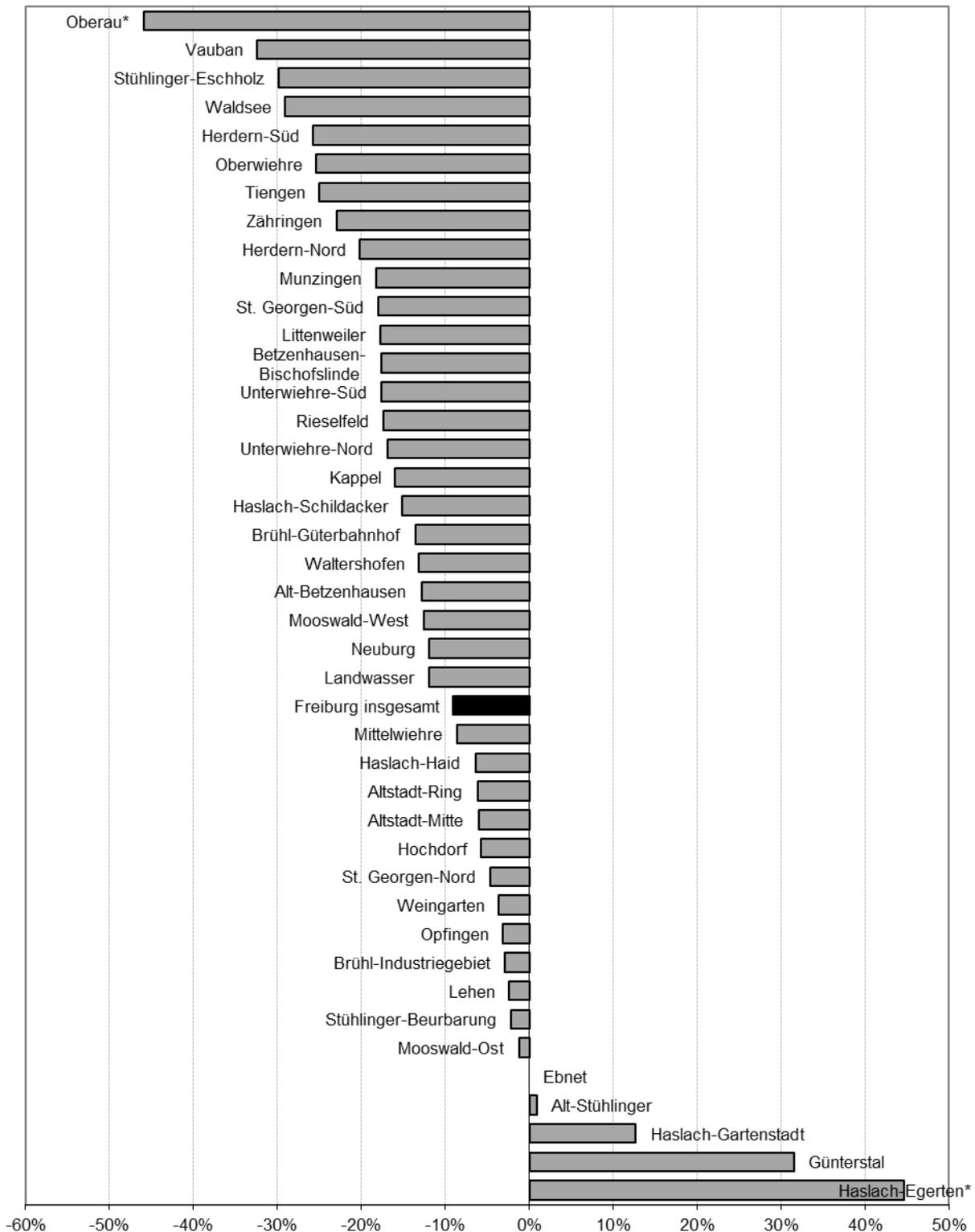
Veränderung der Anzahl SGB II-Empfänger/innen 2013 gegenüber 2009
in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

- | | | |
|---------------------------|--------------------------------|-------------------------|
| 111 Altstadt-Mitte | 421 Oberwiehre | 560 Waltershofen |
| 112 Altstadt-Ring | 422 Mittelwiehre | 611 Haslach-Egerten |
| 120 Neuburg | 423 Unterwiehre-Nord | 612 Haslach-Gartenstadt |
| 211 Herdern-Süd | 424 Unterwiehre-Süd | 613 Haslach-Schildacker |
| 212 Herdern-Nord | 430 Günterstal | 614 Haslach-Haid |
| 220 Zähringen | 511 Stühlinger-Beurbarung | 621 St. Georgen-Nord |
| 231 Brühl-Güterbahnhof | 512 Stühlinger-Eschholz | 622 St. Georgen-Süd |
| 232 Brühl-Industriegebiet | 513 Alt-Stühlinger | 630 Opfingen |
| 240 Hochdorf | 521 Mooswald-West | 640 Tiengen |
| 310 Waldsee | 522 Mooswald-Ost | 650 Munzingen |
| 320 Littenweiler | 531 Betzenhausen-Bischofslinde | 660 Weingarten |
| 330 Ebnet | 532 Alt-Betzenhausen | 670 Rieselfeld |
| 340 Kappel | 540 Landwasser | 680 Vauban |
| 410 Oberau | 550 Lehen | |

G5.2: Veränderung der Anzahl SGB II-Empfänger/innen 2013 gegenüber 2009 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



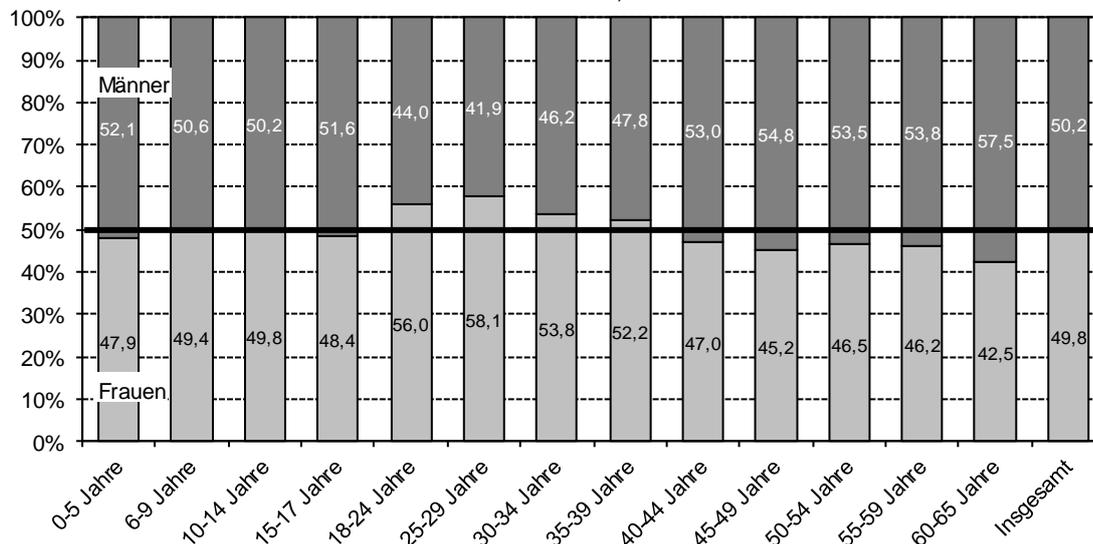
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnung
 * Hohe Zu- bzw. Abnahme aufgrund des Umzugs des Übergangshauses für obdachlose Menschen.

G6 Personen in SGB II nach Alter im Jahr 2013

Alter	Anzahl Empfänger/innen	Anteil in %
Insgesamt	15.610	100,0
0 bis unter 6 Jahre	2.046	13,1
6 bis unter 10 Jahre	1.148	7,4
10 bis unter 15 Jahre	1.219	7,8
15 bis unter 18 Jahre	680	4,4
18 bis unter 25 Jahre	1.314	8,4
25 bis unter 30 Jahre	1.232	7,9
30 bis unter 35 Jahre	1.359	8,7
35 bis unter 40 Jahre	1.294	8,3
40 bis unter 45 Jahre	1.184	7,6
45 bis unter 50 Jahre	1.294	8,3
50 bis unter 55 Jahre	1.085	7,0
55 bis unter 60 Jahre	969	6,2
60 bis 65 Jahre	786	5,0

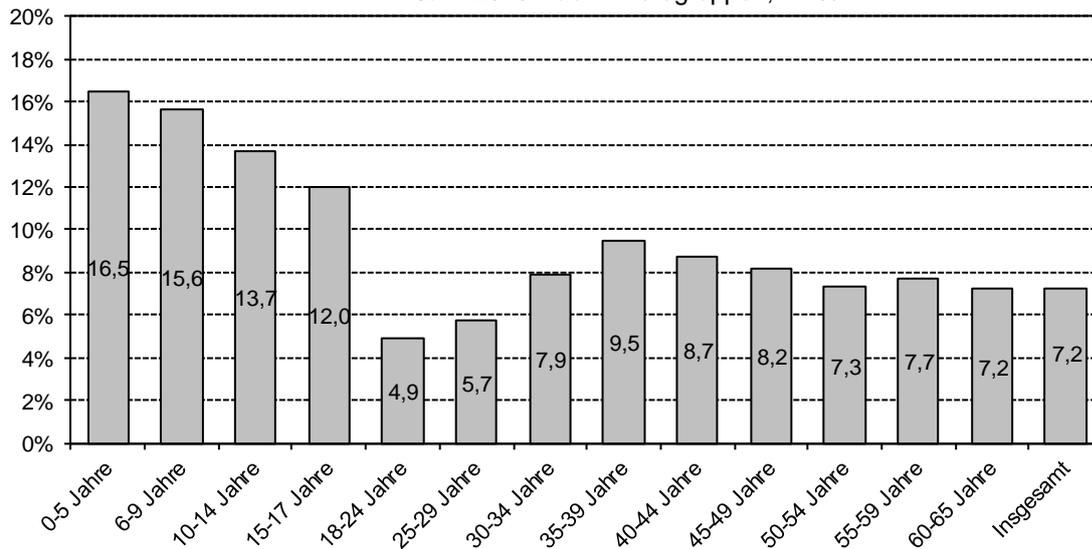
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

G7: Anzahl Personen in SGB II in Freiburg im Jahr 2013 nach Altersgruppe und Geschlecht, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

G10: SGB II-Quote (Personen in Bedarfsgemeinschaft pro Wohnbevölkerung) im Jahr 2013 nach Altersgruppen, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung

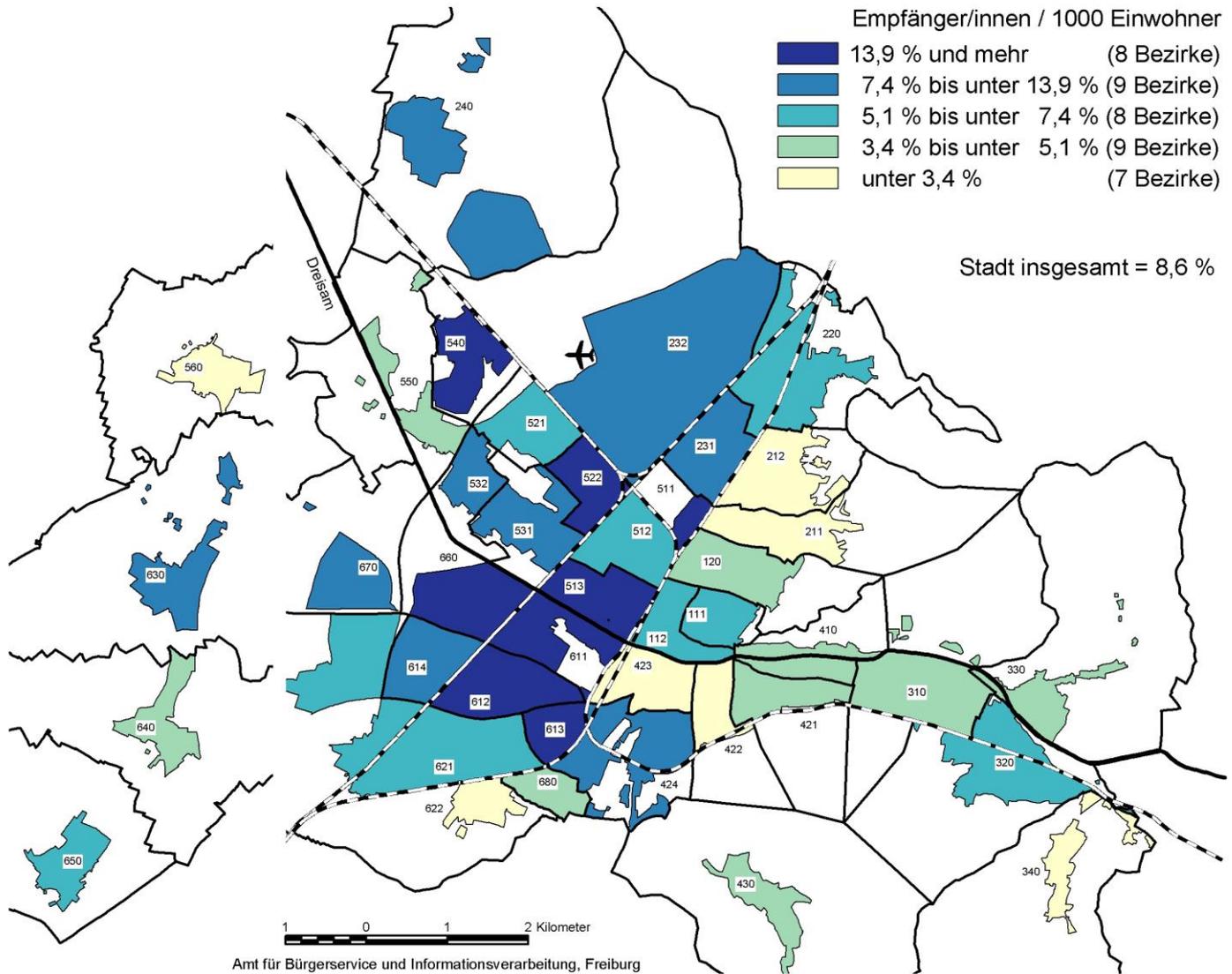
G12 Erwerbsfähige Personen in Bedarfsgemeinschaften – Anzahl und Anteil (Jahresdurchschnitt)

Jahr 31.12.	Erwerbsfähige		Nicht Erwerbsfähige		Gesamt	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
2005	11.605	71,5	4.633	28,5	16.238	100,0
2006	11.690	70,8	4.832	29,2	16.522	100,0
2007	11.743	70,6	4.889	29,4	16.632	100,0
2008	11.629	70,9	4.768	29,1	16.397	100,0
2009	12.314	71,0	4.848	28,2	17.162	100,0
2010	11.955	71,4	4.779	28,6	16.734	100,0
2011	11.405	71,1	4.635	28,9	16.040	100,0
2012	11.022	71,1	4.471	28,9	15.493	100,0
2013	11.121	71,2	4.489	28,8	15.610	100,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

G11.1

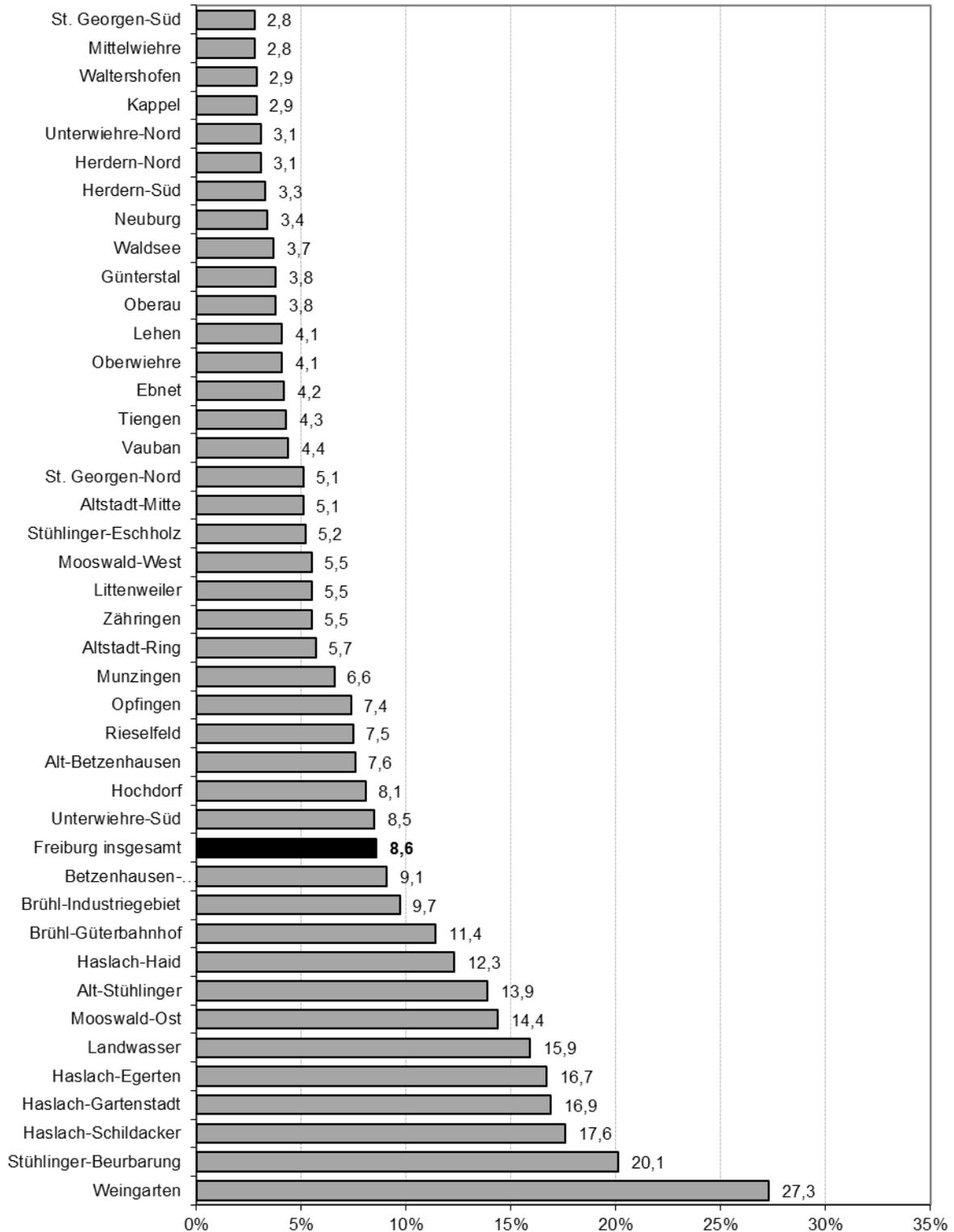
Anteil der Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II an der Wohnbevölkerung unter 65 Jahren am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

- | | | |
|---------------------------|--------------------------------|-------------------------|
| 111 Altstadt-Mitte | 421 Oberwiehre | 560 Waltershofen |
| 112 Altstadt-Ring | 422 Mittelwiehre | 611 Haslach-Egerten |
| 120 Neuburg | 423 Unterwiehre-Nord | 612 Haslach-Gartenstadt |
| 211 Herdern-Süd | 424 Unterwiehre-Süd | 613 Haslach-Schildacker |
| 212 Herdern-Nord | 430 Günterstal | 614 Haslach-Haid |
| 220 Zähringen | 511 Stühlinger-Beurbarung | 621 St. Georgen-Nord |
| 231 Brühl-Güterbahnhof | 512 Stühlinger-Eschholz | 622 St. Georgen-Süd |
| 232 Brühl-Industriegebiet | 513 Alt-Stühlinger | 630 Opfingen |
| 240 Hochdorf | 521 Mooswald-West | 640 Tiengen |
| 310 Waldsee | 522 Mooswald-Ost | 650 Munzingen |
| 320 Littenweiler | 531 Betzenhausen-Bischofslinde | 660 Weingarten |
| 330 Ebnet | 532 Alt-Betzenhausen | 670 Rieselfeld |
| 340 Kappel | 540 Landwasser | 680 Vauban |
| 410 Oberau | 550 Lehen | |

G11.2: Anteil der Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II an der Wohnbevölkerung unter 65 Jahren am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

2. Bedarfsgemeinschaften

2.1 Kennzahlen

- GB1 Bedarfsgemeinschaften: Zahl
- GB2 Bedarfsgemeinschaften: Entwicklung 2005 - 2013
- GB3 Bedarfsgemeinschaften: nach Haushaltsform
- GB4 Bedarfsgemeinschaften: nach Haushaltsform, Entwicklung 2005 - 2013
- GB5 Bedarfsgemeinschaften: Entwicklung nach Stadtbezirken
- GB6 Bedarfsgemeinschaften: nach Haushaltsform, Anteile
- GB7 Bedarfsgemeinschaften: Quote insgesamt
- GB8 Bedarfsgemeinschaften: Quote, Entwicklung 2005 - 2013
- GB9 Bedarfsgemeinschaften: Quote nach statistischen Bezirken u. Stadtbezirken
- GB10 Bedarfsgemeinschaften: Quote nach Haushaltsform
- GB11 Bedarfsgemeinschaften: Quote nach Haushaltsform, Entwicklung 2005 - 2013

Erläuterungen

Bedarfsgemeinschaften

Alle nach Sozialgesetzbuch in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Leistungsempfängerinnen und -empfänger bilden eine Bedarfsgemeinschaft. Bedarfsgemeinschaften lassen sich nach Anzahl der in der Gemeinschaft lebenden Personen (Kapitel III.1) und nach Haushaltstyp (Kapitel III.2, dieses hier) unterscheiden.

Quote

Anteil der Bedarfsgemeinschaften (also als Haushaltstyp) je 100 (%) oder 1000 (‰) Haushalte Freiburgs.

2.2 Fakten / Trends

Im Jahr 2013 gab es durchschnittlich 8 500 Haushalte, die Leistungen nach dem SGB II empfangen, bezogen auf alle Haushalte Freiburgs entspricht dies einer Quote von 7,1 %.

Im Vergleich zu den Jahren 2005 und 2009 ist die Anzahl der leistungsempfangenden Haushalte um 6,3 % (2005) bzw. 8,1 % (2009) gesunken. Bezogen auf die gesamte Anzahl der Haushalte in Freiburg ist der Anteil um 1 %-Punkt gesunken – sowohl im Vergleich zu 2005 wie 2009.

Mehr als die Hälfte aller Haushalte, die SGB II-Leistungen empfangen, sind Einpersonenhaushalte (56,6 %). In einem Drittel aller Bedarfsgemeinschaften leben Kinder (33,3 %), davon sind über die Hälfte Alleinerziehendenhaushalte (55,2 %). Diese Haushaltsform macht sogar fast ein Fünftel (18,4 %) aller auf Leistungen angewiesenen Haushalte aus.

Insbesondere Alleinerziehendenhaushalte sind deutlich häufiger als andere Gruppen auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen. Das zeigt sich insbesondere beim Vergleich aller Alleinerziehendenhaushalte mit denen, die SGB II-Leistungen beziehen. Über ein Viertel (26,6 %) aller Alleinerziehendenhaushalte bezog 2013 Unterstützungsleistungen.

Die Quote an Bedarfsgemeinschaften mit Kindern liegt bei 8,3 % und damit über der Quote aller leistungsbeziehenden Haushalte (7,1 %). Der Haushaltstyp Paar mit Kind(ern) hat mit 2,9 % die geringste Quote von unterstützungsbedürftigen Haushalten von allen Haushaltstypen.

Die absolute Anzahl der Bedarfsgemeinschaften hat sich zwischen 2009 und 2013 am stärksten in den Stadtbezirken Haslach-Egerten und Günterstal mit einem Plus von 41,1 % bzw. 31,0 % und den Stadtbezirken Oberau und Stühlinger-Eschholz Oberwiehre mit einem Minus von 50,6 % beziehungsweise 31,5 % verändert. Der Anstieg in Haslach-Egerten und der Rückgang in Oberau sind durch den Umzug der Beratungsstelle für obdachlose Menschen ins Zentrum für wohnungslose Menschen (OASE)¹ begründet und deswegen im Zahlenspiegel nicht berücksichtigt.

Bezogen auf die Quote sind die Stadtbezirke St. Georgen-Süd mit dem niedrigsten Anteil (2,1 %) und Weingarten mit dem höchsten Anteil (20,7 %) leistungsempfangender Haushalte pro Haushalte insgesamt am weitesten vom Städturchschnitt von 7,1 % entfernt.

¹ Die entsprechende Anschrift dient für die Bundesagentur für Arbeit als Adresse für den SGB II-Bezug.

2.3 Zahlenspiegel

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2013	Veränderung	Spannweite Stadtbezirke	Tabelle / Dia- gramm
			2005-2013 2009-2013	höchster Wert niedrigster Wert	
GB1 GB2	Bedarfsgemeinschaften	8.500	-6,3 % -8,1 %		S. 58
GB3 GB4	Bedarfsgemeinschaften nach Haushaltsform				S. 59
	- mit einer Person	4.814	-7,2 % -5,5 %		
	- mit Kindern	2.829	-5,7 % -9,4 %		
	- Alleinerziehende	1.563	-5,5 % -7,7 %		
	- sonstige Haushalte	857	+0,2 % -17,3 %		
GB5	Bedarfsgemeinschaften, Entwicklung nach Stadtbezirken			Günterstal +31 % Stühl.-Eschh. -32 %	S. 60 S. 61
GB6	Bedarfsgemeinschaften, Anteile der Haushaltsformen				
	- mit einer Person	56,6 %			
	- mit Kindern	33,3 %			
	<i>davon: Alleinerziehende</i>	55,2 %			
	- sonstige Haushalte	10,1 %			
	- Alleinerziehende	18,4 %			
GB7 GB8	Bedarfsgemeinschaften, Quote	7,1 %	-1 %-P. ² -1 %-P.		S. 59
GB9	Bedarfsgemeinschaften, Quote nach Stadtbezirken			Weingarten 20,7 % St.Georg.-S. 2,1 %	S. 62 S. 63
GB10 GB11	Bedarfsgemeinschaften, Quote nach Haushaltsform				
	- mit einer Person	7,4 %	-1,4%-P. -1,1%-P.		
	- Partnerschaft ohne Kind	2,9 %	-3,7%-P. -0,7%-P.		
	- mit Kindern	8,3 %	-1,2%-P. -1,6%-P.		
	- Alleinerziehende	26,6 %	+1,3%-P. -1%-P.		
	- sonstige Haushalte	1,6 %	+1,6%-P. +0,1%-P.		

² %-P. = Prozentpunkte

2.4 Tabellen & Diagramme

GB2 Anzahl Bedarfsgemeinschaften insgesamt

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	9.075	100,0
2006	8.787	96,8
2007	8.692	95,8
2008	8.719	96,1
2009	9.249	101,9
2010	9.086	100,1
2011	8.663	95,5
2012	8.452	93,1
2013	8.500	93,7

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

GB4.1 Anzahl Bedarfsgemeinschaften nach Haushaltsform

Jahr 31.12.	Mit einer Person	Mit Kindern	Alleinerziehende	sonstige Haushalte
2005	5.220	3.000	1.654	855
2006	4.669	3.151	1.708	967
2007	4.567	3.175	1.723	950
2008	4.683	3.104	1.706	932
2009	5.092	3.121	1.694	1.036
2010	5.095	3.040	1.668	951
2011	4.878	2.901	1.590	884
2012	4.821	2.819	1.598	812
2013	4.814	2.829	1.563	857

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

GB4.2 Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften nach Haushaltsform, in % (2005=100 %)

Jahr 31.12.	Mit einer Person	Mit Kindern	Alleinerziehende	Sonstige Haushalte
2005	100,0	100,0	100,0	100,0
2006	89,4	105,0	103,3	113,1
2007	87,5	105,8	104,2	111,1
2008	89,7	103,5	103,1	109,0
2009	97,5	104,0	102,4	121,2
2010	97,6	101,3	100,8	111,2
2011	93,4	96,7	96,1	103,4
2012	92,4	94,0	96,6	95,0
2013	92,2	94,3	94,5	100,2

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

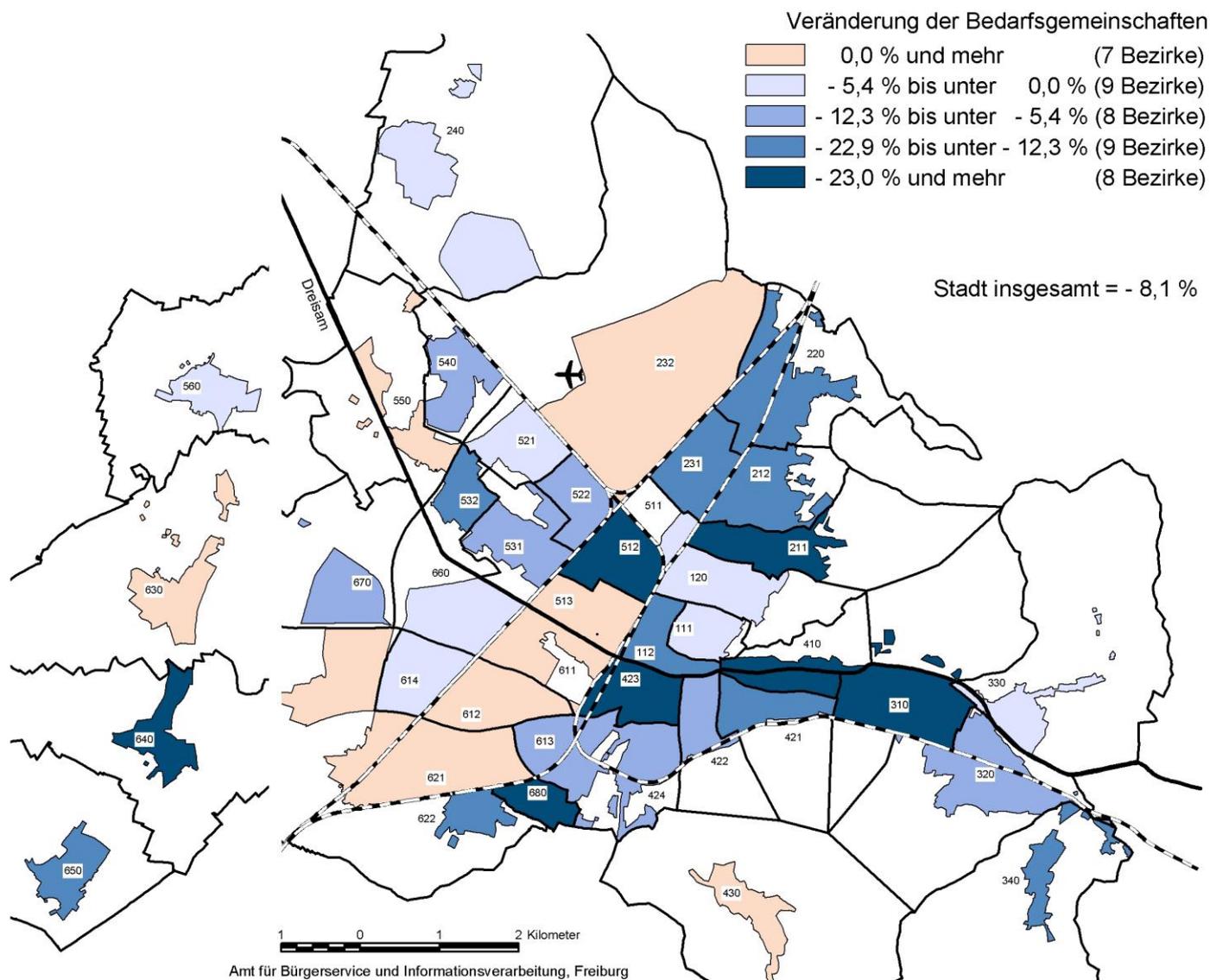
GB8 Entwicklung der Quote von Bedarfsgemeinschaften (Bedarfsgemeinschaften pro Haushalte)

Jahr 31.12.	Anzahl Haushalte insg.	Anzahl Bedarfsgemeinschaften	Quote (in %)
2005	112.433	9.075	8,1
2006	113.406	8.787	7,7
2007	113.655	8.692	7,6
2008	113.641	8.719	7,7
2009	114.574	9.249	8,1
2010	115.600	9.086	7,9
2011	115.954	8.663	7,5
2012	118.760	8.452	7,1
2013	120.291	8.500	7,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

GB5.1

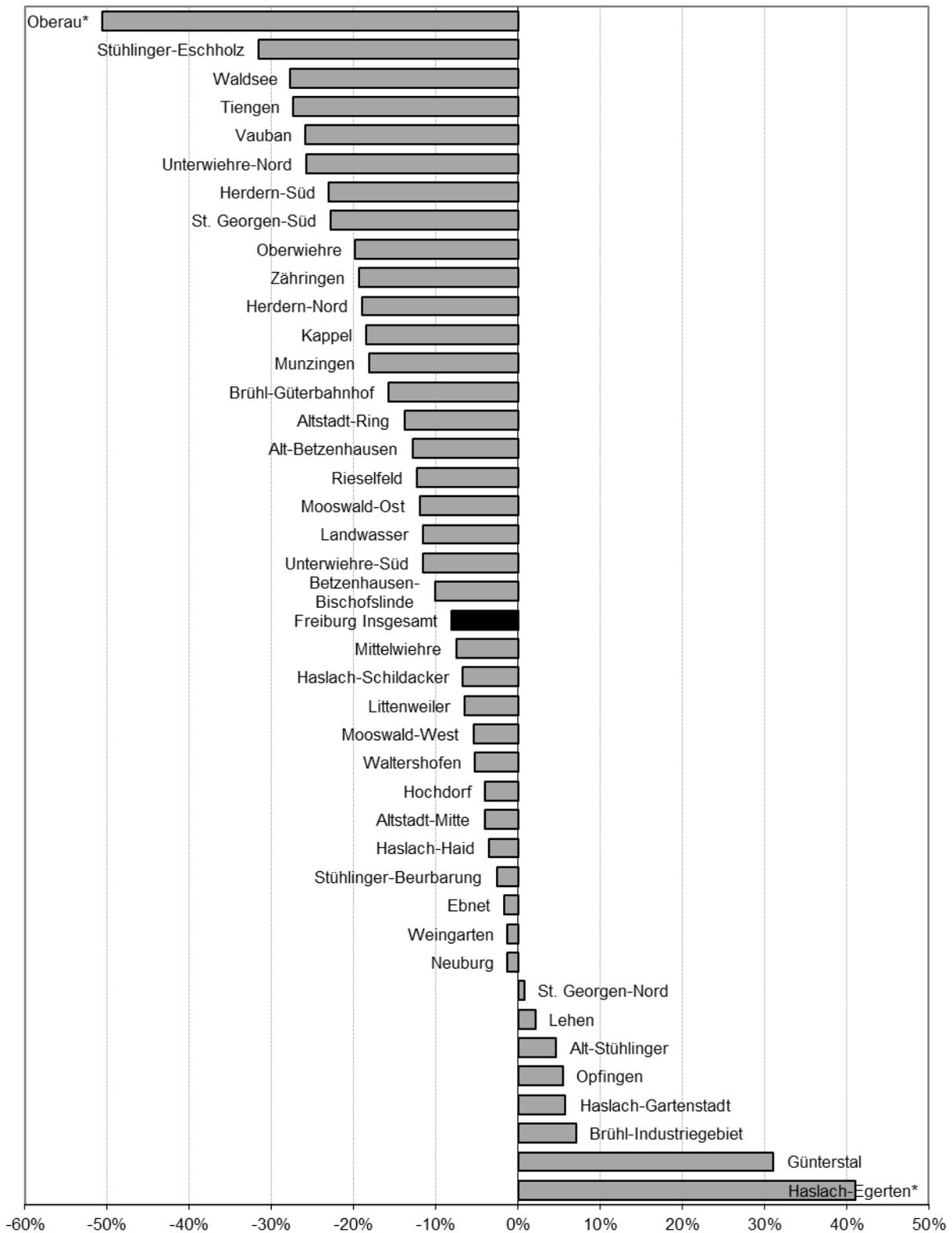
Veränderung der Anzahl SGB II-Bedarfsgemeinschaften 2013 gegenüber 2009
in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

- | | | |
|---------------------------|--------------------------------|-------------------------|
| 111 Altstadt-Mitte | 421 Oberwiehre | 560 Waltershofen |
| 112 Altstadt-Ring | 422 Mittelwiehre | 611 Haslach-Egarten |
| 120 Neuburg | 423 Unterwiehre-Nord | 612 Haslach-Gartenstadt |
| 211 Herdern-Süd | 424 Unterwiehre-Süd | 613 Haslach-Schildacker |
| 212 Herdern-Nord | 430 Günterstal | 614 Haslach-Haid |
| 220 Zähringen | 511 Stühlinger-Beurbarung | 621 St. Georgen-Nord |
| 231 Brühl-Güterbahnhof | 512 Stühlinger-Eschholz | 622 St. Georgen-Süd |
| 232 Brühl-Industriegebiet | 513 Alt-Stühlinger | 630 Opfingen |
| 240 Hochdorf | 521 Mooswald-West | 640 Tiengen |
| 310 Waldsee | 522 Mooswald-Ost | 650 Munzingen |
| 320 Littenweiler | 531 Betzenhausen-Bischofslinde | 660 Weingarten |
| 330 Ebnet | 532 Alt-Betzenhausen | 670 Rieselfeld |
| 340 Kappel | 540 Landwasser | 680 Vauban |
| 410 Oberau | 550 Lehen | |

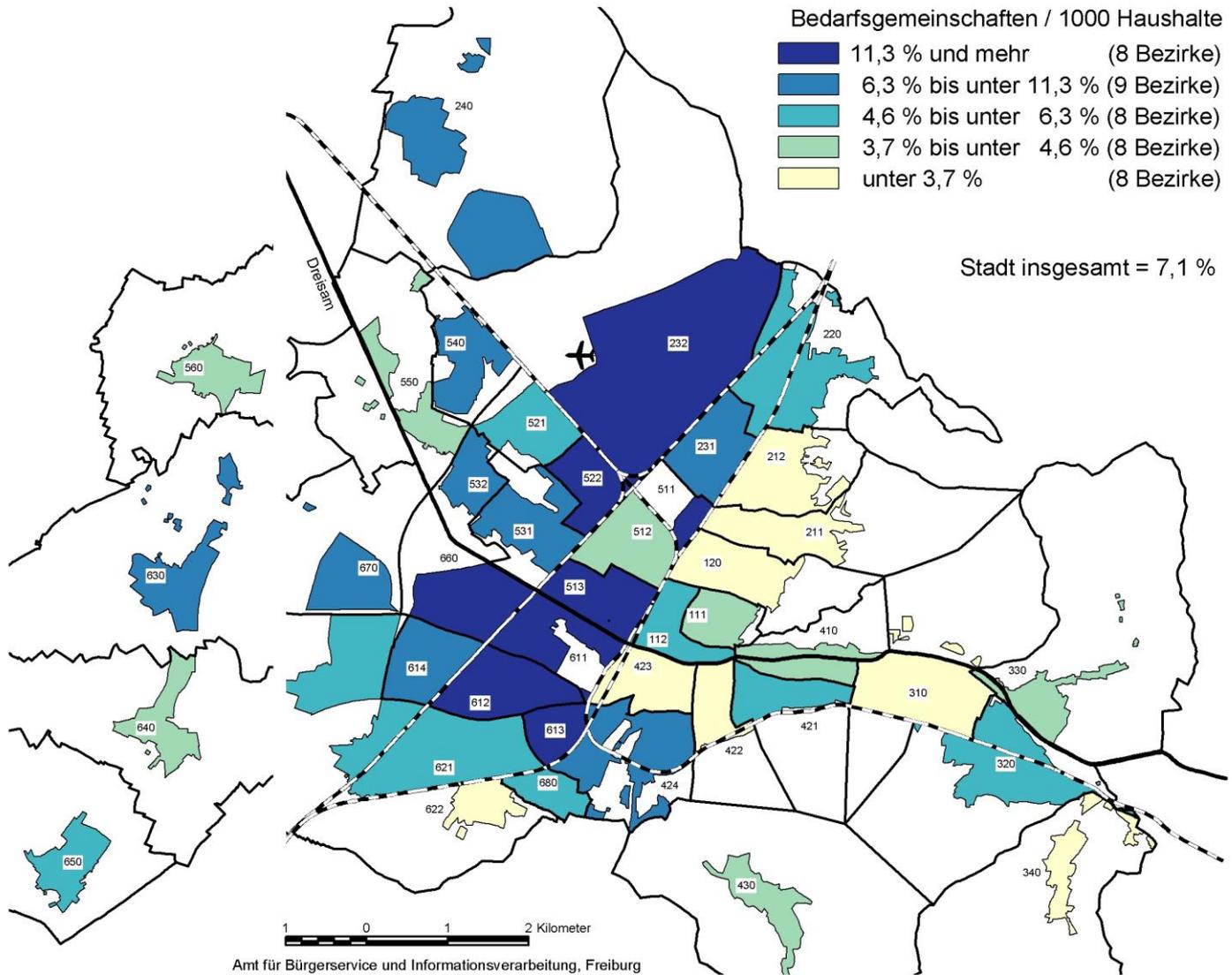
GB5.2: Veränderung der Anzahl SGB II-Bedarfsgemeinschaften 2013 gegenüber 2009 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnung
 * Hohe Zu- bzw. Abnahme aufgrund des Umzugs des Übergangshaus für obdachlose Menschen

GB9.1

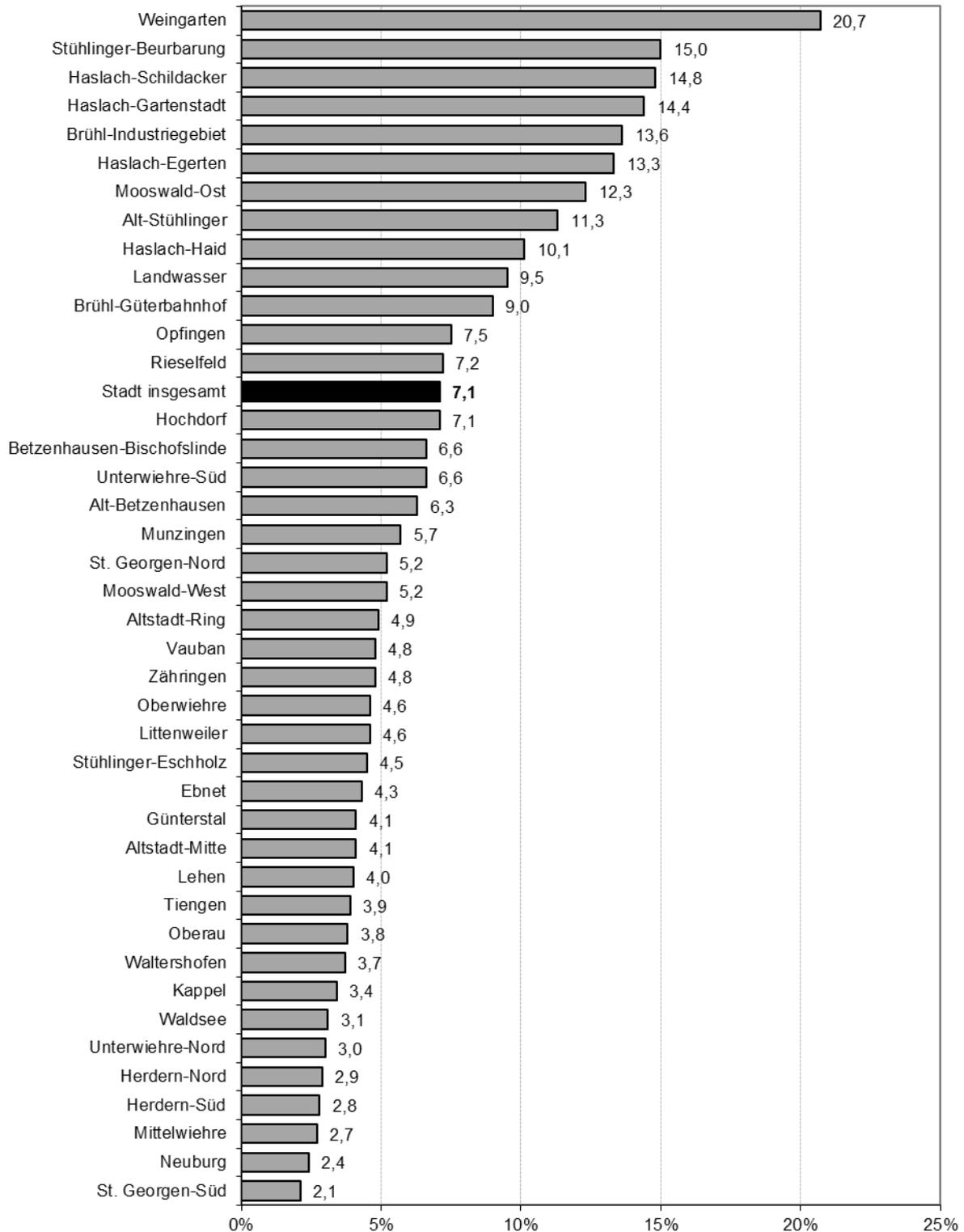
Anteil der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II an den Haushalten
am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

- | | | |
|---------------------------|--------------------------------|-------------------------|
| 111 Altstadt-Mitte | 421 Oberwiehre | 560 Waltershofen |
| 112 Altstadt-Ring | 422 Mittelwiehre | 611 Haslach-Egerten |
| 120 Neuburg | 423 Unterwiehre-Nord | 612 Haslach-Gartenstadt |
| 211 Herdern-Süd | 424 Unterwiehre-Süd | 613 Haslach-Schildacker |
| 212 Herdern-Nord | 430 Günterstal | 614 Haslach-Haid |
| 220 Zähringen | 511 Stühlinger-Beurbarung | 621 St. Georgen-Nord |
| 231 Brühl-Güterbahnhof | 512 Stühlinger-Eschholz | 622 St. Georgen-Süd |
| 232 Brühl-Industriegebiet | 513 Alt-Stühlinger | 630 Opfingen |
| 240 Hochdorf | 521 Mooswald-West | 640 Tiengen |
| 310 Waldsee | 522 Mooswald-Ost | 650 Munzingen |
| 320 Littenweiler | 531 Betzenhausen-Bischofslinde | 660 Weingarten |
| 330 Ebnet | 532 Alt-Betzenhausen | 670 Rieselfeld |
| 340 Kappel | 540 Landwasser | 680 Vauban |
| 410 Oberau | 550 Lehen | |

GB9.2: Anteil der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II an den Haushalten am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg

IV.

Soziale Sicherung – SGB XII / AsylbLG

1. Kennzahlen	66
2. Fakten / Trends	67
3. Zahlenspiegel	68
4. Tabellen	69

1. Kennzahlen

- S1 SGB XII/AsylbLG: Leistungsberechtigte (LB) nach Leistungsart
- S2 SGB XII/AsylbLG: LB nach Leistungsart im Verhältnis zur Einwohnerzahl, Quote
- S3 SGB XII/AsylbLG: LB nach Leistungsart, Anteil Ausländer
- S4 SGB XII/AsylbLG: LB nach Leistungsart, Anteil Frauen
- S5 SGB XII/AsylbLG: LB nach Leistungsart, Anzahl Hilfe zur vollstationären Pflege

Erläuterungen

SGB XII

Das zwölfte Buch Sozialgesetz (SGB XII) umfasst die zur Existenzsicherung notwendigen Leistungen der Sozialhilfe, die verschiedene Hilfearten beinhalten. Folgende Hilfearten sind auszugsweise dargestellt:

- Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) (§§ 27-40 SGB XII)
- Grundsicherung im Alter (GruSi) (§§ 41-46 SGB XII)
- Eingliederungshilfe (EGH) (§§ 53-60 SGB XII)
- Hilfe zur Pflege (HzP) (§§ 61-66 SGB XII)

AsylbLG (Asylbewerberleistungsgesetz)

Das Gesetz regelt die zur Existenzsicherung notwendigen Leistungen für materiell hilfebedürftige Asylbewerber, Geduldete und vollziehbar zur Ausreise verpflichtete Ausländer.

Ergänzende Erläuterungen zu den Kennzahlen

S1 SGB XII/AsylbLG: Leistungsberechtigte (LB) nach Leistungsart

Die Anzahl der LB wird als kumulierte Zahl dargestellt. Das bedeutet, dass jeder LB, der innerhalb des Zeitraums vom 01.01. bis 31.12. für einen oder mehrere Zeiträume Leistungen erhalten hat, einmal als LB gezählt wird. Da einige LB unterschiedliche Leistungsarten gleichzeitig erhalten, wird die Anzahl der Leistungsberechtigten für jede Leistungsart unabhängig gezählt. „a.E.“ bedeutet „außerhalb von Einrichtungen“.

S2 SGB XII/AsylbLG: LB nach Leistungsart im Verhältnis zur Einwohnerzahl, Quote

Die hier verwendete Einwohnerzahl ist die amtliche Einwohnerzahl vom Statistischen Landesamt, nicht die aus dem Einwohnermelderegister. (weitere Erläuterungen siehe S1).

S3 SGB XII/AsylbLG: LB nach Leistungsart, Anteil Ausländer und

S4 SGB XII/AsylbLG: LB nach Leistungsart, Anteil Frauen

Monatsauswertung, jeweils im Dezember eines Jahres. Die Fälle der Blindenhilfe sowie die Bestattungskosten sind in der Abfrage nicht enthalten.

S5 SGB XII/AsylbLG: LB nach Leistungsart, Anzahl Hilfe zur vollstationären Pflege

Monatsauswertung, jeweils im Dezember eines Jahres.

2. Fakten / Trends

Die Anzahl der Leistungsberechtigten stieg bei allen hier aufgeführten Leistungsarten außer bei „Hilfe zur Pflege“ an. Im Jahr 2013 erhielten 334 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt. Das sind im Vergleich zum Vorjahr 21 % mehr Personen, da im Jahr 2012 276 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten. Im Verhältnis zur Wohnbevölkerung empfangen 1,5 ‰ Hilfe zum Lebensunterhalt.

Leistungen zur Grundsicherung empfangen im Jahr 2013 2 983 Personen. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 7,5 %. Die Grundsicherungsleistung ist hinsichtlich der absoluten Anzahl als auch der Quote (13,7 ‰) die häufigste Leistungsart.

Im Jahr 2013 erhielten 1 852 Personen Leistungen zur Eingliederungshilfe. Dies ist ein Anstieg um 2,7 % gegenüber dem Jahr 2012. Die Quote der Eingliederungshilfe lag 2013 bei 8,5 ‰.

Die Anzahl der Personen, die Leistungen zur Hilfe zur Pflege erhalten, betrug 1 485 im Jahr 2013. Im Vorjahr lag die Anzahl bei 1 532 und ist damit um 3,1 % – als einzige Leistungsart – gesunken. In Bezug auf die Wohnbevölkerung erhalten 7 ‰ Hilfe zur Pflege.

Im Jahr 2013 erhielten 1 143 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Im Vergleich zum Vorjahr (1 057) sind dies 8,1 % mehr Personen. Die Quote der Leistungsberechtigten nach AsylbLG ist mit 5,2 ‰ die zweitgeringste aller Quoten.

Wenn die Leistungsarten nach sozialstrukturellen Merkmalen wie Staatszugehörigkeit, Geschlecht und Alter differenziert werden, ergibt sich folgendes Bild:

- Der Anteil der ausländischen Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ist bei der Hilfe zur Grundsicherung mit 24 % am höchsten. Aber auch bei der Hilfe zum Lebensunterhalt ist der Ausländeranteil mit 17 % etwas höher.
- Der Anteil weiblicher Leistungsempfängerinnen liegt bei den Leistungsarten der Hilfe zur Pflege deutlich (60 %) und der Grundsicherung leicht (52 %) höher. Der Anteil männlicher Leistungsempfänger ist bei den Leistungsarten der Eingliederungshilfe und des AsylbLG jeweils höher und liegt bei 56%.
- Der Anteil aller Leistungsberechtigten, die Hilfe zur vollstationären Pflege erhalten, ist von 2012 (787) auf 2013 (786) fast gleich geblieben. Dabei ist im Verhältnis zum Vorjahr die Anzahl der leistungsbeziehenden Menschen unter 65 Jahren leicht gesunken (von 191 auf 183), während die Anzahl der Leistungsempfänger im Alter von 65 Jahren oder älter leicht gestiegen ist (von 595 auf 604).

3. Zahlenspiegel

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2013	Veränderung		Tabelle / Dia- gramm
			zu 2012	2009-2013	
S1	Leistungsberechtigte nach Hilfeart				S. 69
	- Hilfe zum Lebensunterhalt a.E. ¹	334	+21,0% (276)		
	- Grundsicherung a.E. ²	2.983	+7,5% (2.773)		
	- Eingliederungshilfe	1.852	+2,7% (1.803)		
	- Hilfe zur Pflege	1.485	-3,1% (1.532)		
	- nach AsylbLG	1.143	+8,1% (1.057)		
S2	Leistungsberechtigte, Quote				S. 69
	- Hilfe zum Lebensunterhalt a.E. ¹	1,5‰	+0,2‰-P. ²		
	- Grundsicherung a.E. ¹	13,7‰	+1,0‰-P.		
	- Eingliederungshilfe	8,5‰	+0,2‰-P.		
	- Hilfe zur Pflege	6,8‰	-0,2‰-P.		
	- nach AsylbLG	5,2‰	+0,4‰-P.		
S3	Leistungsberechtigte, Anteil Ausländer				S. 69
	- Hilfe zum Lebensunterhalt a.E. ¹	17%	+1%-P. ³	-5%-P.	
	- Grundsicherung a.E. ¹	24%	-1%-P.	-2%-P.	
	- Eingliederungshilfe	6%	+/-0%-P.	-1%-P.	
	- Hilfe zur Pflege	11%	-1%-P.	+3%-P.	
	- nach AsylbLG	100%			
S4	Leistungsberechtigte, Anteil Frauen				S. 69
	- Hilfe zum Lebensunterhalt a.E. ¹	49%	-7%-P. ³	+3 %-P. ³	
	- Grundsicherung a.E. ¹	52%	+/-0%-P.	-2 %-P.	
	- Eingliederungshilfe	44%	+/-0%-P.	+2 %-P.	
	- Hilfe zur Pflege	60%	+1%-P.	-2 %-P.	
	- nach AsylbLG	44%	-1%-P.	+2 %-P.	
S5	Leistungsberechtigte, Anzahl HzP, nur vollstationär				S. 69
	- insgesamt	787	-0,1% (786)	+1,9% (772)	
	- 65 Jahre und älter	604	+1,5% (595)	+1,9% (593)	
	- unter 65 Jahren	183	-4,2% (191)	+2,2% (179)	

¹ Es werden nur LB gezählt, die außerhalb von Einrichtungen leben.

² ‰-P. = Promillepunkte.

³ %-P. = Prozentpunkte.

4. Tabellen

S1 Anzahl der Leistungsberechtigten nach Leistungsart

Jahr 31.12.	HLU	GruSi	EGH	HzP	AsylbLG
2012	276	2.773	1.803	1.532	1.057
2013	334	2.983	1.852	1.485	1.143

Quelle: Amt für Soziales und Senioren, Freiburg

S2 Anteil der Leistungsberechtigten an der Wohnbevölkerung, Quote in ‰

Jahr 31.12.	HLU	GruSi	EGH	HzP	AsylbLG
2012	1,3	12,7	8,3	7,0	4,8
2013	1,5	13,7	8,5	6,8	5,2

Quelle: Amt für Soziales und Senioren, Freiburg

S3 Anteil Ausländer an allen Leistungsberechtigten, in %

Jahr 31.12.	HLU	GruSi	EGH	HzP	AsylbLG
2009	22,0	26,0	7,0	8,0	100,0
2010	23,0	25,0	7,0	12,0	100,0
2011	17,0	26,0	6,0	12,0	100,0
2012	16,0	25,0	6,0	12,0	100,0
2013	17,0	24,0	6,0	11,0	100,0

Quelle: Amt für Soziales und Senioren, Freiburg

S4 Anteil Frauen an allen Leistungsberechtigten, in %

Jahr 31.12.	HLU	GruSi	EGH	HzP	AsylbLG
2009	46,0	54,0	42,0	62,0	42,0
2010	53,0	52,0	42,0	61,0	41,0
2011	46,0	53,0	43,0	60,0	40,0
2012	56,0	52,0	44,0	59,0	45,0
2013	49,0	52,0	44,0	60,0	44,0

Quelle: Amt für Soziales und Senioren, Freiburg

S5 Anzahl der Leistungsberechtigten mit Hilfe zur Pflege und vollstationär nach Alter

Jahr 31.12.	unter 65 Jahre	65 Jahre und älter	Insgesamt
2009	593	179	772
2010	619	179	798
2011	639	179	818
2012	595	191	786
2013	604	183	787

Quelle: Amt für Soziales und Senioren, Freiburg



Familie, Kinder, Jugendliche

1. Kennzahlen	72
2. Fakten / Trends	73
3. Zahlenspiegel	76
4. Tabellen & Diagramme	81

1. Kennzahlen

- F1 Haushalte: mit Kindern
- F2 Haushalte: mit Kindern nach Stadtbezirken
- F3 Haushalte: mit zwei und mehr Kindern
- F4 Haushalte: Alleinerziehende
- F5 Haushalte: Alleinerziehende nach Stadtbezirken
- F6 Haushalte: Alleinerziehende mit männlichem Elternteil
- F7 Haushalte: Alleinerziehende mit ausländischem Elternteil
- F8 Armut I: BG mit Kindern
- F9 Armut I: BG mit Kindern, Entwicklung
- F10 Armut I: BG mit Kindern, Quote
- F11 Armut I: BG mit Kindern, Quote, Entwicklung
- F12 Armut II: Kinderarmut, Zahl der Kinder
- F13 Armut II: Kinderarmut, Entwicklung
- F14 Armut II: Kinderarmut, Quote
- F15 Armut II: Kinderarmut, Quote, Entwicklung
- F16 Betreuung/Bildung: Anteil Kinder unter 3 Jahre in Tagesbetreuung
- F17 Betreuung/Bildung: Anteil Kinder u. 3 Jahre in Tagesbetreuung, Entwicklung
- F18 Bildung: Anteil Schülerinnen und Schüler 1. Klasse in Sonderschule
- F19 Bildung: Anteil Schülerinnen und Schüler 1. Klasse in Sonderschule, Entwicklung
- F20 Bildung: Übergangsquoten Grundschule
- F21 Bildung: Übergangsquoten Grundschule, Entwicklung
- F22 Bildung: Übergangsquoten Grundschule nach Nationalität
- F23 Bildung: Schulabgänge ohne Hauptschulabschluss
- F24 Bildung: Abgänge ohne Hauptschulabschluss, Entwicklung
- F25 Bildung: Abgänge ohne Hauptschulabschluss, Geschlecht, Nationalität
- F26 Bildung: Abgänge ohne Hauptschulabschluss, Geschl./Nationalität, Entwicklung
- F27 Devianz: Hilfen zur Erziehung
- F28 Devianz: Hilfen zur Erziehung, Entwicklung
- F29 Devianz: Hilfen zur Erziehung nach Geschlecht
- F30 Devianz: Hilfen zur Erziehung, Quote
- F31 Devianz: Hilfen zur Erziehung, Quote, Entwicklung
- F32 Devianz: Jugendliche im Strafverfahren, Anteile Beteiligte nach Gruppen
- F33 Devianz: Jugendliche im Strafverfahren, Anzahl und Entwicklung Strafverfahren
- F34 Devianz: Jugendliche im Strafverfahren, beteiligte Jugendliche Strafverfahren, Anzahl
- F35 Devianz: Jugendliche im Strafverfahren, beteiligte Jugendliche Strafverfahren, Quote, Entwicklung

Erläuterungen

Armut I (Bedarfsgemeinschaften)

Umfasst die Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen nach SGB II (Hartz IV) erhalten. Zum Leistungsbereich SGB II siehe auch Kapitel III.1 und 2. Die Quote bezieht sich auf die Anzahl der leistungsbeziehenden Bedarfsgemeinschaften je 100 gleichnamiger Haushalte.

Armut II (Kinderarmut)

Bezieht sich auf die Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben, die Leistungen nach SGB II (Hartz IV) erhalten. Die Quote bezieht sich auf die Anzahl der Personen unter 18 Jahren, die in leistungsbeziehenden Bedarfsgemeinschaften leben pro 100 Personen unter 18 Jahren der Wohnbevölkerung.

Übergangsquoten

Anteil der Schülerinnen und Schüler, die nach Schulabschluss an weiterführenden öffentlichen Schulen einen weiteren Schulabschluss erwerben wollen.

Hilfe zur Erziehung

Beinhaltet die erzieherischen Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII §§ 27 ff., 35a und § 41). Die Darstellung erfolgt jeweils zusammenfassend für Hilfen, die außerhalb der Familie (Heimunterbringung, Vollzeitpflege), innerhalb der Familie (Soziale Gruppenarbeit, Erziehungsbeistandschaften etc.) und durch die Sozialpädagogische Familienhilfe (§31) geleistet werden. Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist ebenfalls eine innerfamiliäre Maßnahme, wird aber aufgrund ihrer großen Bedeutung extra ausgewiesen. Die Quote bezieht sich auf die Anzahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger pro 100 Personen unter 21 Jahren der Wohnbevölkerung.

Jugendliche im Strafverfahren

Bezieht sich auf Jugendgerichtsverfahren (Strafverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende), für die das Jugendamt über die Jugendhilfe im Strafverfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz eine Mitwirkungspflicht hat. Die Quote an Jugendlichen in Strafverfahren wird im Verhältnis pro 1 000 Jugendliche unter 21 Jahren der Wohnbevölkerung angegeben und bezieht sich auf jährlich abgeschlossene Verfahren.

Kinder in Tagesbetreuung

Die Zahl der Kinder in Tagesbetreuung setzt sich zusammen aus der Anzahl der Kinder in Tageseinrichtungen und der Anzahl der Kinder in öffentlich geförderter Tagespflege. Nach der Betreuungsdauer wird nicht differenziert. Die hier verwendeten Daten stammen vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

2. Fakten / Trends

Zur Wohnsituation (F1-F15): Im Jahr 2013 gab es 20 452 Haushalte mit Kindern. In 17,0 % aller Freiburger Haushalte leben ein Kind oder mehrere Kinder. In der Hälfte aller Haushalte mit Kindern (49,5 %) leben zwei oder mehr Kinder. Im Vergleich zu den Jahren 2005 bzw.

2009 liegt der Anteil von Haushalten mit Kindern im Jahr 2013 um 2,4 % bzw. 2,5 % höher. Am höchsten ist der Anteil von Haushalten mit Kindern in den Stadtbezirken Rieselfeld (37,9 %) und Vauban (33,6 %). Die wenigsten Haushalte mit Kindern gab es in den Stadtbezirken Altstadt-Mitte (5,0 %) sowie Altstadt-Ring und Stühlinger-Eschholz (beide 8,4 %).

Über ein Viertel aller Haushalte mit Kindern sind Alleinerziehendenhaushalte (25,8%). In den Stadtbezirken Stühlinger-Beurbarung (42,9 %), Brühl-Güterbahnhof (42,0 %) und Haslach-Schildacker (41,7 %) liegt der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte am höchsten. Die wenigsten Alleinerziehendenhaushalte gibt es in den Stadtbezirken Lehen (16,8 %), Kappel (18,6 %) und Mooswald-West (18,9 %). Männliche Alleinerziehendenhaushalte machen 11,7 % aller Alleinerziehendenhaushalte aus. 17,6 % aller Alleinerziehendenhaushalte sind nicht deutscher Nationalität.

Im Jahr 2013 waren 7,1 % aller Haushalte Freiburgs leistungsempfangende Bedarfsgemeinschaften (vgl. S. 84, Abbildung F.10). Von den Bedarfsgemeinschaften waren 13,8 % Haushalte mit Kindern (2 829), davon wiederum 29,6 % Alleinerziehendenhaushalte (1 563). Seit 2009 ist die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern um 9,4 % und die Anzahl der leistungsempfangenden Haushalte um 7,7 % gesunken.

Im Jahr 2013 lebten 5 093 Personen unter 18 Jahre in Bedarfsgemeinschaften. Das sind 14,8 % aller unter 18-Jährigen. Generell gilt, je jünger die Kinder, desto größer ist der Anteil derer, die in Bedarfsgemeinschaften leben. So leben von den 0 bis unter 6-Jährigen 16,5 % und von den 6 bis unter 10-Jährigen 15,6 % in Bedarfsgemeinschaften.

Zur Betreuungs- und Bildungssituation (F16-F26): Im Jahr 2013 waren 38,0 % aller Kinder unter drei Jahren in Tagesbetreuung untergebracht (2 464). Im Vergleich zu 2007 ist das ein Anstieg um 14 %-Punkte. Die absolute Anzahl der Kinder unter drei Jahren, die tagsüber betreut werden, stieg zwischen 2007 und 2013 um 73,7 %, was unter anderem auf den infrastrukturellen Ausbau von Betreuungsplätzen zurückzuführen ist.

5,3 % aller 2011 eingeschulten Erstklässlerinnen und Erstklässler begannen ihre Schulzeit auf einer Sonderschule. Dieser Wert ist gegenüber 2009 um 0,8 %-Punkte höher, was aber im Bereich der jährlichen Schwankungen liegt.

Die Übergangsquoten von der Grundschule auf eine weiterführende Schule sind in den Jahren von 2005 bis 2011 weitgehend stabil. Am stärksten verändert haben sich die Übergangsquoten für das Gymnasium mit einem Anstieg um 5 %-Punkte und für die Hauptschule mit einem Rückgang von 5 %-Punkte. Im Jahr 2011 wechselte über die Hälfte (55,5 %) aller Schülerinnen und Schüler nach der Grundschule auf das Gymnasium, 22,0 % gingen auf die Realschule und 11,4 % auf die Hauptschule. Der Anteil derjenigen, die die Klasse wiederholen oder aus anderen Gründen nicht auf eine der drei Schulformen wechseln, ist mit 12,6 % im Jahr 2011 größer als der Anteil, die auf eine Hauptschule wechseln. Werden die Übergangsquoten nach Nationalität betrachtet, ergibt sich jedoch für ausländische Schülerinnen und Schüler ein anderes Verhältnis: Hier wechselten im Schuljahr

2011/12 nach der Grundschule jeweils 30,0 % auf das Gymnasium sowie auf die Realschule, 24,0 % gingen auf die Hauptschule und 16,0 % verblieben anders.

Der Anteil an Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss lag 2011 bei 5,6 %, das heißt, dass 129 Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss von der Schule abgegangen sind. Der Anteil der weiblichen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss liegt mit 4,5 % deutlich unter dem Anteil männlicher Schulabgänger (6,7 %). Bei ausländischen Schülerinnen und Schüler lag dieser Anteil bei 16,8 % und ist im Vergleich zu 2009 um 4,6 %-Punkte gestiegen.

Zur Devianz (F27-F35): Im Jahr 2013 haben 1 456 Personen Leistungen in Form von Hilfen zur Erziehung, Hilfen für junge Volljährige und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen in Anspruch genommen. Dies waren 37,5 % mehr als im Jahr 2005 und 27,0 % mehr als im Jahr 2009. Die Steigerung spiegelt sich in den Anteilen der Leistungen für Erziehungshilfe innerhalb der Familie (2009 auf 2013: +35,6 %) und Sozialpädagogischer Familienhilfe (2009 auf 2013: +114,4 %) wieder. Entgegen dieser Tendenz sank der Anteil der Unterstützungsleistung für Erziehungshilfen außerhalb der Familie im Vergleich zu den Jahren 2005 und 2009 (-3,6 % bzw. -3,1 %).

Der Anteil an Jugendlichen unter 21 Jahren, die Erziehungshilfe erhalten, an allen Jugendlichen unter 21 Jahren liegt bei 20,7 ‰ (Quote). Diese zwanzig Promille teilen sich in 6,1 ‰ Leistungen außerhalb der Familie, 10,4 ‰ Leistungen innerhalb der Familie (ambulante Hilfe), und 4,0 ‰ Leistungen der Sozialpädagogischen Familienhilfe nach §31.

Im Jahr 2013 wurden in Freiburg von 1 011 jungen Menschen zwischen 14 und 20 Jahren 1 466 Straftaten begangen. Im Vergleich der letzten Jahre ist die Anzahl der begangenen Straftaten Schwankungen unterworfen (2002:1 668; 2009:1 292). Absolut ist die Zahl in diesem Jahr gestiegen. Verglichen mit der Gesamtanzahl an Personen in der Altersklasse entspricht dies einer Quote von 6,4 % und ist damit im Vergleich zu den letzten Jahren (gegenüber 2005 um 0,8 %-Punkte; 2009 um 0,2 %-Punkte) leicht gesunken. 28,0 % aller an Strafverfahren beteiligten jungen Menschen sind weiblich. Der Anteil der ausländischen jungen Menschen ist mit 22,7 % ermittelt, allerdings wird hierbei nur nach der Staatsangehörigkeit und nicht nach einem Migrationshintergrund gefragt.

3. Zahlenspiegel

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2013	Veränderung	Spannweite Stadtbezirke	Tabelle / Dia- gramm
			2005-2013 2009-2013	höchster Wert niedrigster Wert	
F1	Haushalte mit Kindern - Anzahl - Anteil an allen Haushalten	20.452 17,0 %	+2,4 % +2,5 % -0,8%-P.¹ 0,4%-P.		
F2	Haushalte mit Kindern nach Stadtbezirken			Rieselfeld 37,9 % Altstadt-Mitte 5,0 %	S. 81 S. 82
F3	Haushalte mit zwei u. mehr Kindern - Anzahl - Anteil an allen Haushalten mit Kindern	10.122 49,5 %			
F4	Alleinerziehendenhaushalte - Anzahl - Anteil an allen Haushalten mit Kindern	5.283 25,8 %	-3,4%-P. -1,9%-P.		
F5	Alleinerziehendenhaushalte nach Stadtbezirken			St.-Beurb. 42,9% Lehen 16,8 %	S. 83
F6	Alleinerziehendenhaushalte mit männlichem Elternteil - Anzahl - Anteil an allen Alleinerziehenden- Haushalten	618 11,7 %	-5,3%-P. -5,7%-P.		
F7	Alleinerziehendenhaushalte mit ausländischem Elternanteil - Anzahl - Anteil an allen Alleinerziehenden- haushalten Alleinerziehendenhaushalte mit gemischten Nationalitäten ² - Anzahl - Anteil an allen Alleinerziehenden- Haushalten	932 17,6 % 128 2,4 %	+11,5%-P. +7,1%-P. -6,2%-P. 0,0%-P.		
F8 F9	Armut I: Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, Anzahl - BG mit Kindern - BG Alleinerziehende	2.829 1.563	-5,7 % -9,4 % -5,5 % -7,7 %		S. 84

¹ %-P. = Prozentpunkte

² Deutsche und ausländische Nationalitäten

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2013	Veränderung	Spannweite Stadtbezirke	Tabelle / Dia- gramm
			2005-2013 2009-2013	höchster Wert niedrigster Wert	
F10 F11	Armut I: Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, Quote - von allen Haushalten mit Kindern - von allen Alleinerziehenden-Haushalten	13,8 % 29,6 %			S. 84
F12 F13	Armut II: Anzahl der von Kinderarmut Betroffenen - 0 bis unter 6 Jahre - 6 bis unter 10 Jahre - 10 bis unter 15 Jahre - 15 bis unter 18 Jahre - unter 18 Jahre insgesamt	2.046 1.148 1.219 680 5.093	 -3,7 % -8,1 %		S. 84
F14 F15	Armut II: Quote der von Kinderarmut Betroffenen - 0 bis unter 6 Jahre - 6 bis unter 10 Jahre - 10 bis unter 15 Jahre - 15 bis unter 18 Jahre - unter 18 Jahre insgesamt	16,5 % 15,6 % 13,7 % 12,0 % 14,8 %	 -1,4%-P. -2,1%-P.		S. 85
F16 F17	Betreuung: Kinder unter 3 Jahren in Tagesbetreuung (2007-2013 anstatt 2005-2013; 01.03.2013) - Anzahl - Betreuungsquote	2.464 38,0 %	+73,7 % +53,1 % +14%-P. +10,9%-P.		
F18 F19	Bildung: Schülerinnen und Schüler der ersten Klasse, die 2011/12 eine öffentliche Sonderschule besuchten, Anteil	5,3 %	+1,0%-P. +0,8%-P.		S. 85

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2013	Veränderung	Spannweite Stadtbezirke	Tabelle / Dia- gramm
			2005-2013 2009-2013	höchster Wert niedrigster Wert	
F20 F21	Bildung: Übergangsquote Grundschule im Schuljahr 2011/12 (aus öffentlichen und privaten Schulen) insgesamt, Anteil - Sonstiges (Wiederholung, andere Schulart) - Wechsel auf Hauptschule - Wechsel auf Realschule - Wechsel auf Gymnasium	9,7 % 11,4 % 22,0 % 55,5 %	-2,1 %-P. +1,1 %-P. -5,1 %-P. -1,3 %-P. +1,8 %-P. -1,2 %-P. +5,4 %-P. +1,4 %-P.		S. 85
F22.1	Bildung: Übergangsquote Grundschule 2011/12 (aus öffentlichen und privaten Schulen) der Deutschen, Anteil - Sonstiges (Wiederholung, andere Schulart) - Wechsel auf Hauptschule - Wechsel auf Realschule - Wechsel auf Gymnasium	9,2 % 10,3 % 21,5 % 58,9 %	-3,5 %-P. +0,2 %-P. -2,1 %-P. +0,1 %-P. +1,5 %-P. -1,7 %-P. +4,1 %-P. +1,2 %-P.		S. 86
F22.2	Bildung: Übergangsquote Grundschule 2011/12 (aus öffentlichen und privaten Schulen) der Ausländer, Anteil - Sonstiges (Wiederholung, andere Schulart) - Wechsel auf Hauptschule - Wechsel auf Realschule - Wechsel auf Gymnasium	16,0 % 24,0 % 30,0 % 30,0 %	+7,2 %-P. +8,5 %-P. -18,5 %-P. -9,7 %-P. +7,1 %-P. +4,4 %-P. +4,3 %-P. -3,2 %-P.		S. 86
F23 F24	Bildung: Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (Schuljahr 2011/12) - Anzahl - Anteil an allen Abgängen	131 4,6 %	-5,6 %-P. -1,7 %-P.		S. 86

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2013	Veränderung	Spannweite Stadtbezirke	Tabelle / Dia- gramm
			2005-2013 2009-2013	höchster Wert niedrigster Wert	
F25 F26	Bildung: Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss (Schuljahr 2010/11) nach Geschlecht und Nationalität, Anteil - Weibliche Schulabgänger - Männliche Schulabgänger - Deutsche Schulabgängerinnen - Ausländische Schulabgänger	3,1 % 6,2 % 3,1 % 15,4 %	-2,6%-P. -0,9%-P. -7,1%-P. -0,9%-P. -3,8%-P. -2,4%-P. -21,0%-P. +2,9%-P.		S. 87
F27 F28	Devianz: Hilfen zur Erziehung, Anzahl - Insgesamt - außerhalb der Familie (Heim, Pflegefam.) - in der Familie (ambulante Hilfen) - Sozialpädagogische Familienhilfe nach §31	1.456 431 742 283	+37,5 % +27,0 % -3,6 % -3,1 % +45,5 % +30,4 % +185,9 % +114,4 %		S. 87 S. 88
F29	Devianz: Hilfen zur Erziehung nach Geschlecht (ohne Sozialpädagogische Familienhilfe), Anteil (Veränderung nur 2009-2013) - Anzahl Insgesamt Männliche Personen Weibliche Personen - Anzahl außerhalb der Familie Männliche Personen Weibliche Personen - Anzahl in der Familie Männliche Personen Weibliche Personen	1.173 67,3 % 32,7 % 431 48,0 % 75,9 % 742 73,3 % 26,5 %	+15,7 % +21,8 % +4,6 % -3,1 % +10,1 % -7,9 % +30,4 % +40,6 % +8,2 %		S. 88
F30 F31	Devianz: Hilfe zur Erziehung, Quote - Insgesamt - außerhalb der Familie (Heim, Pflegefam.) - in der Familie (ambulante Hilfen) - Sozialpädagogische Familienhilfe nach §31	20,7 ‰ 6,1 ‰ 10,4 ‰ 4,0 ‰			

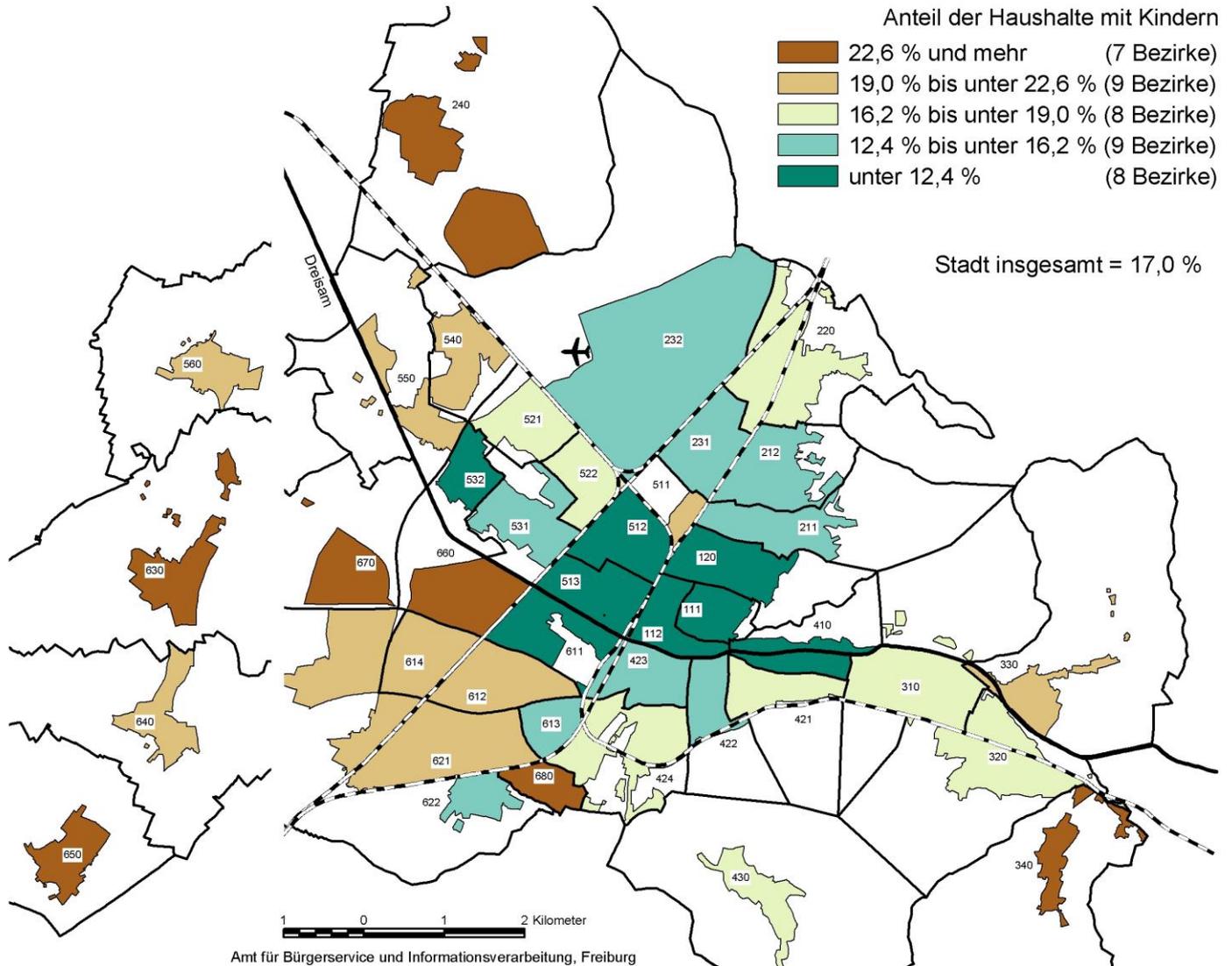
Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2013	Veränderung	Spannweite Stadtbezirke		Tabelle / Dia- gramm
			2005-2013 2009-2013	höchster Wert niedrigster Wert		
F33	Devianz: Strafverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende, Anzahl Strafverfahren	1.466	-1,7 % +13,5 %			S. 88
F32 F34	Devianz: Beteiligte in Strafverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende - Anzahl Beteiligte - davon weiblich - davon männlich - davon Deutsche - davon Ausländer	1.011 28,0 % 72,0 % 73,4 % 22,7 %	-2,0 % +4,6 % +2,9%-P. +1,1%-P. -2,9%-P. -1,1%-P. -0,9%-P. -3,2%-P. +2,4%-P. +2,4%-P.			
F35	Devianz: Beteiligte im Strafverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende, Quote ³	6,4 %	-0,8%-P. -0,2%-P.			

³ Die Quote wird gebildet mit der Anzahl Gleichaltriger (14- bis unter 21-Jährige) an der Wohnbevölkerung.

4. Tabellen & Diagramme

F2.1

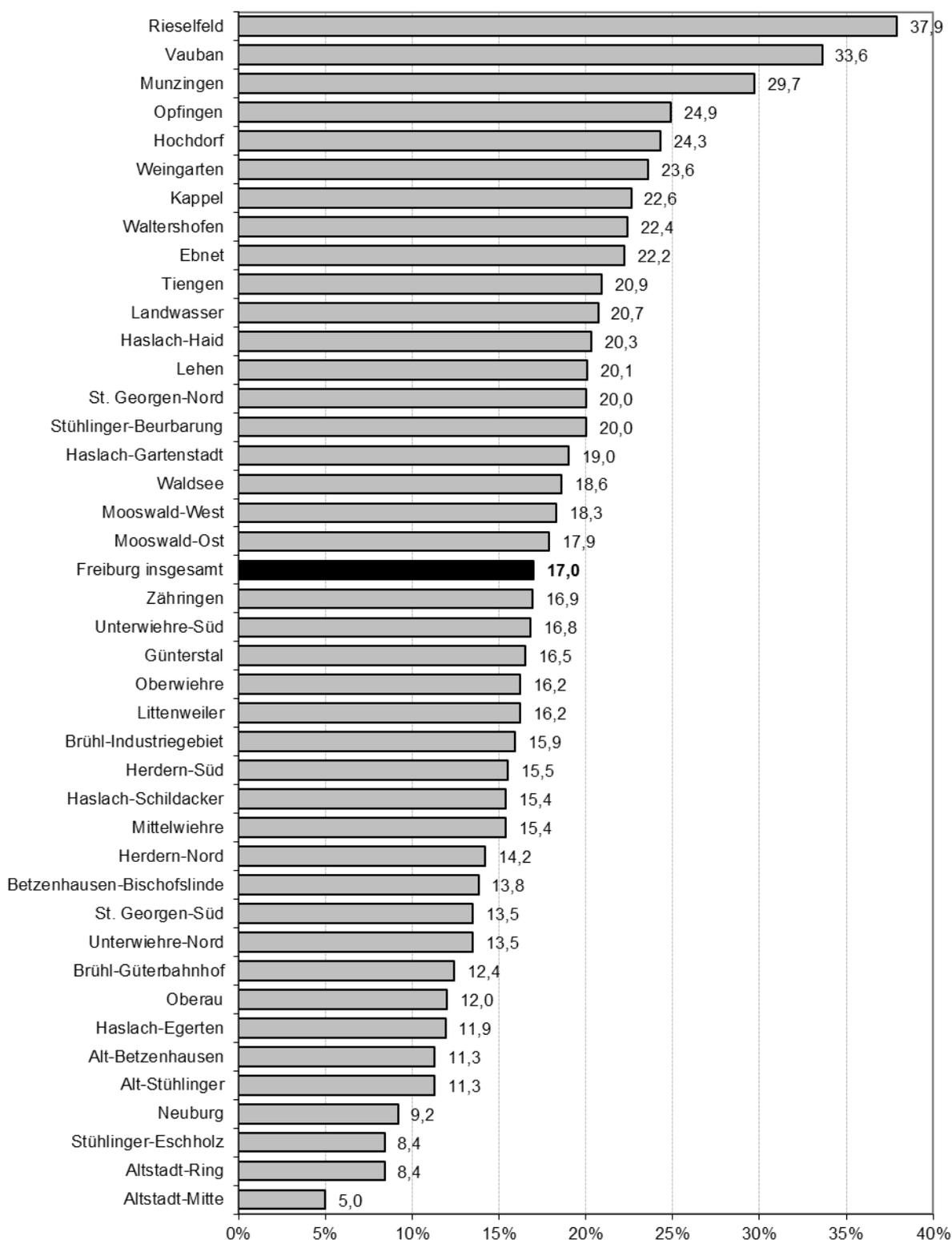
Anteil Haushalte mit Kindern an allen Haushalten am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

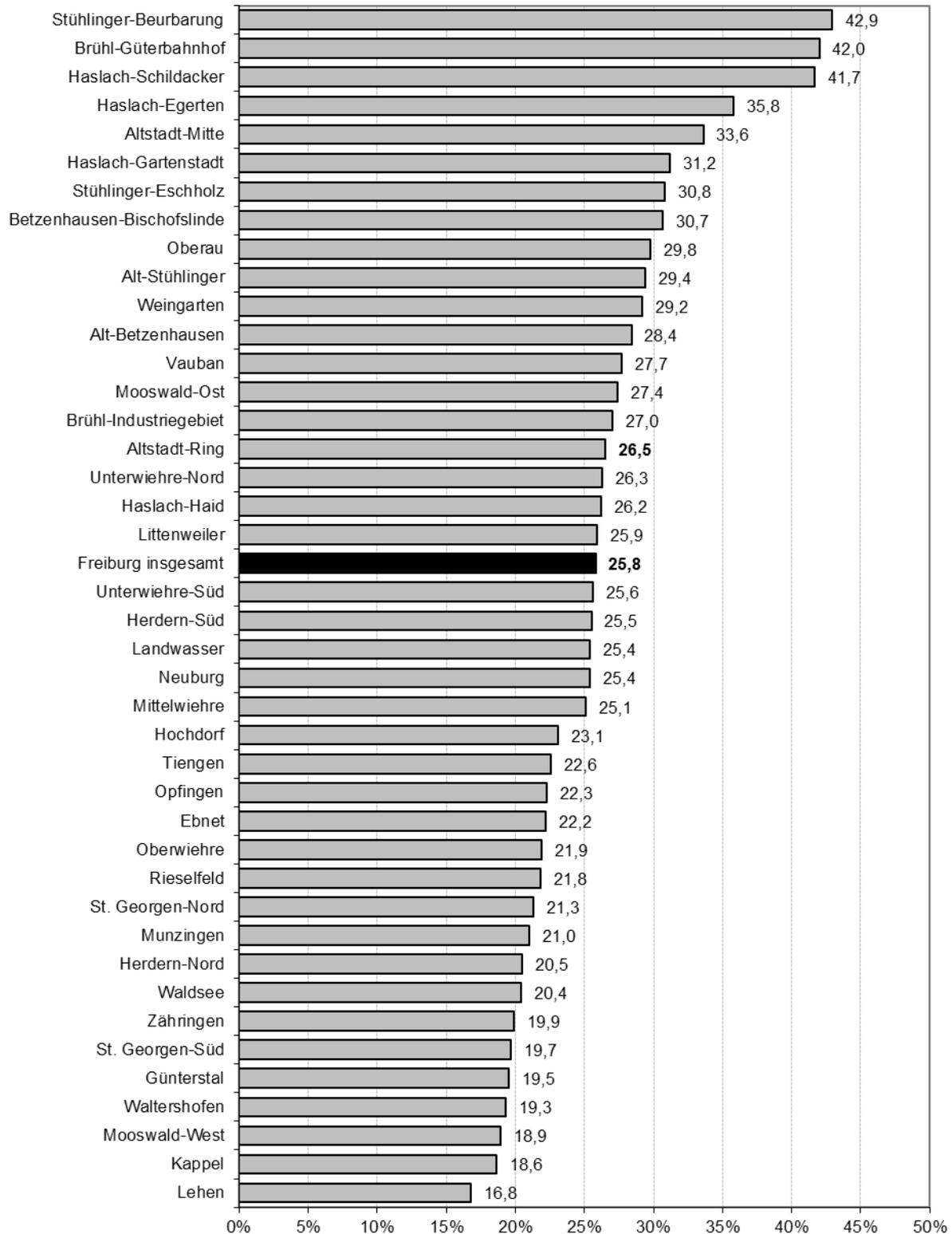
111 Altstadt-Mitte	421 Oberwiehre	560 Waltershofen
112 Altstadt-Ring	422 Mittelwiehre	611 Haslach-Egerten
120 Neuburg	423 Unterwiehre-Nord	612 Haslach-Gartenstadt
211 Herdern-Süd	424 Unterwiehre-Süd	613 Haslach-Schildacker
212 Herdern-Nord	430 Günterstal	614 Haslach-Haid
220 Zähringen	511 Stühlinger-Beurbarung	621 St. Georgen-Nord
231 Brühl-Güterbahnhof	512 Stühlinger-Eschholz	622 St. Georgen-Süd
232 Brühl-Industriegebiet	513 Alt-Stühlinger	630 Opfingen
240 Hochdorf	521 Mooswald-West	640 Tiengen
310 Waldsee	522 Mooswald-Ost	650 Munzingen
320 Littenweiler	531 Betzenhausen-Bischofslinde	660 Weingarten
330 Ebnet	532 Alt-Betzenhausen	670 Rieselfeld
340 Kappel	540 Landwasser	680 Vauban
410 Oberau	550 Lehen	

F2.2: Anteil Haushalte mit Kindern an allen Haushalten am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

F5: Anteil Haushalte von Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern am 31.12.2013 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



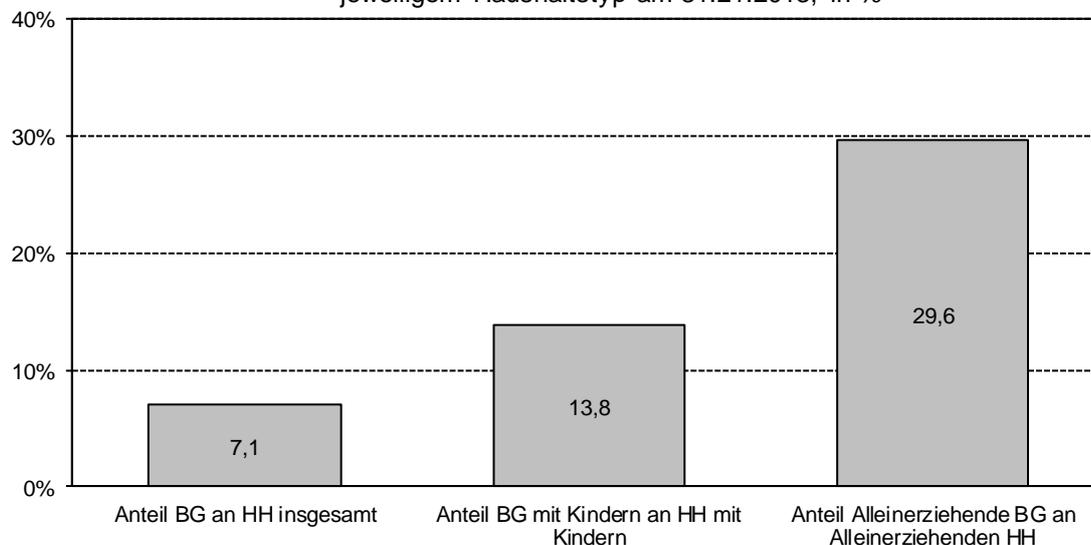
Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

F9.1 Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (SGB II) mit Kindern und Anzahl der Alleinerziehendenbedarfsgemeinschaften

Jahr	Anzahl BG mit Kindern	Veränderung BG mit Kind in % (2005=100 %)	Anzahl BG Alleinerziehende	Veränderung BG Alleinerz. in % (2005=100 %)
2005	3.000	100,0	1.654	100,0
2006	3.151	105,0	1.708	103,3
2007	3.175	105,8	1.723	104,2
2008	3.104	103,5	1.706	103,1
2009	3.121	104,0	1.694	102,4
2010	3.040	101,3	1.668	100,8
2011	2.901	96,7	1.590	96,1
2012	2.819	94,0	1.598	96,6
2013	2.829	94,3	1.563	94,5

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

F10: Anteil der Bedarfsgemeinschaften (SGB II) an allen Haushalten nach jeweiligem Haushaltstyp am 31.12.2013, in %



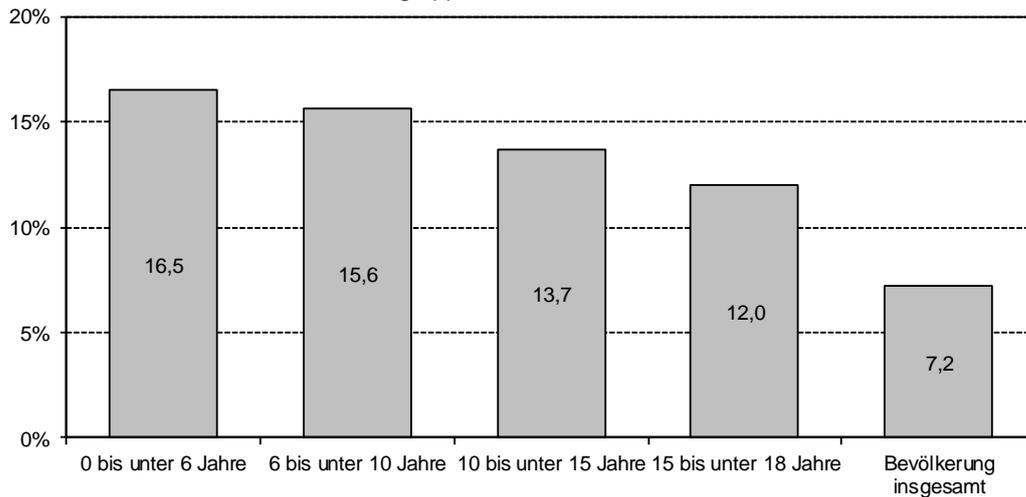
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg

F13 Zahl der Kinder- und Jugendlichen unter 18 Jahren, die von Grundsicherung (SGB II) leben

Jahr	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)	Anteil an Wohnbevölkerung, Quote in %
2005	5.289	100,0	16,2
2006	5.440	102,9	16,7
2007	5.552	105,0	17,0
2008	5.441	102,9	16,7
2009	5.541	104,8	16,9
2010	5.405	102,2	16,3
2011	5.240	99,1	15,6
2012	5.066	95,8	14,9
2013	5.093	96,3	14,8

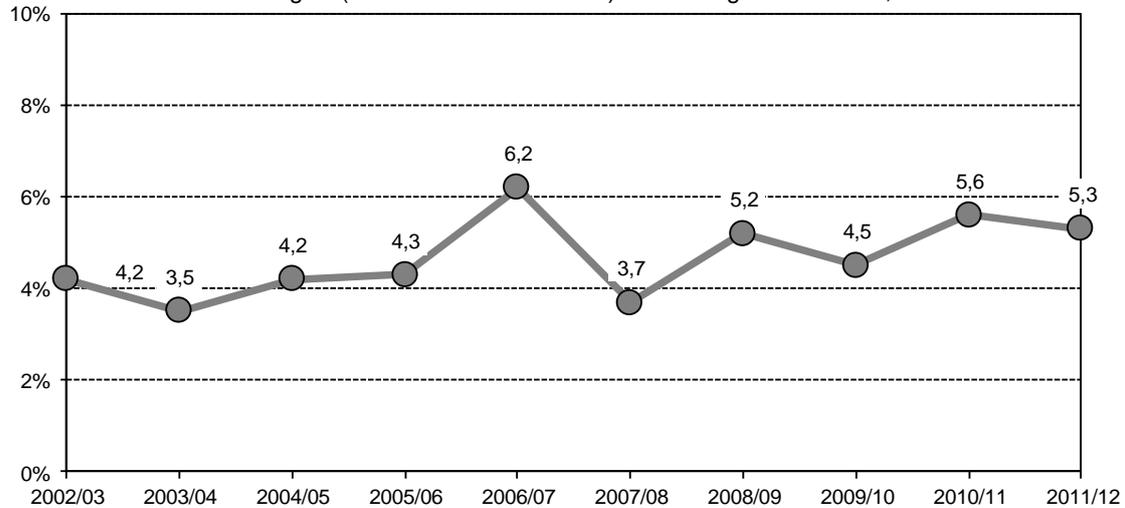
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Einwohnermelderegister

F14: Anteil der Kinder- und Jugendlichen unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften an der Wohnbevölkerung unter 18 Jahren nach Altersgruppen am 31.12.2013, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg

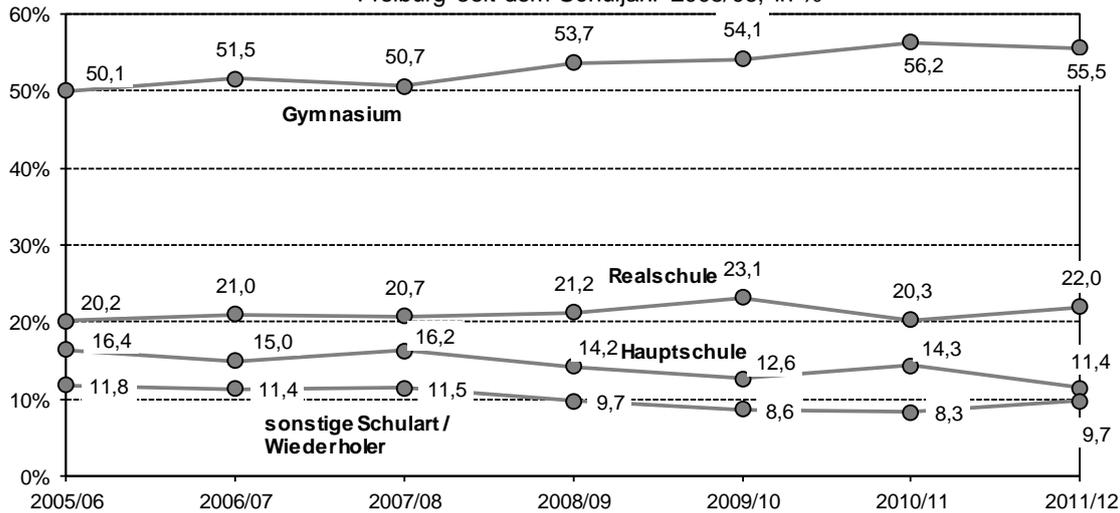
F19: Anteil der Einschulungen in öffentlichen Sonderschulen an allen Einschulungen (an öffentlichen Schulen) in Freiburg seit 2002/03, in %



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

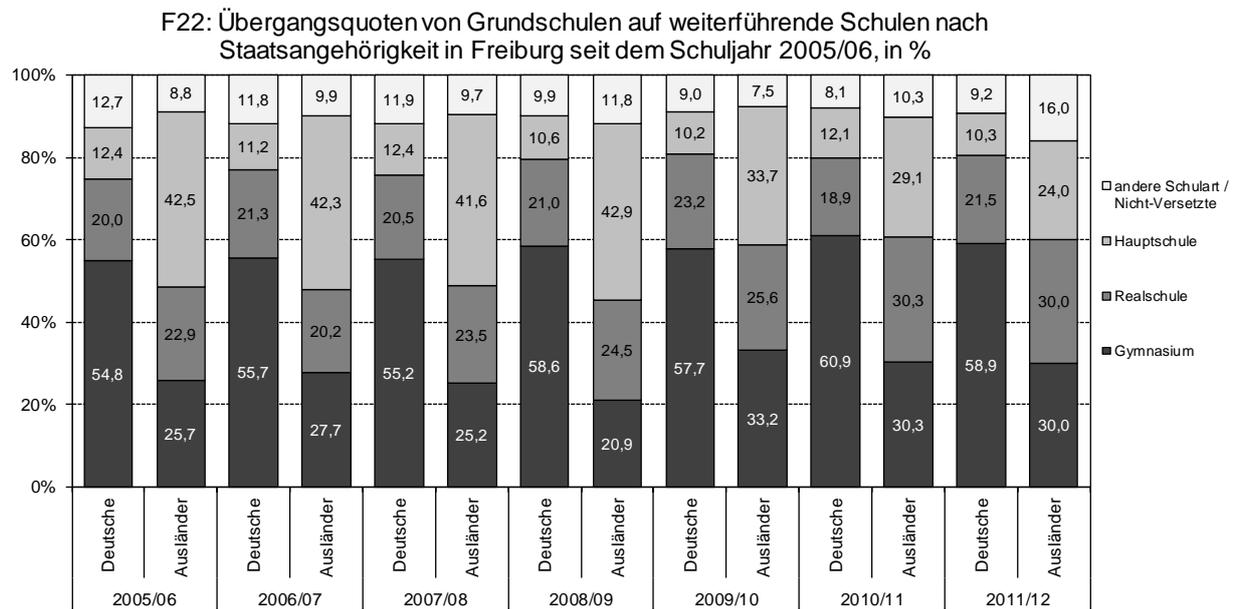
Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

F21: Übergangsquoten von Grundschulen auf weiterführende Schulen in Freiburg seit dem Schuljahr 2005/06, in %



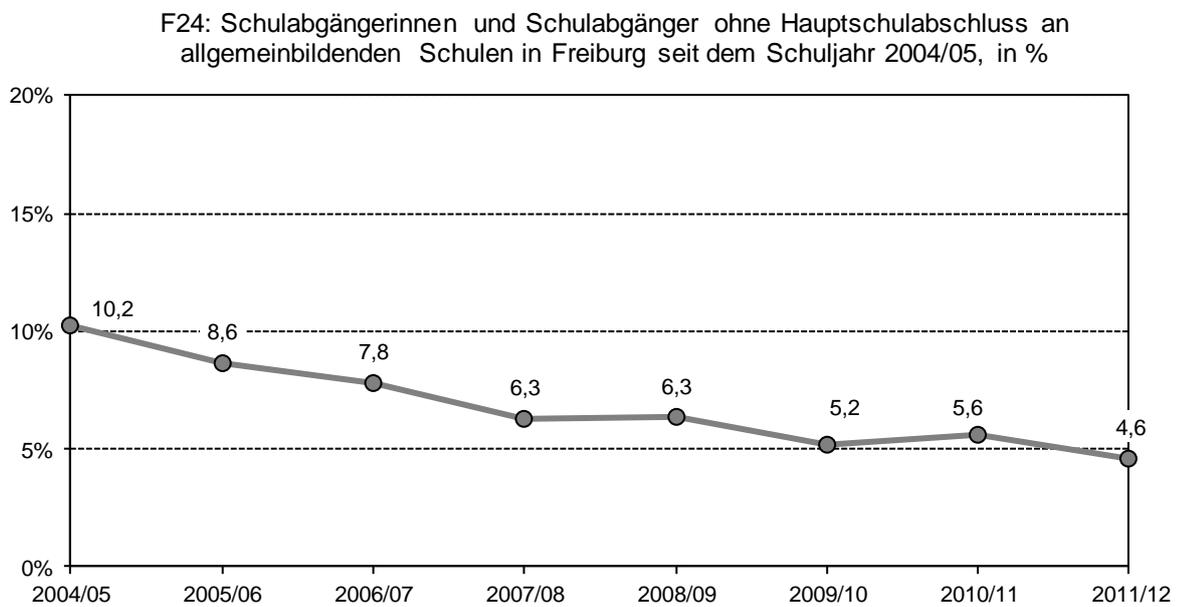
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

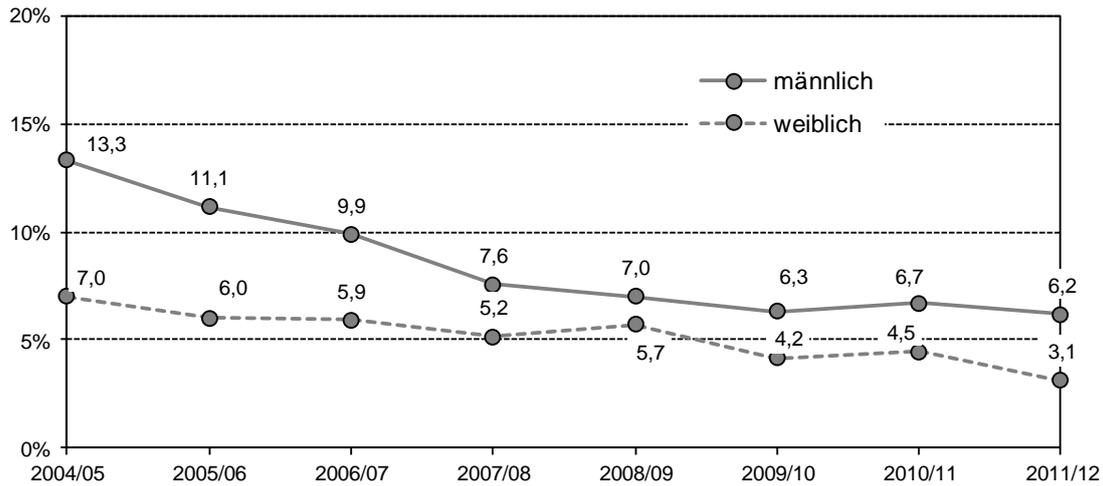
Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

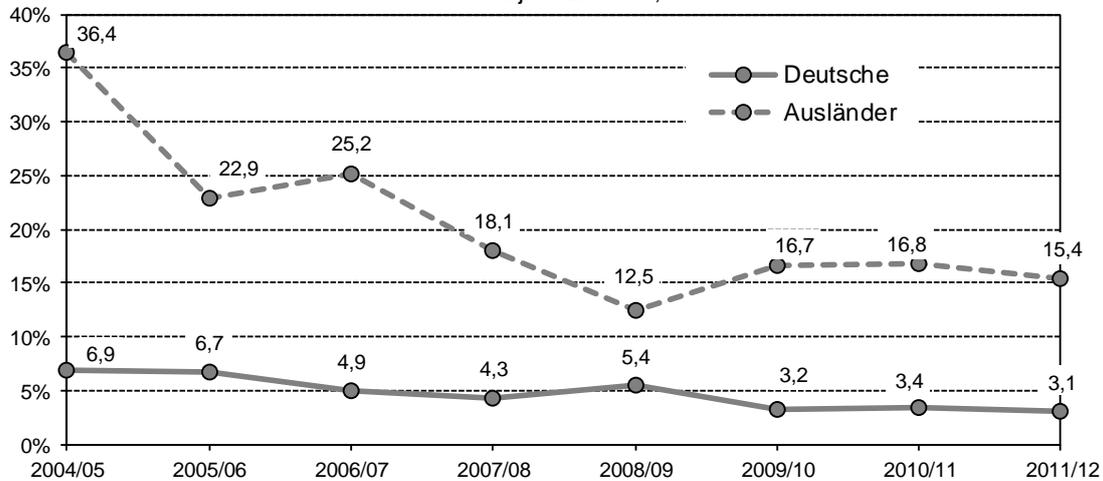
F26.1: Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allgemeinbildenden Schulen nach Geschlecht in Freiburg seit dem Schuljahr 2004/05, in %



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

F26.2: Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allgemeinbildenden Schulen nach Staatsangehörigkeit in Freiburg seit dem Schuljahr 2004/05, in %



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

F28.1 Zahl der Hilfen zur Erziehung insgesamt (SGB VIII § 27 ff.) und außerhalb der Familie

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)	Davon außerhalb der Familie	Außerhalb d. Familie Veränderung in % (2005=100 %)
2005	1.059	100,0	447	100,0
2006	980	92,5	437	97,8
2007	1.064	100,5	465	104,0
2008	1.035	97,7	434	97,1
2009	1.146	108,2	445	99,6
2010	1.247	117,8	461	103,1
2011	1.279	120,8	400	89,5
2012	1.358	128,2	407	91,1
2013	1.456	137,5	431	96,4

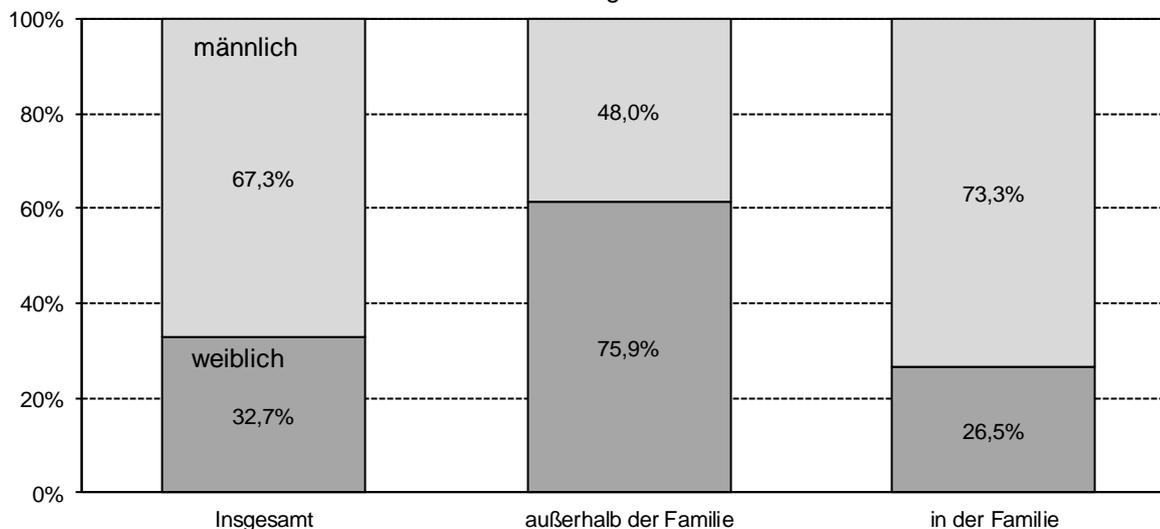
Quelle: Amt für Kinder, Jugend und Familie, Freiburg

F28.2 Zahl der Hilfen zur Erziehung insgesamt (SGB VIII § 27 ff.) und innerhalb der Familie sowie Sozialpädagogische Familienhilfe nach §31

Jahr 31.12	Anzahl insgesamt	davon innerhalb der Familie	innerhalb der Familie, Veränderung in % (2005=100 %)	davon Sozialpädagog. Familienhilfe nach §31	Sozialpädagog. Familienhilfe, Veränderung in % (2005=100 %)
2005	1.059	510	100,0	99	100,0
2006	980	445	87,3	98	99,0
2007	1.064	475	93,1	124	125,3
2008	1.035	461	90,4	140	141,4
2009	1.146	569	111,6	132	133,3
2010	1.247	628	123,1	158	159,6
2011	1.279	639	125,3	240	242,4
2012	1.358	665	130,4	286	288,9
2013	1.456	742	145,5	283	285,9

Quelle: Amt für Kinder, Jugend und Familie, Freiburg

F29: Hilfen zur Erziehung (KJHG § 27ff.) nach Art der Hilfe und Geschlecht in Freiburg 2013*



Quelle: Amt für Kinder, Jugend und Familie, Freiburg
* ohne Sozialpädagogische Familienhilfe nach § 31

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Stadt Freiburg

F33 Strafverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende

Jahr 31.12.	Anzahl Strafverfahren	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	1.492	100,0
2006	1.343	90,0
2007	1.357	91,0
2008	1.372	92,0
2009	1.292	86,6
2011 ⁴	1.300	87,1
2012	1.398	93,7
2013	1.466	98,3

Quelle: Amt für Kinder, Jugend und Familie, Freiburg

⁴ Aufgrund von Änderungen der statistischen Verfahrensweisen liegen für das Jahr 2010 keine vergleichbaren Zahlen vor.

VI.

Interkommunaler Vergleich

1. Methodischer Hinweis	90
2. Freiburg im Städtevergleich	91
3. Kennzahlen im Überblick	94
4. Diagramme	95

1. Methodischer Hinweis

Dargestellt werden **21 Kennzahlen**, die sich auf die Themenbereiche des Reports wie folgt aufteilen:

- Bevölkerung/Haushalt = 6
- Erwerbstätigkeit/Arbeitslosigkeit = 6
- Grundsicherung (SGB II) = 3
- Familie, Kinder u. Jugendliche = 5
- Fokus Armutsgefährdung = 1

Der Vergleich umfasst die 9 Stadtkreise in Baden-Württemberg, ergänzt durch die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen, das Land Baden-Württemberg und Deutschland insgesamt.

Alle für den Vergleich aus überregionalen Quellen übernommen Daten und Kennzahlen mit Nachweis von Quoten und Anteilen an der Bevölkerung basieren auf den Bevölkerungszahlen, die beim Statistischen Landesamt für die Kreise geführt werden. Grundlage der Berechnung bei allen nicht aus dem Städtevergleich stammenden Kennzahlen (Ziff. 1-4 des Reports) ist der ausgewiesene Bevölkerungsstand, wie er sich aus dem Melderegister ergibt. Die bekannten und auf einen statistischen Artefakt beruhenden Abweichungen zwischen den Landeszahlen und den Zahlen aus dem Freiburger Melderegister können hier bei gleichen Kennzahlen zu teilweise unterschiedlichen Werten führen, die aber die Aussagekraft des Städtevergleichs nicht berühren. Punktuelle Unterschiede in den Kennzahlenwerten sind ggf. auch darauf zurückzuführen, dass bei der Darstellung unterschiedliche Stichtage zugrunde gelegt wurden.

Besondere Beachtung erfordert der für die Kennzahlen jeweils dargestellte aktuelle Berichtsstand, der sich im Hinblick auf die Verfügbarkeit der Daten teilweise sehr unterschiedlich darstellt. Dieser unterschiedliche Berichtsstand macht es erforderlich, den Städtevergleich immer vor dem Hintergrund der erzielten „Aktualität“ zu lesen und einzuordnen.

Die Darstellung der Kennzahlen erfolgt nachfolgend nach den im Report unterschiedenen Themenbereichen. Zur Einordnung in den Städtevergleich lässt sich für Freiburg für jede Kennzahl ein Rang auf einer Skala von 1 bis 9 zuordnen (entspricht den 9 Stadtkreisen), der sich aus dem für die Stadt erreichten Kennzahlenwert ergibt. Ein vergleichsweise geringer Wert führt zu einem Rang im unteren Bereich der Skala (1=kleinster Wert), während ein hoher Wert zu einem Rang im oberen Bereich der Skala führt (9=höchster Wert).

2. Freiburg im Städtevergleich

Zentrale Ergebnisse des Städtevergleichs sind (siehe Tabelle Städtevergleich):

Bereich Bevölkerung / Haushalte

Freiburg ist eine vergleichsweise junge Stadt in dem besonderen Sinne, dass in keinem anderen Stadtkreis in Baden-Württemberg der Anteil der Menschen über 65 Jahre an der Bevölkerung so gering ist wie in Freiburg. Bezüglich des Anteils der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der Bevölkerung liegt Freiburg mit 14,8 % auf der Höhe von Mannheim. Der Anteil an Kindern und Jugendlichen liegt damit unter dem von Pforzheim, Ulm und Heilbronn, jedoch höher als bei den Städten Karlsruhe, Heidelberg, Baden-Baden und Stuttgart.

Auf 100 Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren kommen in Freiburg ca. 40 Personen, die entweder jünger als 15 oder älter als 65 Jahre sind. Dieses das Verhältnis von Jungen und Alten zu den mittleren Altersgruppen kennzeichnende „Abhängigkeitsquote“ liegt in Freiburg im unteren Wertebereich, so dass den Jungen und Alten in der Stadt noch eine vergleichsweise starke Bevölkerungsgruppe im mittleren Alter gegenübersteht.

Der Anteil der Ausländer ist in Freiburg vergleichsweise gering. Nur in Baden-Baden finden sich anteilmäßig weniger Ausländer als in Freiburg. Die umliegenden Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen weisen dagegen wesentlich geringere Anteile auf, die in etwa dem bundesdeutschen Durchschnitt entsprechen. Auffällig ist, dass in Baden-Württemberg der Ausländeranteil höher liegt als in der Bundesrepublik insgesamt. Ebenfalls niedrig ist der Anteil der deutsch-ausländischen Eheschließungen in Freiburg. Hier weist Freiburg den niedrigsten Wert aller Stadtkreise auf. Anzumerken ist hier, dass sich diese Kennzahl auf alle Eheschließungen bezieht, die im jeweiligen Kreis vollzogen worden sind und nicht allein die der Ortsansässigen umfasst.

Der Anteil der Wohnungen, die fünf und mehr Räume haben, liegt in Freiburg bei 30 %, nur in Heilbronn, Baden-Baden, Heidelberg und Ulm sind die Anteile höher. In den angrenzenden Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen hingegen liegt der Anteil um die 50 %, ähnlich wie der Durchschnitt in Baden-Württemberg.

Bereich Erwerbstätigkeit / Arbeitslosigkeit

Die Städte Stuttgart, Heidelberg und Freiburg verfügen in Baden-Württemberg über die größten Anteile hochqualifizierter Beschäftigter (über 15 %). In den Landkreisen liegen diese Anteile unter 7 % während der bundesdeutsche und baden-württembergische Durchschnitt um die 10 % liegt.

Bezüglich der Teilzeitbeschäftigten hat Freiburg den höchsten Anteil unter den Stadtkreisen in Baden-Württemberg gefolgt von Heidelberg. Teilzeitbeschäftigung, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit und Arbeitsgelegenheiten sind die Formen der Erwerbstätigkeit, die zusammengefasst als „atypische Beschäftigung“ bezeichnet werden. In diesem Bereich der Beschäftigungsverhältnisse hat Freiburg leicht überdurchschnittliche Zuwachsraten zu

verzeichnen. Die größten Zuwächse sind in Heilbronn und Ulm zu finden. Auch Emmendingen weist starke Zuwächse auf im Gegensatz zum Kreis Breisgau-Hochschwarzwald.¹

Die Arbeitslosenquote war im Jahr 2013 in Pforzheim mit 8 % am höchsten und lag damit über dem bundesdeutschen Durchschnitt (6,9 %). Mit Ausnahme von Heilbronn hatten alle anderen Städte in Baden-Württemberg eine Arbeitslosenquote zwischen 5 und 6 %. Die Arbeitslosenquote in Freiburg lag 2013 bei 6,0 %. Die beiden Nachbarlandkreise von Freiburg weisen niedrige Quoten von unter 4 % auf und liegen somit unterhalb des Durchschnitts in Baden-Württemberg (4,1 %). Beim Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen weist Freiburg einen relativ niedrigen Wert auf (30,7 %), der nur von Heilbronn und Ulm unterboten wird und im Bereich des baden-württembergischen Durchschnitts liegt. Auffällig ist auch die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Freiburg (2,2 %), die nur im Breisgau-Hochschwarzwald noch niedriger ist. Alle anderen Stadtkreise in Baden-Württemberg haben höhere Werte, jedoch allesamt noch niedriger als in Deutschland insgesamt (6,0 %) mit Ausnahme von Pforzheim (6,4 %).

Bereich der Grundsicherung (SGB II)

Zwischen 2009 und 2013 ist sowohl die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften als auch die Anzahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften in allen Stadtkreisen zurückgegangen oder stagniert mit Ausnahme von Pforzheim und Heilbronn. Freiburg liegt dabei im unteren Mittelfeld mit einem Rückgang von 2,5 %. Dies ist jedoch ein stärkerer Rückgang als in Baden-Württemberg insgesamt. Bemerkenswert ist hier der Anteil der SGB II-Empfängerinnen und -empfängern unter 15 Jahre, der in Mannheim, Pforzheim und Freiburg mit Werten über 15 % am höchsten in Baden-Württemberg ist. Auch Freiburg liegt hier weit oberhalb des Durchschnitts in Baden-Württemberg (8,1 %) und etwa in Höhe des bundesdeutschen Durchschnitts (15,1 %).

Bereich Familie, Kinder und Jugendliche

Wie schon zum letzten Sozialbericht 2010 liegt Freiburg (31,6 %) nach wie vor beim Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3-Jährige hinter Heidelberg (37,6 %) auf dem zweiten Rang. Der Anteil der Kindergartenkinder, die Ganztagesplätze in Anspruch nehmen, liegt in Freiburg bei 23,6 % und ist somit niedriger als in Heidelberg, Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe und Ulm.

Einen hohen Wert hat Freiburg bezüglich der Übergangsquote auf das Gymnasium. Mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler (59,1 %) wechseln nach der Grundschule auf das Gymnasium. Heidelberg erreicht hier den höchsten Wert (61,2 %) und Heilbronn den niedrigsten (42,7 %). Ebenfalls hohe Übergangsquoten haben Stuttgart, Baden-Baden und Karlsruhe.

Der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Hauptschulabschluss liegt in Freiburg bei 12,3 % und damit im Durchschnitt der Stadtkreise, aber unterhalb des

¹ Anzumerken ist hier, dass die große Höhe der Zuwächse auf eine Umstellung bei der Erhebungsmethodik der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2012 zurückzuführen ist.

Landesdurchschnitts (16,8 %). Ähnlich verhält es sich beim Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss, der in Freiburg bei 4,6 % liegt. Damit ist der Anteil an SchulabgängerInnen in Freiburg niedriger als in Pforzheim, Mannheim, Karlsruhe, Heilbronn und Stuttgart, aber höher als in Ulm, Baden-Baden und Heidelberg. Der Durchschnitt in Baden-Württemberg beträgt 4,3 %.

Bereich Armutsgefährdung

In Kapitel VIII („Fokus Armutsgefährdung“) wird beschrieben, welcher Bevölkerungsanteil in Freiburg von Armut gefährdet ist – auch im Vergleich zum Land Baden-Württemberg. Da das dort verwendete Armutskonzept ein auf das Äquivalenzeinkommen basierendes Messinstrument ist, soll an dieser Stelle zusätzlich die Kaufkraft in Baden-Württemberg dargestellt werden. Die dazu verwendete Kennzahl ist die „ungebundene Kaufkraft am Wohnort“: Diese gibt an, „wie viel Geldmittel der Bevölkerung in dem Gebiet zu Konsumzwecken frei zur Verfügung stehen. Dazu werden von den Erwerbs- und Übertragungseinkommen (Renten, Sozialhilfe) die direkten Steuern und Sozialabgaben, die zur Vermögensbildung verwendeten Mittel sowie die Wohnungskosten abgezogen.“²

Freiburg steht dabei mit einem Wert von 12 116 Euro je Einwohner an unterster Stelle im Vergleich mit den anderen Stadtkreisen sowie dem Landesdurchschnitt in Baden-Württemberg mit 15 370 Euro je Einwohner. Freiburg steht somit bezüglich der Einkommen am unteren Ende in Baden-Württemberg.

² Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

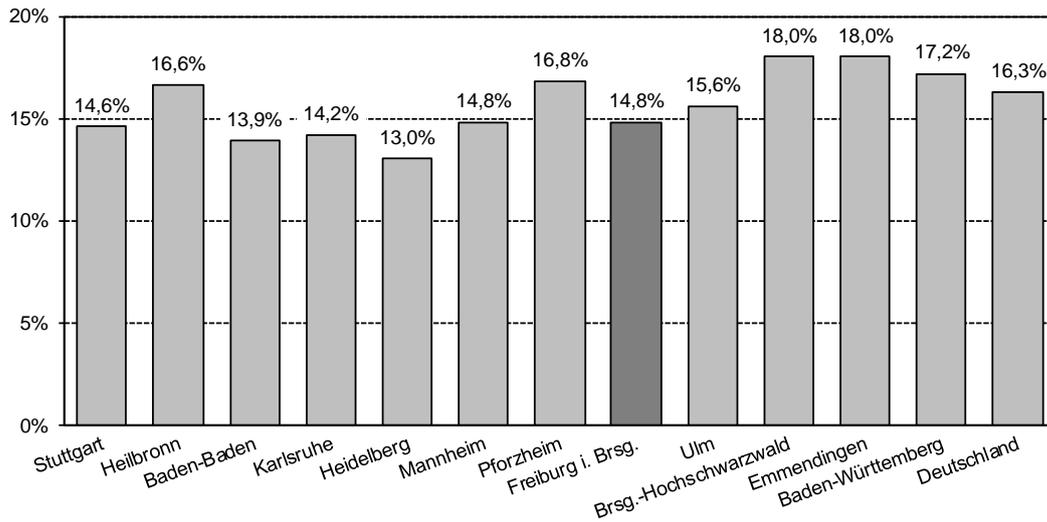
3. Kennzahlen im Überblick

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Rang Stadt Freiburg ³
Bevölkerung / Haushalte		
B1	Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung	6
B2	Anteil der 65-Jährigen und älter an der Bevölkerung	1
B3	Abhängigkeitsquotient - Verhältnis der Bevölkerung unter 15 Jahren und 65 Jahre und älter zur Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren 2011	2
B4	Ausländeranteil	2
B5	Anteil der deutsch-ausländischen Eheschließungen	1
B6	Anteil der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen	5
Erwerbstätigkeit / Arbeitslosigkeit		
A1	Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten an allen Beschäftigten	7
A2	Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten	9
A3	Zunahme „atypische“ Beschäftigung 2009 bis 2013	7
A4	Arbeitslosenquote	7
A5	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen	3
A6	Anteil der Arbeitslosen 15 bis unter 25 Jahren an der Bevölkerung 15 bis unter 25 Jahren	1
Grundsicherung SGB II		
G1	Zu-/Abnahme der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II von 2009 bis 2013	6
G2	Zu-/Abnahme der Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II von 2009 bis 2013	5
G3	Anteil der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach SGB II unter 15 Jahre an der Bevölkerung unter 15 Jahre	7
Familie, Kinder, Jugendliche		
F1	Kindertagesbetreuung: Betreuungsquote der unter 3-Jährigen	8
F2	Kindertagesbetreuung: Kindergartenkinder auf Ganztagesplätzen	4
F3	Übergangsquote von Grundschule auf Gymnasium im Schuljahr	8
F4	Anteil der SchulabgängerInnen mit Hauptschulabschluss an allen SchulabgängerInnen	5
F5	Anteil der SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss an allen SchulabgängerInnen	4
Armutsgefährdung		
AG1	Ungebundene Kaufkraft am Wohnort 2009, Euro je Einwohner	1

³ Ein vergleichsweise geringer Wert führt zu einem Rang im unteren Bereich der Skala (1=kleinster Wert), während ein hoher Wert zu einem Rang im oberen Bereich der Skala führt (9=höchster Wert).

4. Diagramme

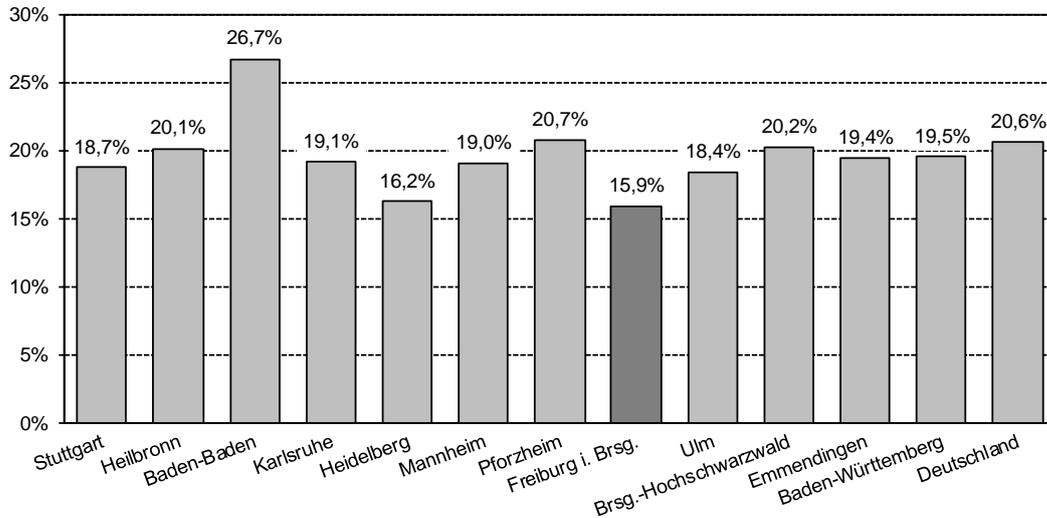
B1: Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung 31.12.2011, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

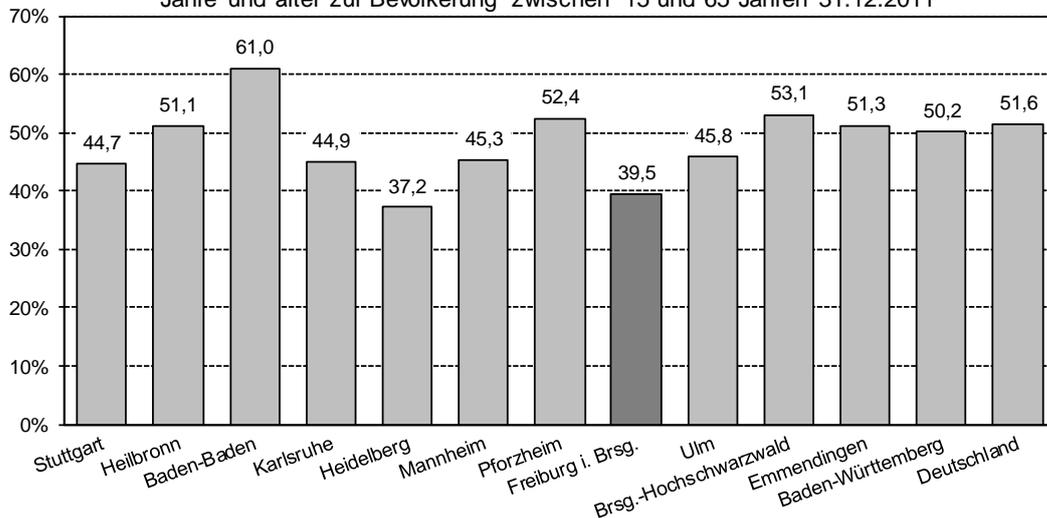
B2: Anteil der 65-Jährigen und älter an der Bevölkerung 31.12.2011, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

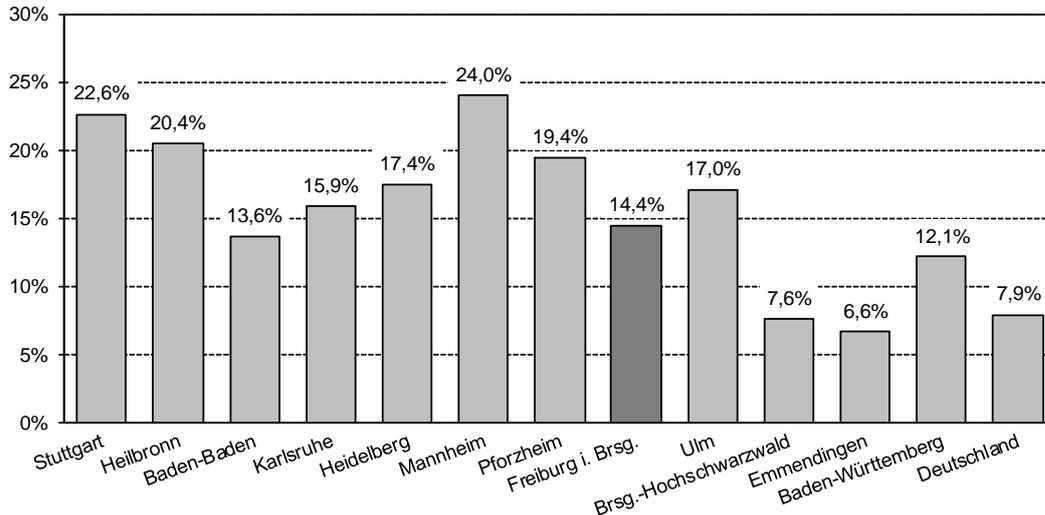
B3: Abhängigkeitsquotient - Verhältnis der Bevölkerung unter 15 Jahren und 65 Jahre und älter zur Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren 31.12.2011



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

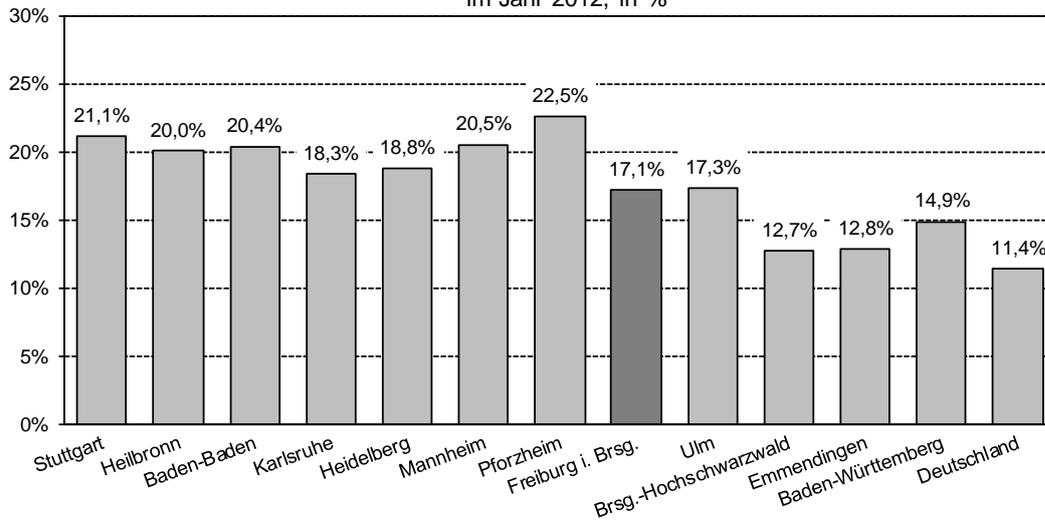
B4: Anteil Ausländer an der Gesamtbevölkerung 31.12.2011, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

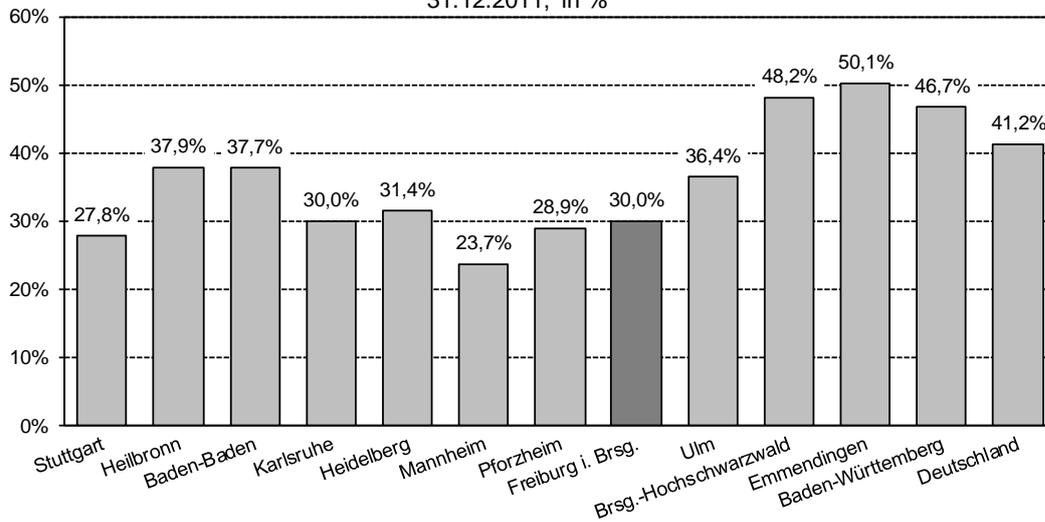
B5: Anteil der deutsch-ausländischen Eheschließungen an allen Eheschließungen im Jahr 2012, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

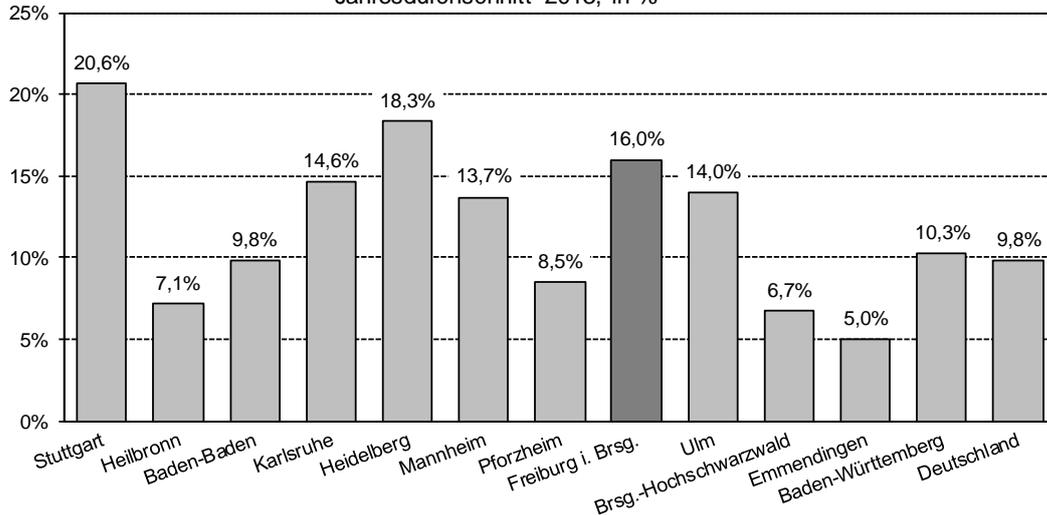
B6: Anteil der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen an allen Wohnungen 31.12.2011, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

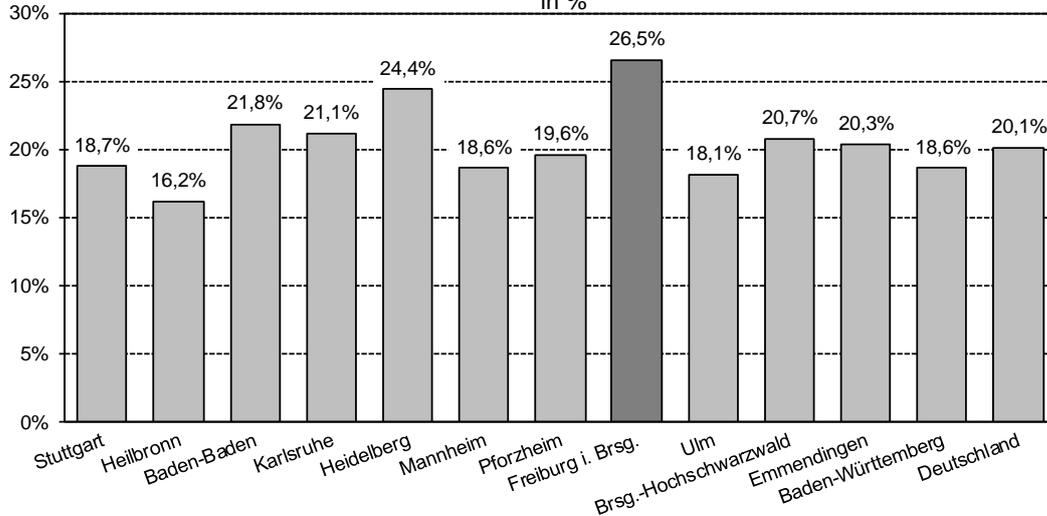
A1: Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten an allen Beschäftigten
Jahresdurchschnitt 2013, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

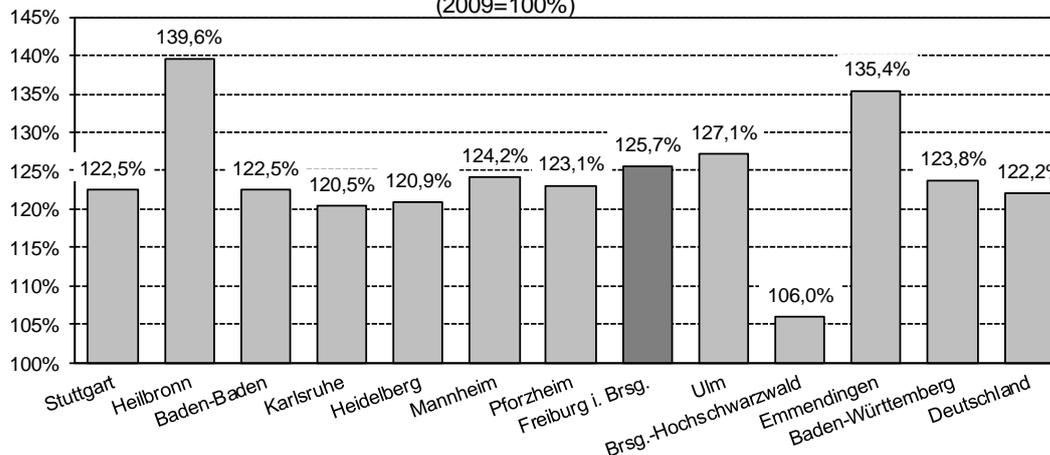
A2: Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten Jahresdurchschnitt 2013,
in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

A3: Entwicklung atypische Beschäftigung* 2009 bis 2013 (31.12.)** in %
(2009=100%)

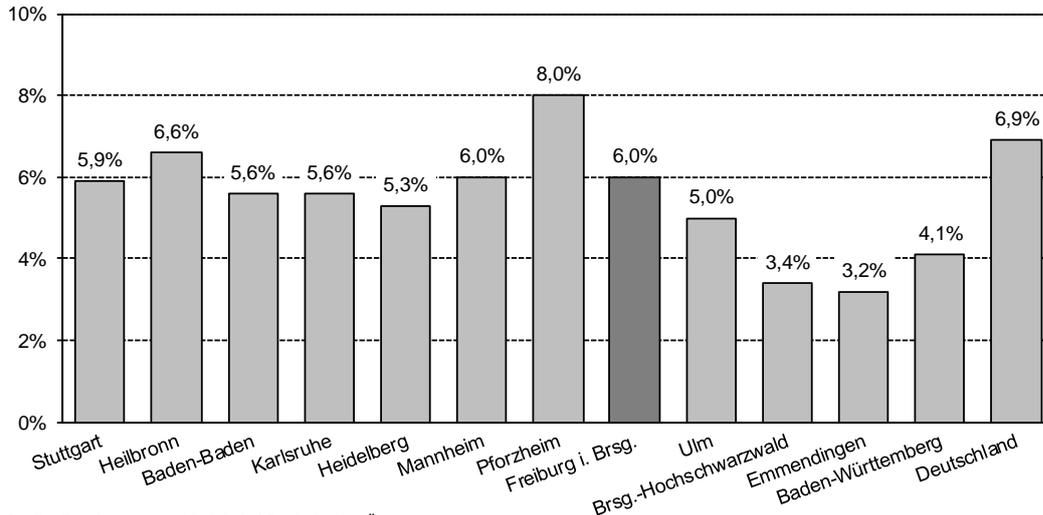


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

* Atypische Beschäftigung umfasst Teilzeitbeschäftigung, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit und "Ein-Euro-Jobs"
** Starke Veränderungen sind auf eine Umstellung im Jahr 2012 zurückzuführen, die insbesondere die Teilzeitbeschäftigung betrifft..

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

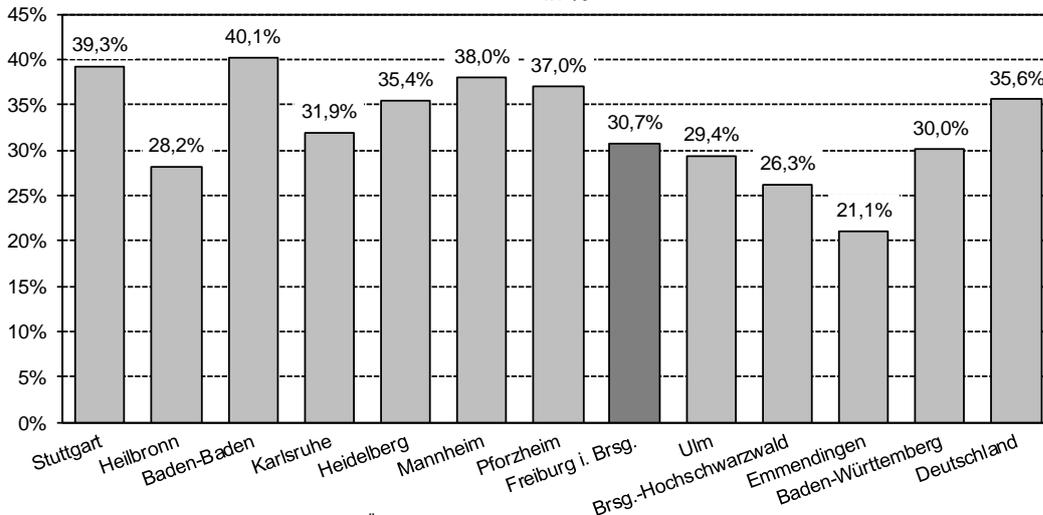
A4: Arbeitslosenquote Jahresdurchschnitt 2013, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

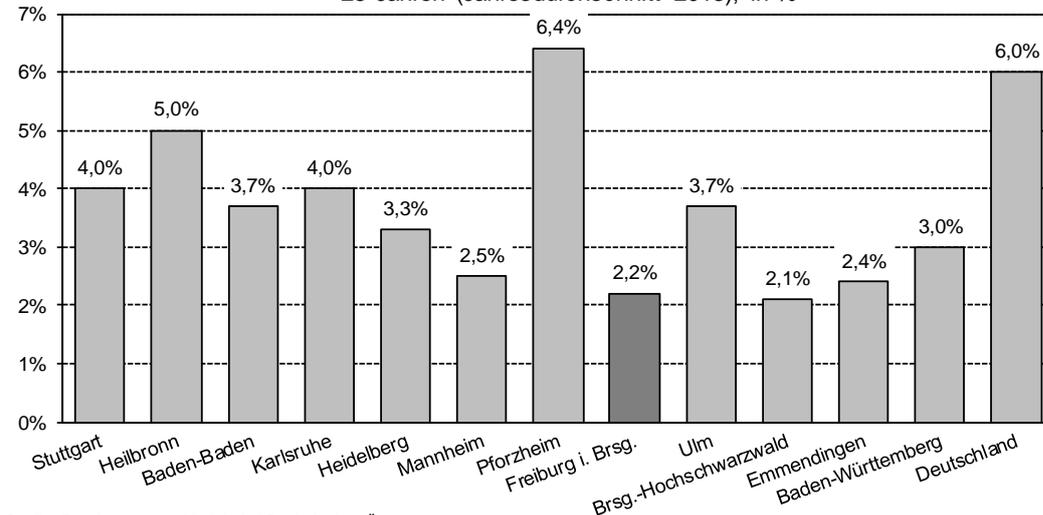
A5: Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen Jahresdurchschnitt 2013, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

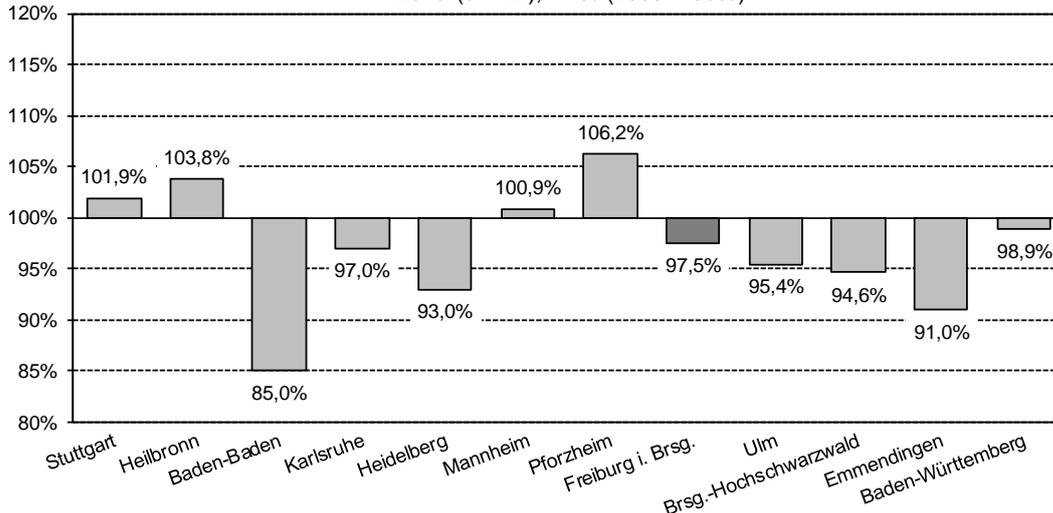
A6: Anteil der Arbeitslosen 15 bis unter 25 Jahren an der Bevölkerung 15 bis unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt 2013), in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

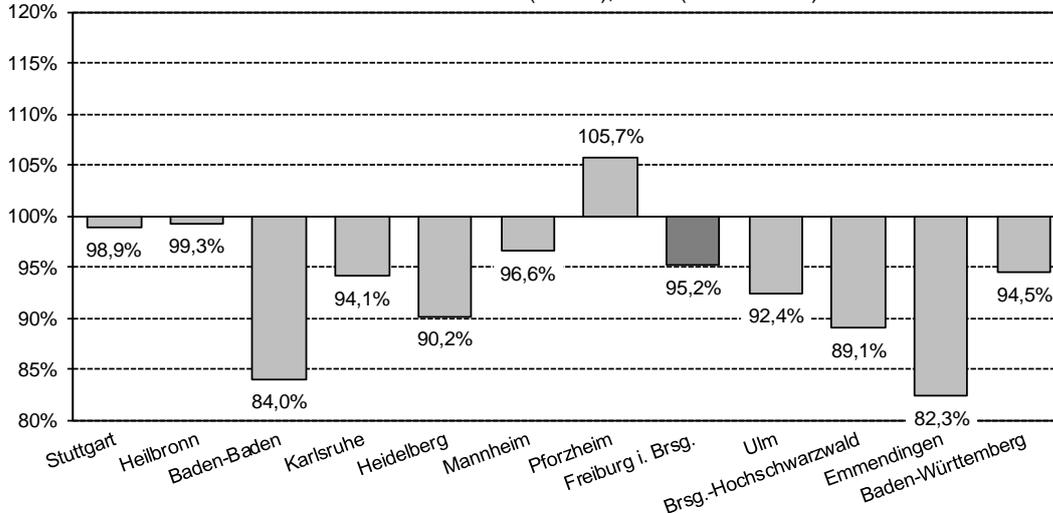
G1: Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II von 2009 bis 2013 (31.12.), in % (2009=100%)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

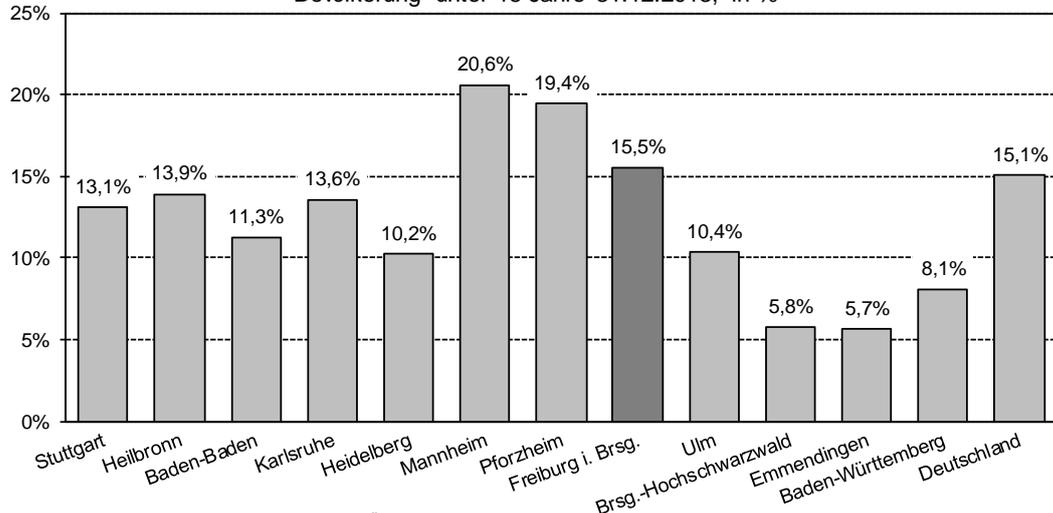
G2: Entwicklung der Anzahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II von 2009 bis 2013 (31.12.), in % (2009=100%)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

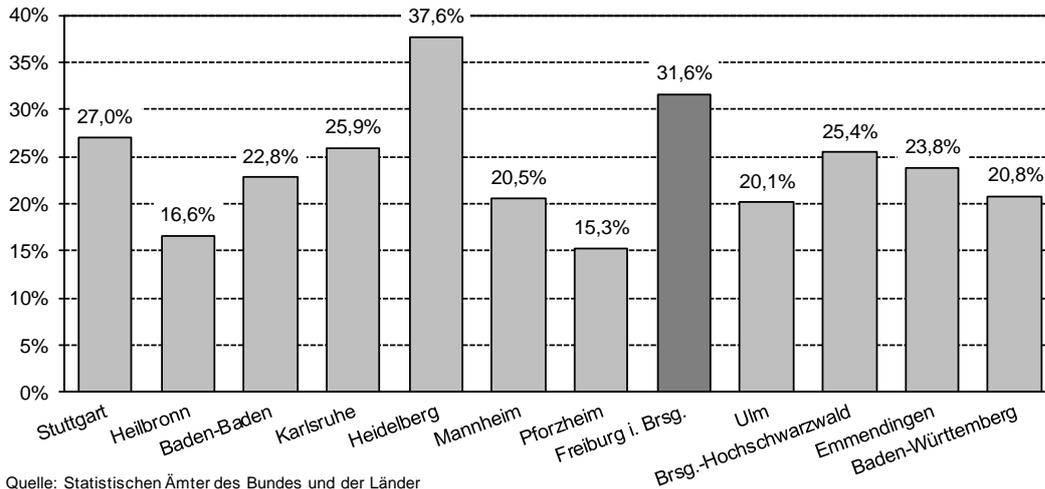
G3: Anteil der Leistungsberechtigten nach SGB II unter 15 Jahre an der Bevölkerung unter 15 Jahre 31.12.2013, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

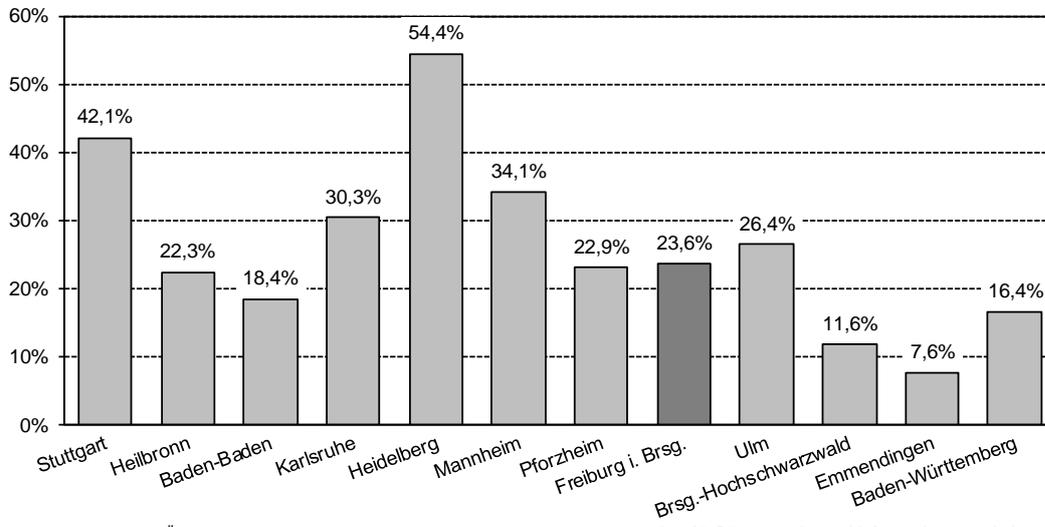
F1: Betreuungsquote der unter 3-Jährigen am 01.03.2011, in %*



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder
 * Die Quote des Statistischen Landesamtes wird anhand der amtlichen Einwohnerzahl berechnet, die bekanntlich von der Einwohnerzahl aus dem Einwohnermelderegister nach oben hin abweicht.

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

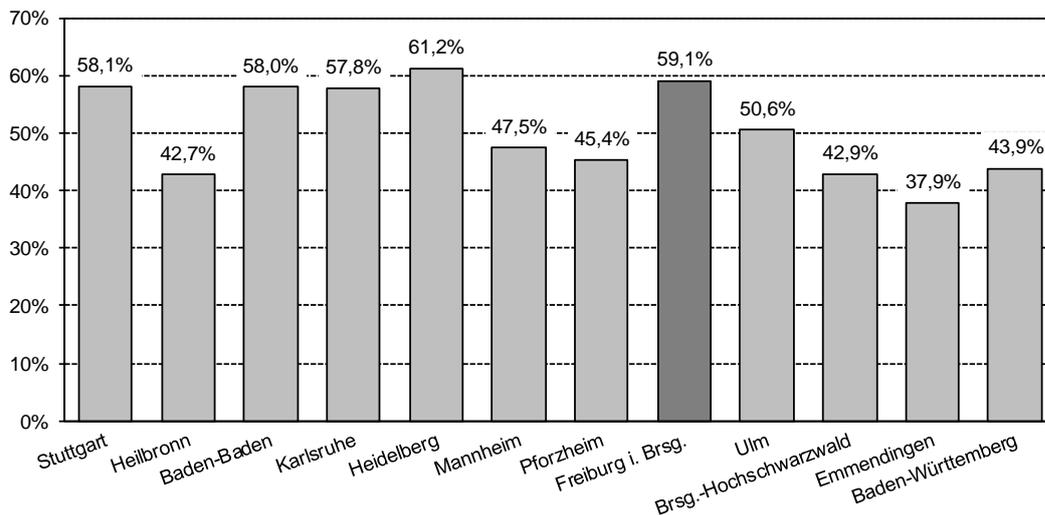
F2: Kindergartenkinder auf Ganztagesplätzen am 01.03.2011, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

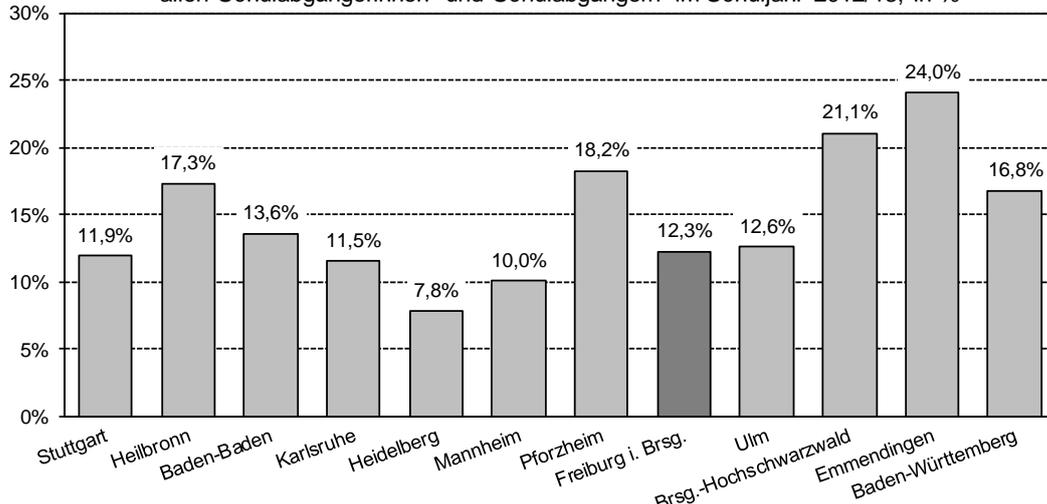
F3: Übergangsquote von Grundschule auf Gymnasium im Schuljahr 2012/13, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

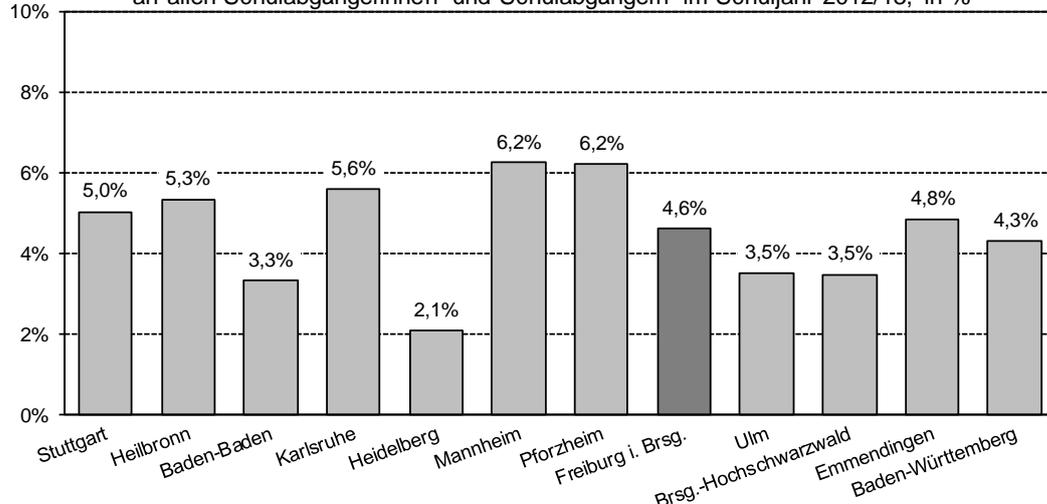
F4: Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Hauptschulabschluss an allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern im Schuljahr 2012/13, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

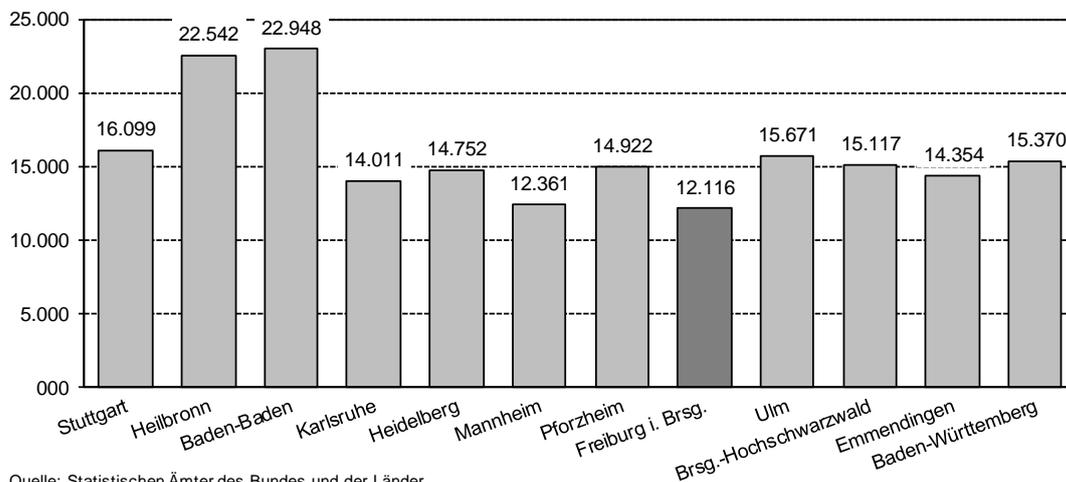
F5: Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern im Schuljahr 2012/13, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

AG1: Ungebundene Kaufkraft* am Wohnort im Jahr 2009, Euro je Einwohner



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

* Gibt an, wie viel Geldmittel der Bevölkerung zu Konsumzwecken frei zur Verfügung stehen: Erwerbs- und Übertragungseinkommen abzüglich direkter Steuern und Sozial-abgaben, der zur Vermögensbildung verwendeten Mittel sowie der Wohnungskosten .

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

VII.

Freiburg im Jahr 2030 – Entwicklung der Bevölkerung

1. Kennzahlen	104
2. Fakten / Trends	105
3. Zahlenspiegel	106
4. Diagramme	107

1. Kennzahlen

- E1 Entwicklung der Bevölkerung insgesamt
- E2 Entwicklung der Bevölkerung nach drei Altersgruppen
- E3 Entwicklung der Bevölkerung nach zehn Altersgruppen
- E4 Bevölkerung: Jugendquotient
- E5 Bevölkerung: Altenquotient
- E6 Bevölkerung: Abhängigkeitsquotient
- E7 Entwicklung der unter 18-Jährigen nach Stadtbezirken
- E8 Entwicklung der 60-Jährigen und älter nach Stadtbezirken

Erläuterungen

Datengrundlage ist die in der Reihe *Beiträge zur Statistik* veröffentlichte „Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für Freiburg 2014 bis 2030“ aus dem Jahr 2014 (Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung). Mit dieser Veröffentlichung stehen neben den Informationen zum angewandten Prognosemodell auch noch weitergehende Daten und vertiefende Analysen zur Verfügung. Da in solche Vorausberechnung immer auch Faktoren eingehen, die Annahmen über die Entwicklung der Bevölkerungsentwicklung beeinflussenden, beinhalten diese immer auch Unsicherheiten. In diesem Sinne handelt es sich bei den hier dargestellten Zahlen um Richtwerte.

Jugendquotient

Anteil der unter 15-Jährigen bezogen auf die erwerbsfähigen Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Ein Wert von 30 besagt beispielsweise, dass auf 100 potenziell erwerbsfähige Personen 30 Kinder und Jugendliche kommen. Der Indikator gibt Anhaltspunkte, in welchem Umfang der erwerbsfähigen Bevölkerung Versorgungskosten für die jüngere Generation auftreten können. Häufig wird der Quotient als Indikator zur Familienprägung für entsprechende Gebiete verwendet.

Altenquotient

Anteil der Einwohner, die 65 Jahre und älter sind, bezogen auf die erwerbsfähigen Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Ein Wert von 40 sagt zum Beispiel aus, dass 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 40 Senioren gegenüberstehen. Der Indikator gibt Anhaltspunkte, in welchem Umfang der erwerbsfähigen Bevölkerung Versorgungskosten für die ältere Generation auftreten können. In der Zeitreihe bildet er den Prozess der demografischen Alterung der Bevölkerung ab.

Abhängigkeitsquotient

Auch bekannt unter dem Namen „Gesamtquotient“. Ist ein Maß für die Lastenverteilung zwischen den Generationen. Der Quotient stellt den Personenkreis der wirtschaftlich abhängigen Altersgruppen (Personen, die noch nicht bzw. nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind) ins Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Ein Wert von beispielsweise 50 besagt, dass auf 100 potenziell erwerbsfähige Personen 50 Personen entfallen, die sich nicht im erwerbsfähigen Alter befinden. Es ist das Verhältnis der

Altersgruppen der unter 15-Jährigen und der 65-Jährigen und älter zu den 15- bis unter 65-Jährigen.

2. Fakten / Trends

Die Bevölkerungsvorausrechnung ergibt in der mittleren und wahrscheinlichsten Variante eine Bevölkerungszunahme um 12,3 % von 218 244 im Jahr 2014 auf 245 062 im Jahr 2030. Dabei sind folgende Entwicklungen zu erwarten:

Die Altersstruktur wird sich insgesamt erst in den 2020er deutlich verändern gegenüber 2014. Zwar gehören die Altersgruppen der 60- bis unter 75-Jährigen und die 75-Jährigen und älteren schon im Jahr 2022 zu den am stärksten wachsenden, doch erst im Jahr 2030 kann von einem „demografischen Wandel“ gesprochen werden. Zum Zeitpunkt, wenn die „Baby-Boomer“ allmählich in das Rentenalter kommen, werden die über 60-Jährigen starke Zunahmen verzeichnen. Im Jahr 2030 wird die Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen um 22,1 % und die der 65- bis unter 75-Jährigen um 31,5 % gegenüber 2014 zugenommen haben. Schrumpfen wird dann entsprechend die Gruppe der 45- bis unter 60-Jährigen (-4,6 %). Aufgrund der positiven Geburtenentwicklung in den letzten Jahren kann davon ausgegangen werden, dass auch weiterhin die Zahl der Kinder wachsen wird, so werden die unter 18-Jährigen bis 2030 um 14,6 % zunehmen.

Dies schlägt sich auch in den Quotienten nieder. Der Jugendquotient weist eine Zunahme von 18,7 im Jahr 2014 auf 19,9 im Jahr 2030 auf. Das bedeutet, dass 2030 auf 100 Erwachsene im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 65 Jahren) ca. 20 Kinder und Jugendliche fallen. Der Altenquotient steigt sogar noch stärker an von 23,1 im Jahr 2014 auf 26,6 im Jahr 2030. Somit kommen auf 100 Erwachsene im erwerbsfähigen Alter ca. 47 wirtschaftlich abhängige Personen (Abhängigkeitsquotient), von denen wiederum mehr als die Hälfte Seniorinnen und Senioren sind.

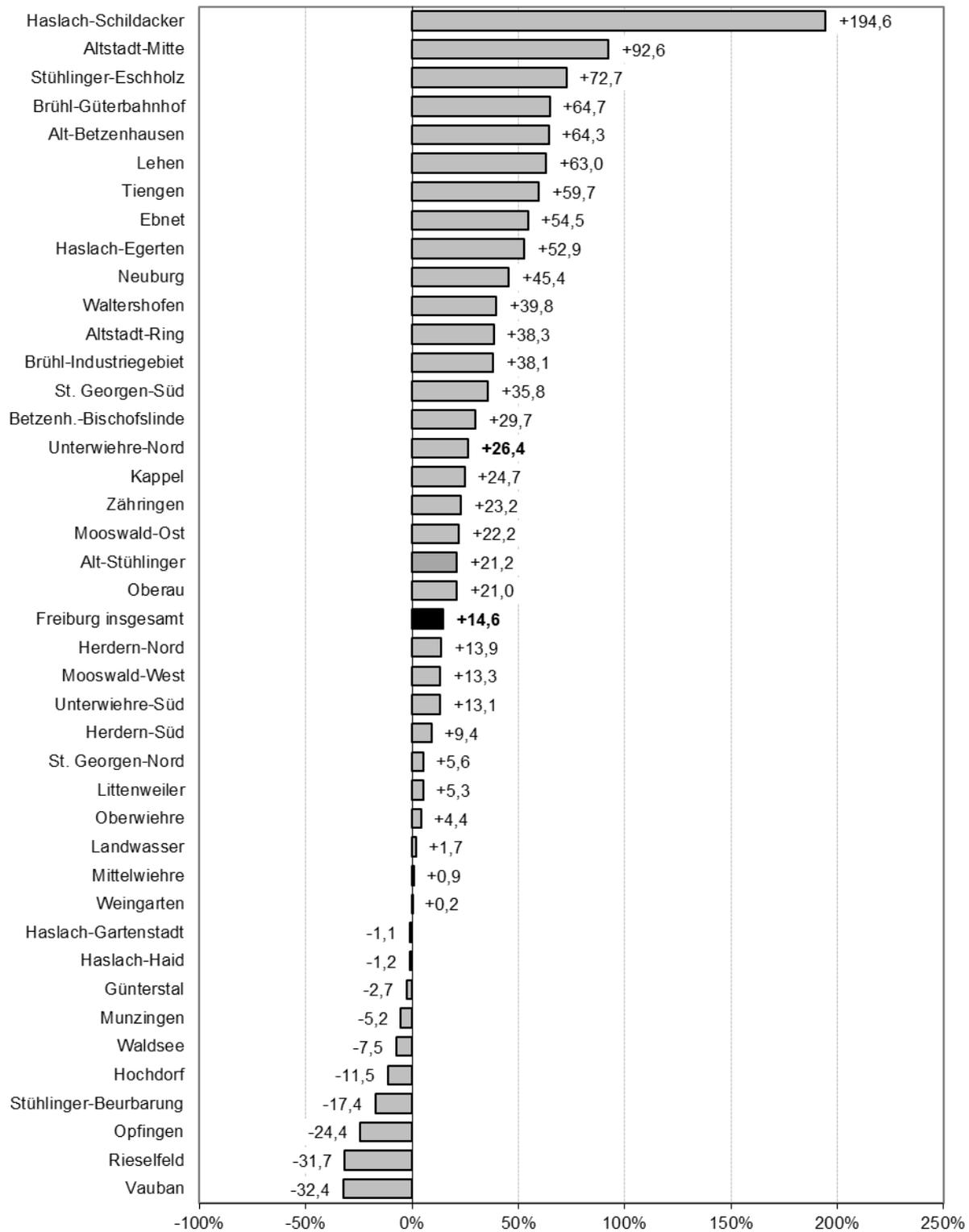
In den Stadtbezirken gibt es dabei ganz unterschiedliche Entwicklungen. Die Veränderungen im Bestand und in der Altersstruktur beruhen hier auf zwei Hauptfaktoren: die Alterung und damit verbunden die natürlichen Bevölkerungsbewegungen – Geburten und Sterbefälle – sowie die Neubauentwicklung und die damit verbundenen Umzüge und Zuzüge. Die Stadtbezirke Haslach-Schildacker, Altstadt-Mitte und Stühlinger-Eschholz profitieren dabei am stärksten von der Entwicklung der unter 18-Jährigen, während im Vauban, im Rieselfeld und in Opfingen die Anzahl der Kinder und Jugendlichen zurück gehen wird. Bei der Entwicklung der 60-Jährigen und älter sind es insbesondere das Vauban und das Rieselfeld, die starke Zuwächse zu verzeichnen haben, während in St.Georgen-Süd, Altstadt-Mitte, Günterstal, Landwasser und Betzenhausen-Bischofslinde der Anteil der 60-Jährigen und älter leicht zurückgehen wird.

3. Zahlenspiegel

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Veränderung	Spannweite Stadtbezirke	Tabelle / Diagramm
		01.01.2014-01.01.2030	höchster Wert niedrigster Wert	
E1	Entwicklung der Bevölkerung insgesamt	+ 12,3 %		
E2	Entwicklung der Bevölkerung nach drei Altersgruppen - unter 18 Jahre - 18 bis unter 60 Jahre - 60 Jahre und älter	+14,6 % +7,5 % +24,6 %		
E3	Entwicklung der Bevölkerung nach zehn Altersgruppen - 0 bis unter 3 Jahre - 3 bis unter 6 Jahre - 6 bis unter 10 Jahre - 10 bis unter 15 Jahre - 15 bis unter 18 Jahre - 18 bis unter 25 Jahre - 25 bis unter 30 Jahre - 30 bis unter 45 Jahre - 45 bis unter 60 Jahre - 60 bis unter 65 Jahre - 65 bis unter 75 Jahre - 75 Jahre und älter	+14,5 % +15,4 % +17,1 % +15,9 % +9,0 % +18,4 % +10,7 % +11,2 % -4,6 % +22,1 % +31,5 % +19,3 %		
E4	Bevölkerung: Jugendquotient	von 18,7 auf 19,9 (+1,2)		
E5	Bevölkerung: Altenquotient	von 23,1 auf 26,6 (+3,5)		
E6	Bevölkerung: Abhängigkeitsquotient	von 41,8 auf 46,6 (+4,8)		
E7	Entwicklung der unter 18-Jährigen nach Stadtbezirken		Haslach-Schild. +195 % Vauban -32 %	S. 107
E8	Entwicklung der 60-Jährigen und älter nach Stadtbezirken		Vauban +334 % St. Georgen-Süd -23 %	S. 108

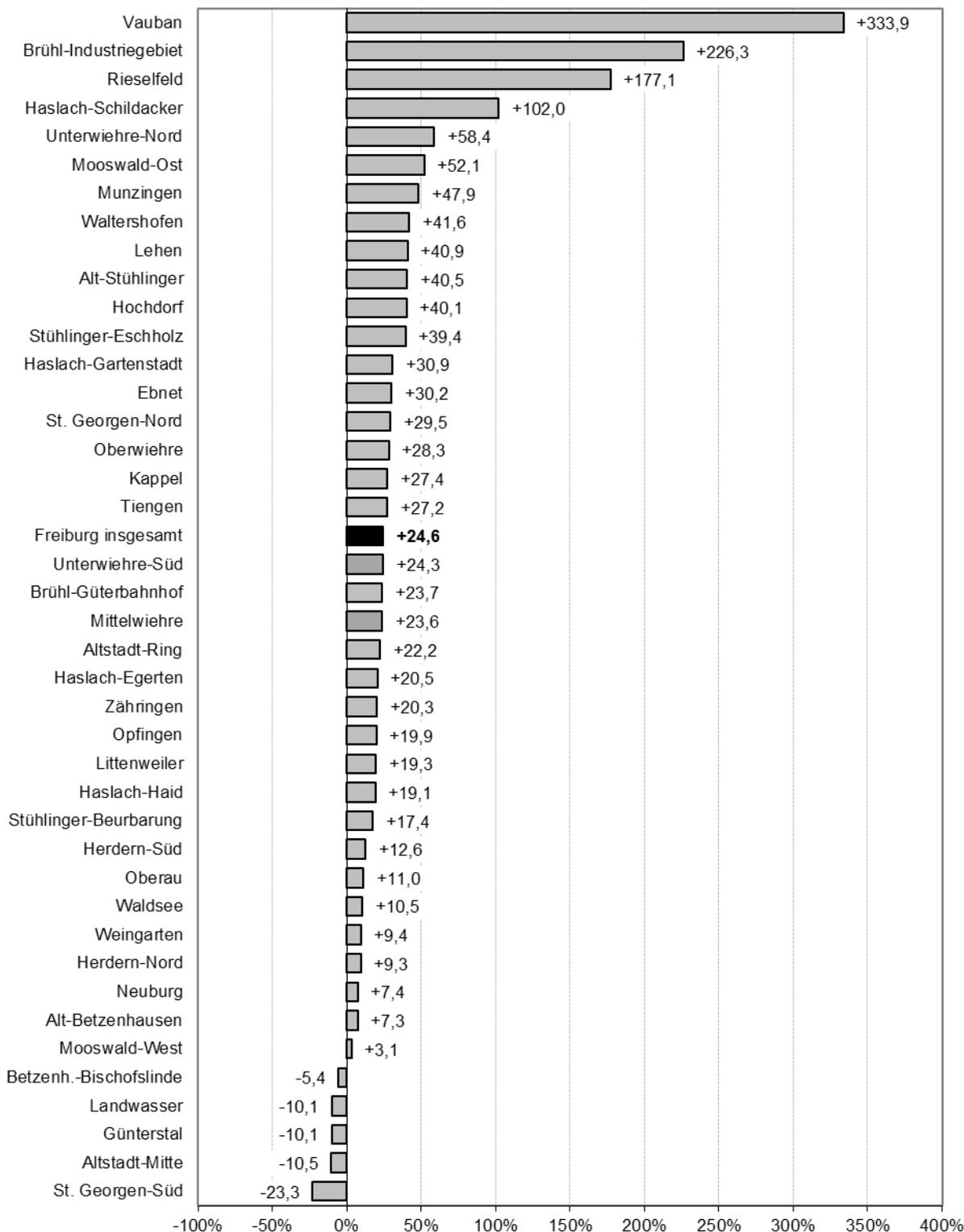
4. Diagramme

E7: Entwicklung der unter 18-Jährigen 2014 bis 2030 nach Stadtbezirken, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

E8: Entwicklung der 60-Jährigen und älter 2014 bis 2030 nach Stadtbezirken, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

VIII.

Fokus Armutsgefährdung

Einführung	110
1. Kennzahlen	112
2. Fakten / Trends	113
3. Zahlenspiegel	115
4. Tabellen & Diagramme	117

Einführung

Den Themen Armut und der Armutsbekämpfung kommt national und in der Europäischen Union seit Jahren eine besondere Beachtung zu. Dabei wurde die öffentliche Debatte über die Jahre durch eine intensive Forschungsaktivität und Berichterstattung auf den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Ebenen (Staatliche Stellen, Wissenschaft, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Stiftungen etc.) begleitet und fundiert.

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung wurde auf europäischer Ebene – insbesondere durch den Vertrag von Amsterdam aus dem Jahr 1999 – zu einem wichtigen Aufgabenfeld der Europäischen Union erklärt. Im Zuge dessen wurde in den Kommissionen der EU verstärkt an einem Konzept zur „Definition“ von Armut und der „Messung“ von Armut gearbeitet. Die hier entwickelten Standards bilden zwischenzeitlich die Grundlage nahezu aller Berichte und Statistiken zum Thema Armut und Armutslagen, soweit diese über National- oder Landesregierungen, staatliche Stellen oder Kommunalparlamente angeregt und durchgeführt werden.

Bezüglich der „Definition“ von Armut hat sich zwischenzeitlich ein gesellschaftlich akzeptierter Sprachgebrauch etabliert. Dagegen sind bei der „Messung“ von Armut in der Forschungspraxis verschiedene Analyseverfahren und Konzepte im Einsatz, die vielfach auch abhängig von der Verfügbarkeit und dem Status der Daten unterschiedlich eingesetzt werden müssen. Dies hat zur Folge, dass sich Armut je nach „Quelle“ und Verfahren in unterschiedlichen Zahlen und Quoten widerspiegeln kann, die dann nicht immer vergleichbar sind. Solche Unterschiede erfordern selten eine grundsätzlich andere Einordnung und Bewertung des Phänomens Armut.

Festzuhalten ist, dass die Diskussion über Umfang und Ausmaß von Armut in einer Gesellschaft immer von normativen und theoretischen Abwägungen, statistischen Definitionen sowie methodischen Operationalisierungen geprägt ist. Diese werden für die hier vorgelegten Daten über die nachgenannten Definitionen und Erläuterungen transparent gemacht und beziehen sich auf die Standardkennziffern der EU.

Definitiv ist zwischen „absoluter“ und „relativer Armut“ zu unterscheiden:

Absolute Armut: Hier wird davon ausgegangen, dass sich eine absolute Grenze zwischen arm und nicht arm angeben lässt. Die Grenze bestimmt sich als Einkommensniveau, unter dem sich Menschen die erforderliche Ernährung und den zum täglichen Leben benötigten Bedarf nicht mehr leisten können. In der Bundesrepublik schützen die Grundsicherungssysteme vor absoluter Armut, auf die jeder Mensch einen Anspruch hat. In welchem Umfang Menschen in Freiburg Leistungen der Grundsicherung in Anspruch nehmen müssen, ist im Kapitel 3 „Grundsicherung SGB II“ dargestellt.

Relative Armut: Es wird davon ausgegangen, dass sich die Grenzen zwischen arm und nicht arm nur in Relation zu einem gesellschaftlichen Standard angeben lassen, der sich aus der Einkommensverteilung einer Bevölkerung ergibt. Relative Armut bedeutet arm im Vergleich zum jeweiligen sozialen Umfeld eines Menschen. Nach der Definition der EU

können drei Klassifizierungen unterschieden werden, die jeweils Durchschnittseinkommen als Bezugsgröße haben:

- Unter „strenger Armut“ leidet, wem weniger als 40 Prozent vom Durchschnittseinkommen zur Verfügung steht.
- Unter „relativer Armut“ leidet, wem weniger als 50 Prozent zur Verfügung steht.
- Armutsgefährdet ist, dessen Einkommen weniger als 60 Prozent beträgt.

Ein unzureichendes Einkommen stellt nicht nur ein zentrales Armutsrisiko dar, es ist auch so gravierend, dass dieses oft Ursache von weiteren Armutsrisiken in anderen Lebensbereichen ist und sich in einem Mangel an Arbeit, sozialer Teilhabe, Wohnen oder Gesundheit ausdrückt. Armut kann in diesem Sinne ein Ausdruck von mehreren Dimensionen gleichzeitig sein und damit gesellschaftliche Integration in einem sehr umfassenden und multiplen Sinne behindern. Als arm in einem bestimmten Lebensbereich kann aber auch jemand gelten, der von sozialer Teilhabe ausgeschlossen ist, aber ansonsten über ausreichendes Einkommen verfügt. Nach der Definition der EU sind Menschen relativ arm, wenn sie über so geringe Mittel materieller, kultureller und sozialer Art verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Land, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.

Bezogen auf die „amtliche“ Berichterstattung zum Thema sind unter anderem die Berichte der Bundesregierung einschlägig. Diese hat erstmals 2001 einen Armutsbericht vorgelegt. Bis heute liegen für die Bundesebene vier Berichte vor. Der letzte Bericht wurde im März 2013 als Armuts- und Reichtumsbericht veröffentlicht. In den Berichten werden Daten teilweise auch bis auf die Ebene der Länder dargestellt.

Im Jahr 2015 wird die Landesregierung Baden-Württemberg erstmalig einen eigenen Armuts- und Reichtumsbericht für das Land vorlegen, der dann regelmäßig fortgeschrieben werden soll. Ein Fokus des Berichts wird das Thema Kinderarmut sein. Baden-Württemberg reiht sich damit in die Reihe der Bundesländer ein, die zukünftig eine eigene Berichterstattung zu diesem Thema führen. Der Bericht wird aktuell von der Familienforschung (FaFo) Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt erstellt und vom Landesbeirat für Armutsbekämpfung und Prävention Baden-Württemberg begleitet. Mit dem Landesbericht wird auch für die örtliche Berichterstattung eine Grundlage geschaffen, an der angeknüpft werden kann.

Aus bereits vorhandenen Berichtssystemen – zu dem auch die amtliche Sozialberichterstattung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder zählt – lassen sich schon heute Fakten und Trends zur Einkommensarmut benennen. Die dafür verwendete Kennziffer ist die „Armutsgefährdungsquote“, die mit Bezug auf die in der EU getroffenen Vereinbarungen als Standardkennziffern für nationale und internationale Vergleiche geführt wird. Die Armutsgefährdungsquote beschreibt den Anteil der Bevölkerung, die weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen haben. Diese 60 %-Marke wird „Armutsgefährdungsschwelle“ genannt. Als Datenquelle wird in Deutschland der Mikrozensus verwendet, eine regelmäßige Befragung von ca. 1 % der Bevölkerung in Deutschland. Aufgrund der Fallzahlen werden die Ergebnisse jedoch nur auf Ebene des Bundes, der

Länder und der Regierungsbezirke veröffentlicht sowie für Großstädte über 500 000 Einwohner. Die Stadt Freiburg kann diese Kennziffer dennoch reproduzieren, da durch die Freiburger Bürgerumfrage alle notwendigen Daten zur Konstruktion verfügbar sind. An dieser Stelle wird erneut der große Nutzen einer Bürgerbefragung sichtbar, ohne die viele Daten, Kennziffern und Informationen über die Freiburger Bevölkerung nicht vorliegen können.

Methodischer Kommentar zur Armutsgefährdungsquote

Diese Kennziffer / Indikator ist in zweierlei Hinsicht ein relatives Maß. Zum einen ist eine Interpretation davon abhängig, welcher Median herangezogen wird. Die Armutsgefährdungsquote von Freiburg gemessen am Bundesmedian hat einen anderen Wert als die Armutsgefährdungsquote gemessen am Landesmedian (Baden-Württemberg). Bei der Argumentation ist darauf unbedingt zu achten. Zum anderen beschreibt die Armutsgefährdungsquote letztlich nur das Verhältnis von Personen mit hohem Einkommen zu Personen mit niedrigen Einkommen. Das bedeutet, je mehr Personen mit hohem Einkommen in einer Stadt leben, desto mehr steigt die Armutsgefährdungsschwelle und desto mehr Personen können auch unter diese Schwelle fallen. Anders gesagt, wenn zehn Personen mit hohem Einkommen nach Freiburg ziehen, werden dadurch zehn Personen (mit niedrigem Einkommen) plötzlich unter die Armutsgefährdungsschwelle fallen, auch wenn ihre Lebenssituation sich faktisch nicht verändert hat.

Ein dritter inhaltlicher Hinweis gilt der Aussagekraft der Kennziffer. Diese ist insofern eingeschränkt als die Armutsgefährdungsquote nur das Einkommen misst und nicht auch Vermögen, Wohneigentum etc. Dadurch fallen sowohl Rentner als auch junge Erwachsene und Studierende häufig unter die Armutsgefährdungsschwelle.

1. Kennzahlen

- AG1 Armutsgefährdungsschwelle Einpersonenhaushalt
- AG2 Armutsgefährdungsschwelle Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern
- AG3 Armutsgefährdungsquote (gemessen am Bundesmedian)
- AG4 Armutsgefährdungsquote (gemessen am Landesmedian)
- AG5 Armutsgefährdungsquote (gemessen am Landesmedian) nach Geschlecht
- AG6 Armutsgefährdungsquote (gemessen am Landesmedian) nach Staatsangehörigkeit
- AG7 Armutsgefährdungsquote (gemessen am Landesmedian) nach Haushaltstyp
- AG8 Armutsgefährdungsquote (gemessen am städtischen Median) nach Stadtteilen
- AG9 Armutsgefährdungsquote (gemessen am Bundesmedian) nach ausgewählten Großstädten

Erläuterungen

Armutsgefährdungsquote

Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.

Armutsgefährdungsschwelle

Entspricht 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) im jeweiligen Bundesland, in der jeweiligen Region oder im Bund. Personen, deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegt, werden als (relativ) einkommensarm eingestuft.

Äquivalenzeinkommen

Das Äquivalenzeinkommen ist das Einkommen, das jedem Mitglied eines Haushalts, wenn es erwachsen wäre und alleine leben würde, den gleichen (äquivalenten) Lebensstandard ermöglichen würde, wie es ihn innerhalb der Haushaltsgemeinschaft hat. Dazu wird das Einkommen des gesamten Haushalts addiert und anschließend aufgrund einer Äquivalenzskala (hier: neue OECD-Skala) gewichtet. Die Gewichtung richtet sich nach Anzahl und Alter der Personen der Haushaltsgemeinschaft.

In Deutschland werden dazu die Daten aus dem Mikrozensus ausgewertet. Die Ergebnisse aus dem Mikrozensus können jedoch aufgrund der Fallzahlen nur für Städte über 500.000 Einwohner verwendet werden.

Für Freiburg stehen hierzu die Daten aus der Bürgerumfrage zur Verfügung. In dieser repräsentativen Befragung von ca. 1,5 % der Freiburger Bevölkerung ist sowohl nach dem Haushaltsnettoeinkommen als auch nach der Zahl der Personen im Haushalt gefragt worden. Somit ist die Bürgerumfrage als Datenquelle gleichwertig mit dem Mikrozensus.

Median

Der Median ist derjenige Wert in einer Auflistung von Zahlenwerten nach Größe, welcher an der Mitte der Auflistung, der mittleren Stelle steht.

Bundes-, Landes- und regionaler Median

Die Armutsgefährdungsschwelle ist abhängig vom Raumbezug. Deshalb gibt es unterschiedliche Armutsgefährdungsschwelle, jeweils gemessen am Bundesmedian, am Landesmedian oder am Median der Stadt Freiburg. Somit gilt eine Armutsgefährdung in Abhängigkeit davon, auf welchen Raum sie bezogen wird.

2. Fakten / Trends

Die Armutsgefährdungsschwelle liegt im Jahr 2012 in Freiburg bei 928 Euro und ist somit niedriger als in Baden-Württemberg (953 Euro) und höher als in der Bundesrepublik Deutschland (869 Euro). Auf einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern umgerechnet sind dies in Freiburg 1 949 Euro. Die Armutsgefährdungsquote kann nun für Freiburg anhand drei verschiedener Mediane mit unterschiedlichen Bezugsgebieten berechnet werden: Gemessen am Bundesmedian ist in Freiburg etwa 12,0 % der Bevölkerung durch Armut gefährdet (zum Vergleich: BW 11,1 %, BRD 15,2 %). Wird der Landesmedian (von Baden-Württemberg) herangezogen, sind es in Freiburg 19,0 % (zum Vergleich: BW 14,7 %). Und gemessen am städtischen Median schließlich sind es 18,3 % der Bevölkerung, die durch Armut gefährdet sind. Mit anderen Worten: Gemessen an den Einkommensverhältnissen in Gesamtdeutschland sind in Freiburg weniger Personen durch

Armut gefährdet als gemessen an den Einkommensverhältnissen in Baden-Württemberg sowie in Freiburg. Die Unterschiede ergeben sich daraus, dass das Einkommensniveau in Baden-Württemberg höher ist als in Deutschland insgesamt. In Freiburg hingegen sind die Einkommen unter anderem wegen des hohen Studierendenanteils niedriger als in Baden-Württemberg, aber immer noch höher als in der Bundesrepublik insgesamt (siehe hierzu auch die Kennzahl „Ungebundene Kaufkraft am Wohnort“ im Kapitel „Interkommunaler Vergleich“).

Differenziert nach Geschlecht ergibt sich, dass sowohl in Baden-Württemberg als auch in Freiburg Frauen stärker durch Armut gefährdet sind als Männer: In Baden-Württemberg sind es 13,6 % der Männer und 15,8 % der Frauen, in Freiburg 17,9 % der Männer und 19,7 % der Frauen. Bei der Staatsangehörigkeit ergibt sich ein noch deutlicheres Bild: In Baden-Württemberg sind nur 12,7 % der Deutschen, aber 29,2 % der Ausländer durch Armut gefährdet und in Freiburg ist das Bild noch deutlicher mit 19,9 % der Deutschen und 43,5 % der Ausländer.

Unterscheidet man die Armutsgefährdung nach Haushaltstypen, wird deutlich, dass es ganz bestimmte Haushaltstypen sind, die stärker gefährdet sind als andere. So sind in Freiburg 31 % der Alleinerziehendenhaushalte durch Armut gefährdet sowie 19,3 % der Haushalte mit drei und mehr Kindern. Ebenfalls eine hohe Armutsgefährdung haben „Sonstige Haushalte ohne Kind“ mit 26,2 % – dahinter verbergen sich oft StudentInnen-WGs – sowie „Sonstige Haushalte mit Kindern“ mit 34,7 % (darunter fallen teilweise auch Alleinerziehende mit nicht-erwachsenen und erwachsenen Kindern im Haushalt).

Die Fallzahlen der Bürgerumfrage lassen es zu, die Armutsgefährdungsquote auch auf der Ebene der Stadtteile (nicht Stadtbezirke) auszuweisen. Die Stadtteile Weingarten und Brühl weisen dabei die höchsten Armutsgefährdungsquoten von über 30 %, die Stadtteile Stühlinger, Haslach, Tiengen, Munzingen, Landwasser und Mooswald ebenfalls überdurchschnittliche Quoten von über 20 % auf. In den Stadtteilen Weingarten, Brühl, Haslach, Mooswald und Landwasser liegen verschiedene Gründe vor (hohe Anteile von Sozialwohnungen, gering qualifizierte Beschäftigte, Bezieher von Grundsicherung nach SGB II etc.). Darüber hinaus gibt es in Landwasser und Weingarten auch einen hohen Anteil an Rentnern, die kein hohes Einkommen mehr aufweisen. Demgegenüber ist es im Stühlinger der hohe Anteil Studierender, der dazu führt, dass ein relativ hoher Anteil unter die Armutsgefährdungsquote fällt. Die Ortschaften Tiengen und Munzingen haben wiederum einen relativ hohen Anteil Sozialwohnungen, in denen Personen mit niedrigen Einkommen leben. Am unteren Ende der Skala sind die Stadtbezirke Günterstal, Waltershofen, Lehen, Ebnet, Kappel und Rieselfeld mit Armutsgefährdungsquoten unterhalb von 10 %.

Zuletzt zeigt ein Vergleich der 15 größten Städte in Deutschland, dass es gemessen am Bundesmedian deutliche Unterschiede gibt. Während München, Stuttgart, Hamburg, Frankfurt, Nürnberg und Düsseldorf Quoten von unter 20 % aufweisen, sind in Dortmund, Leipzig und Duisburg ein Viertel der Bevölkerung durch Armut gefährdet. Insgesamt sind in den Städten die Quoten höher als in Deutschland insgesamt (15,2 %). Freiburg liegt mit 12,0 % hinter München (11,4 %) und vor Stuttgart (13,4 %).

3. Zahlenspiegel

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 2012	Tabelle / Diagramm
AG1	Armutsgefährdungsschwelle Einpersonenhaushalt, in Euro - Bundesrepublik Deutschland - Baden-Württemberg - Stadt Freiburg	 869 953 928	S. 117
AG2	Armutsgefährdungsschwelle Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern, in Euro - Bundesrepublik Deutschland - Baden-Württemberg - Stadt Freiburg	 1.826 2.000 1.949	S. 117
AG3	Armutsgefährdungsquote (gemessen am Bundesmedian), Anteil - Bundesrepublik Deutschland - Baden-Württemberg - Stadt Freiburg	 15,2 % 11,1 % 12,0 %	S. 117 S. 118
AG4	Armutsgefährdungsquote (gemessen am Landesmedian), Anteil - Baden-Württemberg - Stadt Freiburg	 14,7 % 19,0 %	S. 117
AG5	Armutsgefährdungsquote (gemessen am Landesmedian) nach Geschlecht, Anteil - Baden-Württemberg: Männer Frauen - Stadt Freiburg: Männer Frauen	 13,6 % 15,8 % 17,9 % 19,7 %	S. 115

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 2012	Tabelle / Diagramm
AG6	<p>Armutsgefährdungsquote (gemessen am Landesmedian) nach Staatsangehörigkeit, Anteil</p> <p>- Baden-Württemberg:</p> <p>mit deutscher Staatsangehörigkeit 12,7 % ohne deutscher Staatsangehörigkeit 29,2 %</p> <p>- Stadt Freiburg:</p> <p>mit deutscher Staatsangehörigkeit 16,9 % ohne deutscher Staatsangehörigkeit 43,5 %</p>		S. 118
AG7	<p>Armutsgefährdungsquote (gemessen am Landesmedian) nach Haushaltstyp, Anteil</p> <p>- Baden-Württemberg:</p> <p>Einpersonenhaushalt 25,5 % Zwei Erwachsene ohne Kind 9,8 % Sonstiger Haushalt ohne Kind 8,3 % Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern) 45,8 % Zwei Erwachsene und ein Kind 7,9 % Zwei Erwachsene und zwei Kinder 9,0 % Zwei Erwachsene und drei und mehr Kinder 26,2 % Sonstiger Haushalt mit Kind(ern) 16,3 %</p> <p>- Stadt Freiburg:</p> <p>Einpersonenhaushalt 18,9 % Zwei Erwachsene ohne Kind 16,2 % Sonstiger Haushalt ohne Kind 26,2 % Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern) 31,0 % Zwei Erwachsene und ein Kind 12,3 % Zwei Erwachsene und zwei Kinder 10,7 % Zwei Erwachsene und drei und mehr Kinder 19,3 % Sonstiger Haushalt mit Kind(ern) 34,7 %</p>		S. 118
AG8	Armutsgefährdungsquote (gemessen am städtischen Median) nach Stadtteilen		S. 119 S. 120
AG9	Armutsgefährdungsquote (gemessen am Bundesmedian) nach ausgewählten Großstädten		S. 121

4. Tabellen & Diagramme

AG1/2 Armutsgefährdungsschwelle 2012 in Euro nach Bundesländern und Haushaltstyp

	Einpersonenhaushalt	Haushalt mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern unter 14 Jahren ¹
Deutschland	869	1.826
Baden-Württemberg	953	2.000
Bayern	942	1.977
Berlin	798	1.675
Brandenburg	802	1.684
Bremen	805	1.690
Hamburg	928	1.948
Hessen	922	1.936
Mecklenburg-Vorpommern	723	1.518
Niedersachsen	859	1.804
Nordrhein-Westfalen	853	1.791
Rheinland-Pfalz	894	1.877
Saarland	852	1.788
Sachsen	755	1.585
Sachsen-Anhalt	754	1.583
Schleswig-Holstein	904	1.898
Thüringen	771	1.618
Freiburg	928	1.949

Quelle: Mikrozensus (IT.NRW), Bürgerumfrage Freiburg

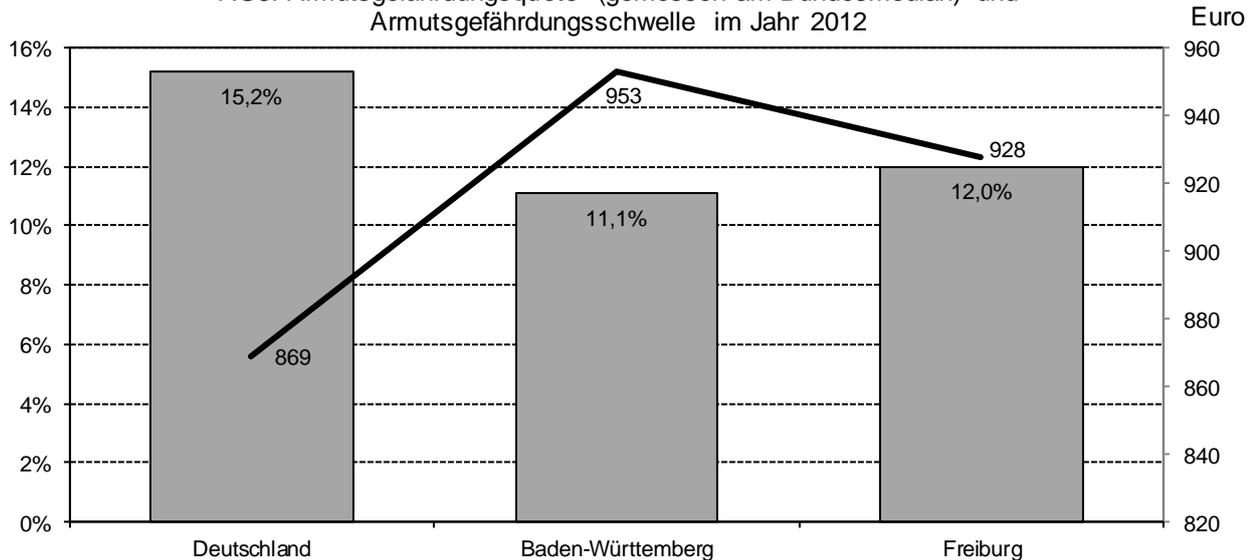
AG3/4 Armutsgefährdungsquote 2012 (gemessen an unterschiedlichen Medianen), in %

	Bundesmedian	Landesmedian	städtischer Median
Deutschland	15,2		
Baden-Württemberg	11,1	14,7	
Bayern	11,2	14,3	
Berlin	21,2	15,2	
Brandenburg	18,3	14,6	
Bremen	23,1	18,4	
Hamburg	14,8	17,7	
Hessen	13,2	15,9	
Mecklenburg-Vorpommern	22,9	13,5	
Niedersachsen	16,0	15,4	
Nordrhein-Westfalen	16,6	15,6	
Rheinland-Pfalz	14,6	15,9	
Saarland	15,8	14,7	
Sachsen	18,9	12,1	
Sachsen-Anhalt	20,9	14,0	
Schleswig-Holstein	14,0	15,6	
Thüringen	16,9	11,1	
Freiburg	12,0	19,0	18,3

Quelle: Mikrozensus (IT.NRW), Bürgerumfrage Freiburg

¹ Armutsgefährdungsschwelle für Einpersonenhaushalte multipliziert mit dem Bedarfsgewicht des Haushalts nach neuer OECD-Skala (2,1).

AG3: Armutsgefährdungsquote (gemessen am Bundesmedian) und Armutsgefährdungsschwelle im Jahr 2012



Quelle: Mikrozensus IT.NRW, Bürgerumfrage Freiburg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Stadt Freiburg

AG5-7 Armutsgefährdungsquote nach soziodemografischen Merkmalen (gemessen am Landesmedian) in Freiburg und Baden-Württemberg 2012, in %

	Freiburg	Baden-Württemberg
Insgesamt	19,0	14,7
Geschlecht		
Männlich	17,9	13,6
Weiblich	19,7	15,8
Haushaltstyp²		
Einpersonenhaushalt	18,9	25,5
Zwei Erwachsene ohne Kind	16,2	9,8
Sonstiger Haushalt ohne Kind (WG)	26,2	8,3
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	31,0	45,8
Zwei Erwachsene und ein Kind	12,3	7,9
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	10,7	9,0
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	19,3	26,2
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	34,7	16,3
Staatsangehörigkeit		
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	43,5	29,2
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	16,9	12,7

Quelle: Mikrozensus (IT.NRW), Bürgerumfrage Freiburg

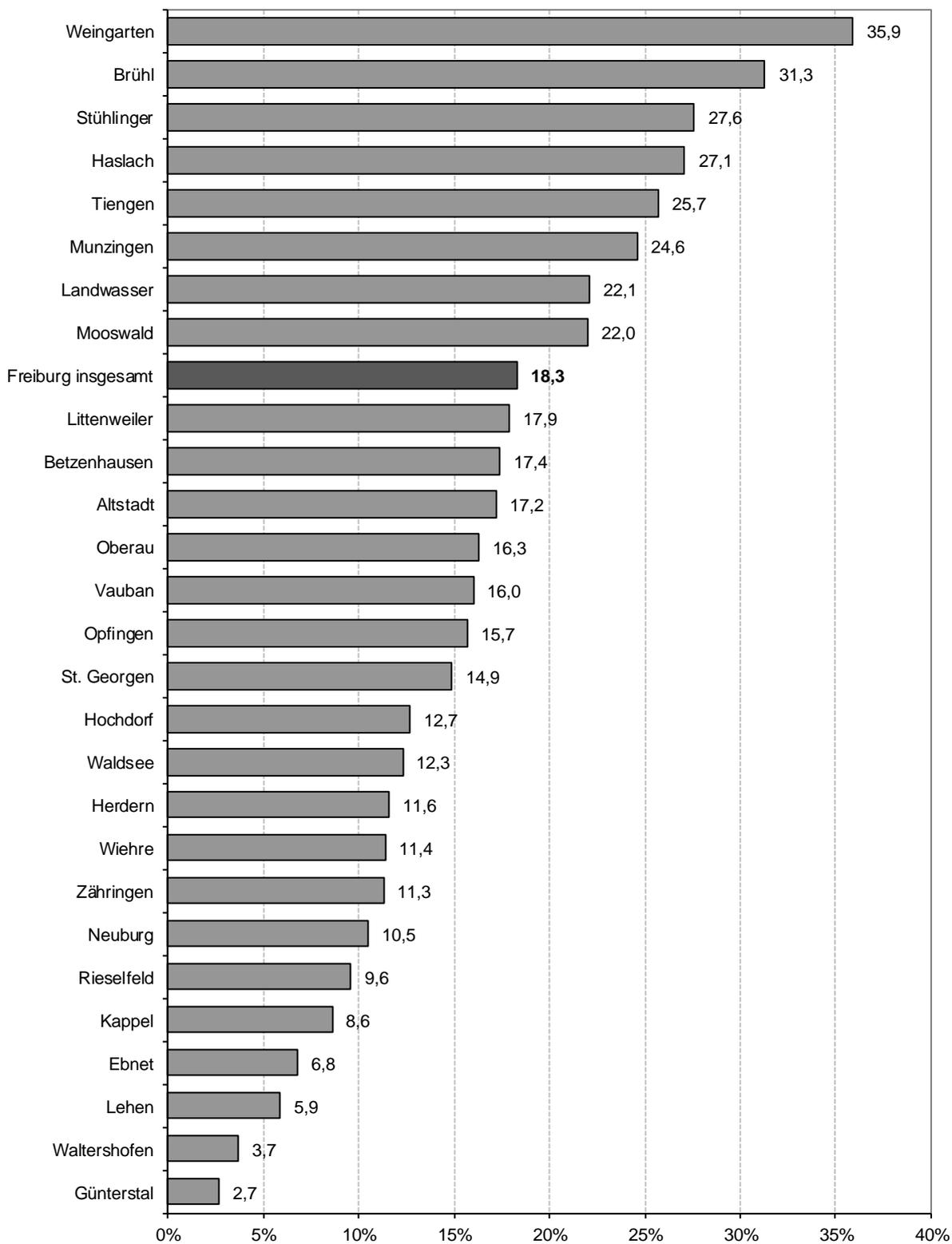
² Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren, die keine(n) Lebenspartner/-in und/oder eigene Kinder im Haushalt haben.

AG8 Armutsgefährdungsquote in den Freiburger Stadtteilen im Jahr 2012 (gemessen am städtischen Median), in %

	Städtischer Median
Altstadt	17,2
Neuburg	10,5
Herdern	11,6
Zähringen	11,3
Brühl	31,3
Hochdorf	12,7
Waldsee	12,3
Littenweiler	17,9
Ebnet	6,8
Kappel	8,6
Oberau	16,3
Wiehre	11,4
Günterstal	2,7
Stühlinger	27,6
Mooswald	22,0
Betzenhausen	17,4
Landwasser	22,1
Lehen	5,9
Waltershofen	3,7
Haslach	27,1
St. Georgen	14,9
Opfingen	15,7
Tiengen	25,7
Munzingen	24,6
Weingarten	35,9
Rieselfeld	9,6
Vauban	16,0
Gesamtstadt	18,3

Quelle: Bürgerumfrage Freiburg

AG8: Armutsgefährdungsquote in den Freiburger Stadtteilen im Jahr 2012
(gemessen am städtischen Median), in %



Quelle: Bürgerumfrage Freiburg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Stadt Freiburg

AG9 Armutsgefährdungsquote nach ausgewählten Großstädten im Jahr 2012 (gemessen am Bundesmedian), in %

	Bundesmedian
Deutschland	15,2
Berlin	21,2
Bremen	22,3
Dortmund	26,4
Dresden	20,2
Duisburg	25,1
Düsseldorf	17,6
Essen	20,0
Frankfurt am Main	15,2
Hamburg	14,8
Hannover	22,4
Köln	20,5
Leipzig	25,9
München	11,4
Nürnberg	17,5
Stuttgart	13,4
Freiburg	12,0

Quelle: Mikrozensus (IT.NRW), Bürgerumfrage Freiburg

